

U T Q M M E R V A H T H K
R O E N L I L A V T R L O
W A R T G R L O G M U P N
A R I R I R T B I L A N Z
R Y R I R E R O N R O I E
R E G I O N A L R Z V S R
P R O G N O S E T I G R N
Q E I B T U A G N F M E A
L A G E B E R I C H T R B
A K T I E I M R W R T V S
A R L E I S T U N G R H C
X K U O R M M I T E S R H
R Y T R N X F W E R T C L
L A G E B E R I C H T H U
R O K O T A L I V T R L S
O A R T B R L R R R R R S
S E G I O N A L R B I L R

UNSERE KENNZAHLEN
IM ÜBERBLICK

	EINHEIT	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
Absatz						
Strom	Mio. kWh	11.024	9.973	9.919	8.609	7.616
Gas	Mio. kWh	15.169	14.268	12.017	14.077	14.802
Wärme	Mio. kWh	2.027	1.841	1.914	1.973	1.867
Wasser	Mio. m³	45,2	41,5	42,1	41,8	41,3
Umsatz	Mio. €	2.211,2	2.009,2	1.785,5	1.670,6	1.661,0
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)	Mio. €	136,6	119,6	104,4	144,2	90,6
Konzernergebnis ⁽¹⁾	Mio. €	114,4	95,8	96,3	115,4	54,2
Bilanzsumme		2.868,4	2.667,4	2.522,7	2.548,1	2.206,5
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	Mio. €	119,5	127,5	134,7	110,3	97,9
Beteiligungen/Tochterunternehmen	Mio. €	12,2	41,4	12,1	7,5	484,5
Mitarbeiter (31.12.)	Anzahl	2.810	2.943	2.970	2.884	2.859

⁽¹⁾ bezogen auf die von der MAINOVA gehaltenen Anteile



Ergebniskennzahlen
Stromversorgung

TSD. €	2013
Umsatz	1.237.364
EBT	–8.647



Ergebniskennzahlen
Gasversorgung

TSD. €	2013
Umsatz	786.271
EBT	73.264



Ergebniskennzahlen
Wärmeversorgung

TSD. €	2013
Umsatz	129.432
EBT	2.962



Ergebniskennzahlen
Wasserversorgung

TSD. €	2013
Umsatz	74.734
EBT	–1.016

MAINOVA AG

LEISTUNG MIT
WERT

Eine Energiewelt im Wandel verlangt auch der MAINOVA AG ihr volles Leistungspotenzial ab. Dennoch halten wir an unseren bekannten Werten fest. Denn erst unsere Verlässlichkeit in der Versorgung, unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Anspruchsgruppen und unsere regionale Verbundenheit haben uns auch im abgeschlossenen Geschäftsjahr wieder befähigt, Entscheidendes zu leisten. Leistung mit Wert lautet deshalb folgerichtig unser Motto für den Geschäftsbericht 2013.

SICHERE
VERSORGUNG

Die MAINOVA AG bündelt langjährige Erfahrung und umfassendes Know-how für alle Versorgungsbereiche – Strom, Erdgas, Wärme und Wasser. Gerade Frankfurt am Main ist als Finanzzentrum elementar auf eine sichere Energieversorgung angewiesen. Die Stromversorgung der Mainmetropole basiert daher auf einem eng vermaschten Netz und dezentralen Kraftwerken. Dieses System ist eines der sichersten überhaupt.

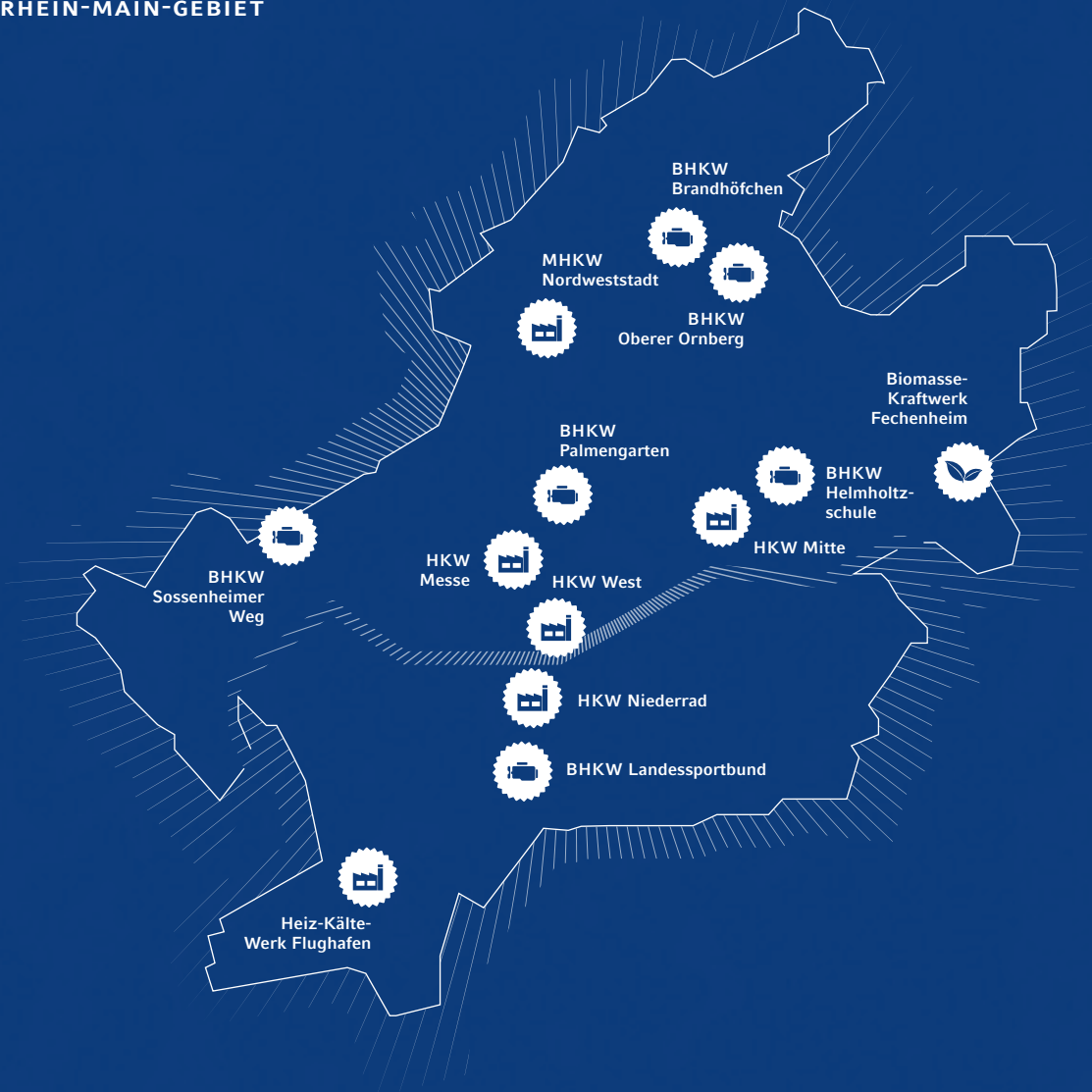
UMWELTSCHONENDE
ERZEUGUNG

Das Thema Nachhaltigkeit spielt bei der MAINOVA AG eine bedeutende Rolle. Die aktuelle Strategie sieht vor, allein bis 2020 Investitionen in Erzeugungsprojekte im Gesamtvolumen von rund 500 Millionen Euro zu tätigen. Dabei investieren wir in erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung – eine Investition in die Versorgungssicherheit der Region und den nachhaltigen Klimaschutz.

GÜNSTIGE
PREISE

Verbraucherfreundlichkeit hat für die MAINOVA AG höchste Priorität, dazu gehören für das Unternehmen auch möglichst günstige Preise. Bei der Gestaltung der Tarife orientiert sich die MAINOVA AG an den Ratschlägen von Verbrauchervertretern, die einen sehr guten Service, lange Preisgarantien und kurze Kündigungsfristen bei insgesamt günstigen Preisen fordern. Mit diesem Angebot gehört die MAINOVA AG zu den Top-Stromanbietern Deutschlands.

ERZEUGUNGSSTANDORTE
RHEIN-MAIN-GEBIET



- Biomasse-Kraftwerke
- Heizkraftwerke
- Blockheizkraftwerke
- Windkraftwerke

- Gas- und Dampfkraftwerke
- Wasserkraftwerke
- Solarparks

⁽¹⁾ im Besitz des Wasser- und Schifffahrtsamts Aschaffenburg

ERZEUGUNGSSTANDORTE
DEUTSCHLAND
(mit Beteiligung)



Windpark
Migé

INHALTSVERZEICHNIS

01 PROFIL

- S. 4 Brief an die Aktionäre
- S. 6 Bericht des Aufsichtsrats
- S. 12 Interview mit dem Vorstand

02 LAGEBERICHT

- S. 22 Grundlagen des Konzerns
- S. 26 Wirtschaftsbericht
- S. 34 Nachtragsbericht
- S. 34 Prognose-, Chancen- und Risikobericht
- S. 41 Sonstige Angaben
- S. 44 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

03 KONZERNABSCHLUSS

- S. 48 Gewinn- und Verlustrechnung
- S. 49 Gesamtergebnisrechnung
- S. 50 Bilanz
- S. 52 Eigenkapitalveränderungsrechnung
- S. 54 Kapitalflussrechnung
- S. 56 Anhang
- S.118 Bestätigungsvermerk

04 ERGÄNZENDE INFORMATIONEN

- S.122 Erklärung zur Unternehmensführung/
Corporate-Governance-Bericht 2013
- S.128 Organe der Gesellschaft
- S.134 Vorstand
- S.136 Mitglieder des Beirats
- S.138 Ausschüsse des Aufsichtsrats
- S.140 Bereichsleiter und Stabsstellenleiter der MAINOVA
- S.141 Geschäftsführer MAINOVA Verbund
- S.142 Glossar
- S.144 Grafik- und Tabellenverzeichnis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit haben wir in der Regel auf geschlechtsspezifische Doppelnennungen verzichtet.



Brief an die Aktionäre



»Ihre MAINOVA AG ist ein wirtschaftlich starkes und gesundes Unternehmen. Daran arbeiten wir täglich mit hoher Dynamik.«

DR. CONSTANTIN H. ALSHEIMER
VORSITZENDER DES VORSTANDS
DER MAINOVA AG

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

Ihre MAINOVA AG blickt auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2013 zurück. Der Umsatz ist um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Insgesamt stehen 2,2 Milliarden Euro zu Buche.

Den größten Anteil am Umsatz hat mit über 50 Prozent das Stromgeschäft. Es folgt das Segment Gas mit knapp 30 Prozent. Die übrigen Umsätze entfallen auf die Segmente Wärme, Wasser, Netzentgelte und Nebengeschäfte. Das Ergebnis vor Steuern (EBT) beträgt 136,6 Millionen Euro.

Wie in den letzten Jahren haben Kundengewinne zur Verbesserung des Ergebnisses geführt. Auch der kühlere Witterungsverlauf, insbesondere die kalten Monate Februar und März, sind uns zugutegekommen.

Nachhaltig wird das Ergebnis durch das im Jahr 2011 vom Vorstand verabschiedete Effizienzprogramm „EINS“ stabilisiert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben große Kraftanstrengungen unternommen. Unternehmensweit hat dies rund 40 Millionen Euro zum Ergebnis beigetragen. Damit wir auch in den kommenden Jahren unser Ergebnis halten, werden weitere Anstrengungen notwendig sein. Die Fortführung des Programms „EINS“ ist eine wichtige Voraussetzung für unseren künftigen Erfolg. Bereits jetzt ist festzustellen, dass sich alle Einheiten an Dynamik, Kostenbewusstsein und Prozessorientierung deutlich steigern konnten.

An dieser Stelle möchte ich Ihr Augenmerk auf weitere MAINOVA-Spezifika lenken. Das Ergebnis des Segments Stromversorgung haben wir Dank Kundengewinnen und Mengenzuwächsen deutlich verbessert. In Summe bleibt es aber weiterhin unter

Druck. 2013 beträgt der Verlust 8,6 Millionen Euro (2012: –29,2 Millionen Euro). Insbesondere die Vermarktung der eigenerzeugten Strommengen hat sich hier ergebnisbelastend ausgewirkt. Das operative Ergebnis im Segment Gasversorgung bleibt stabil. Verantwortlich für das insgesamt gesunkene Ergebnis ist vor allem die Bildung einer Risikovorsorge für das Biogasgeschäft.

Trotz zahlreicher Herausforderungen bestehen wir im Wettbewerb. Dabei ist gerade der Frankfurter Energiemarkt heftig umkämpft. Die Zahl der Anbieter von Strom und Erdgas steigt weiterhin. Am Jahresanfang 2014 haben 160 Stromversorger insgesamt 586 Tarife angeboten. Ähnliches gilt für den Gasmarkt, wo 107 Gas-versorger mit 365 Tarifen um Kunden werben. Dennoch konnte die MAINOVA ihre Kundenzahlen im vergangenen Jahr weiter steigern: Die Zahl der Privat- und Gewerbekundenverträge in den Segmenten Strom und Erdgas stieg um 17.000 auf 656.000.

Die Rahmenbedingungen haben natürlich auch Auswirkungen auf unsere Belegschaft. Eine ist, dass die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im MAINOVA-Konzern zum Jahresende mit 2.810 (2012: 2.943) leicht zurückging. Im Jahr 2013 haben 80 Auszubildende ihre Ausbildung bei der MAINOVA absolviert. Der Personalaufwand beläuft sich auf 202,0 Millionen Euro.

Nach einem ersten Überblick über 2013 möchte ich Ihnen nun einen Ausblick auf das kommende Jahr geben. Für das Jahr 2014 rechnen wir aufgrund unseres konsequent weitergeführten Effizienzprogramms mit einer Stabilisierung des operativen Ergebnisses. Wie alle Energieversorger sind wir aber von nicht steuerbaren Komponenten wie dem Wetter abhängig. Die ersten drei Monate des Jahres waren deutlich wärmer als prognostiziert. Der Blick auf die Ergebnissituation des ersten Quartals 2014 zeigt daher für die witterungsabhängigen Segmente Gas- und Wärmeversorgung, dass die Zahlen deutlich unter unseren Erwartungen liegen. Unsere Anstrengungen sind trotz dieser schwierigen Ausgangslage darauf ausgerichtet, ein Konzernergebnis von mehr als 100 Millionen Euro zu erzielen. Personell konnte sich der Vorstand Ihrer MAINOVA im letzten Jahr verstärken. Mit Norbert Breidenbach hat MAINOVA einen in der Energiebranche höchst erfahrenen Manager als Vorstand für Vertrieb und Handel gewonnen. Herr Breidenbach ist mit hohem Engagement und Verve ans Werk gegangen.

Auch in diesem Jahr gilt unser Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir wissen, dass die Herausforderungen der Energiewende mit ihren Unabwägbarkeiten auf die Energiemärkte enorm viel Kraft kosten. Wir können stolz sein auf die Leistung von 2.810 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit viel Fleiß, Zuverlässigkeit und Engagement diese Aufgabe bewältigen.

Auch 2013 hat uns das Vertrauen unserer Kunden getragen, auch dafür sind wir dankbar. Dieses Vertrauen immer wieder aufs Neue zu rechtfertigen war, ist und bleibt unser wichtigstes Unternehmensziel.

DR. CONSTANTIN H. ALSHEIMER
VORSITZENDER DES VORSTANDS
DER MAINOVA AG

Bericht des Aufsichtsrats



»Die MAINOVA AG steht weiterhin zur Energiewende. Sie ist jedoch im gleichen Maße ihren Aktionären und Mitarbeitern verpflichtet.«

UWE BECKER
VORSITZENDER DES AUFSICHTSRATS DER
MAINOVA AG

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

auch im Geschäftsjahr 2013 war die Arbeit des Aufsichtsrats maßgeblich von der kontinuierlichen Auseinandersetzung mit den durch die Energiewende ausgelösten Herausforderungen gekennzeichnet. Der Aufsichtsrat hält an seiner Aussage fest, dass er die Energiewende klar befürwortet, muss aber feststellen, dass die politische Umsetzung für Fehlentwicklungen sorgt. Hierbei sei etwa das Paradox stetig steigender Stromkosten für die Verbraucher bei gleichzeitig sinkenden Großhandelspreisen angesprochen.

Die MAINOVA AG steht weiterhin zu ihrer Verantwortung bei der Mitgestaltung der Energiewende, ist als im Wettbewerb stehendes Unternehmen jedoch zuerst ihren Aktionären und Mitarbeitern verpflichtet und muss bei ihren Investitionen auf eine ausreichende Rendite und Sicherheit achten.

Angemessene und verlässliche politische Rahmenbedingungen sind aus Sicht des Aufsichtsrats daher unerlässlich, um das gesellschaftliche Großprojekt der Energiewende zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand bei der Führung des Unternehmens regelmäßig beraten und seine Tätigkeit kontinuierlich überwacht. Dabei war er in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Um die

Erfüllung seiner zentralen Aufgabe, der Beratung des Vorstands, insbesondere bei der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Rentabilität, der Risikolage, dem Risikomanagement und der Compliance des Unternehmens, und der Überwachung von dessen Geschäftsführung zu gewährleisten, hat sich der Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend durch den Vorstand schriftlich informieren lassen. Diese Informationen wurden fortlaufend von mündlichen Berichten und Auskünften begleitet und ergänzt. Sämtliche wichtigen, die Gesellschaft und den Geschäftsverlauf betreffenden Sachverhalte und Maßnahmen waren Gegenstand der Unterrichtungen und Diskussionen in den Aufsichtsratssitzungen. Standen darüber hinaus kurzfristig berichtsrelevante Vorgänge an, so erfolgte eine Unterrichtung ad hoc.

Alle Maßnahmen, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Regelungen der Zustimmung des Aufsichtsrats bedurften, haben eine eingehende Beratung und Vorlage zur Beschlussfassung erfahren.

Während des gesamten Geschäftsjahres standen die bzw. der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie in Einzelfragen auch die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats auch zwischen den Sitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorstand. Über Gespräche mit dem Vorstand zwischen den Sitzungen sind die Aufsichtsratsmitglieder durch die Aufsichtsratsvorsitzende bzw. den Aufsichtsratsvorsitzenden zeitnah schriftlich und mündlich informiert worden.

Sitzungen des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat tagte im Geschäftsjahr 2013 in sechs ordentlichen sowie zwei außerordentlichen Sitzungen.

Im Umlaufverfahren wurde im Februar 2013 eine Anpassung der Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex beschlossen.

Der Vorstand hat sich im Juli 2013 – wie in der Unternehmenssatzung ermöglicht – aufgrund der bestehenden Eilbedürftigkeit die vorherige Einwilligung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie seiner zwei Stellvertreter zum Abschluss eines Vergleichs zur Beendigung der Rechtsstreitigkeit mit der Bundesnetzagentur zur Anerkennung der Personalzusatzkosten in der Sparte Strom eingeholt und den Aufsichtsrat hierüber unmittelbar informiert. Die nachträgliche Genehmigung durch den Aufsichtsrat erfolgte in der Sitzung am 28. August 2013.

Sämtliche Aufsichtsratsmitglieder haben – soweit die Dauer ihrer Mitgliedschaft dies zugelassen hat – an mindestens vier der Sitzungen teilgenommen. Die Mitglieder Oesterling und Wissgott konnten aufgrund eines unterjährigen Eintretens bzw. Ausscheidens nicht an sämtlichen Sitzungen des Jahres teilnehmen, haben aber an mehr als der Hälfte der Sitzungen während ihrer Amtszeit teilgenommen. Im Durchschnitt lag die Präsenz bei über 85 %. Der externe Abschlussprüfer, die KPMG AG, hat sowohl an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats als auch der des Prüfungsausschusses im April 2013 teilgenommen.

Schwerpunkte der Tätigkeit des Aufsichtsrats

Die Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrats waren die laufende Geschäftsentwicklung, die wirtschaftliche Lage und Entwicklung, die Planung, die Strategie, die Rentabilität sowie die Risikosituation des Unternehmens. Dabei hat sich der Aufsichtsrat insbesondere laufend über die aktuelle Situation an den Beschaffungs- und Vertriebsmärkten sowie die laufenden Projekte und Entwicklungen aus dem Technikressort informiert und sich regelmäßig über die Compliance, das Risikomanagement und die Tätigkeit der internen Revision unterrichten lassen.

Neben dieser Regelberichterstattung waren insbesondere die folgenden Themen Gegenstand eingehender Berichterstattung, Beratung und, soweit erforderlich, Beschlussfassung:

- › In der außerordentlichen Sitzung vom 17. Januar hat der Aufsichtsrat die Aufhebung des Dienstvertrags mit Frau Dr. Wolff-Hertwig sowie den Widerruf ihrer Bestellung zum Mitglied des Vorstands der MAINOVA AG beraten.
- › In der ersten regulären Sitzung am 14. Februar 2013 beschloss der Aufsichtsrat die Aufhebung des Dienstvertrags mit Frau Dr. Wolff-Hertwig sowie den Widerruf ihrer Bestellung zum Mitglied des Vorstands der MAINOVA AG. Gegenstand weiterer Erörterung und Beschlussfassung waren die Zustimmung zu dem Erwerb von Windparks in Nieder-Erlenbach und Migé, der Gründung einer gemeinsamen Dienstleistungsgesellschaft mit der Gas-Union GmbH, dem Erwerb weiterer Anteile am Grundkapital der ABO Wind AG, der Einlegung von Beschwerden gegen Festlegungen der Bundesnetzagentur zum Thema Redispatching sowie der Durchführung von Ertüchtigungsmaßnahmen am Umspannwerk in der Gutleutstraße.
- › In der außerordentlichen Sitzung vom 12. März 2013 wurden die Bestellung von Herrn Breidenbach zum Mitglied des Vorstands mit den Geschäftsbereichen Marketing, Vertrieb, Handel sowie MAINOVA ServiceDienste, die Genehmigung seines Dienstvertrags, die erneute Bestellung von Herrn Dr. Alsheimer zum Mitglied und Vorsitzenden des Vorstands bis 31. Dezember 2018 sowie die Gewährung eines Darlehens der MAINOVA Beteiligungsgesellschaft mbH an die Thüga Holding GmbH Co. KGaA beschlossen.
- › In der ordentlichen Sitzung am 17. April stimmte der Aufsichtsrat dem Verkauf der Aktien an der European Energy Exchange AG, dem Abschluss eines Vergleichs betreffend einen langfristigen Stromliefervertrag mit E.ON Energy Sales sowie der Umfinanzierung bei der Biomasse Kraftwerk Fechenheim GmbH und der Sanierung zweier Kesselhäuser am Heizkraftwerk West zu.
- › In der ordentlichen Sitzung am 29. Mai wurde ausführlich über aktuelle Entwicklungen im Technikressort berichtet.
- › In der ordentlichen Sitzung am 26. Juni stimmte der Aufsichtsrat einer Kapitalerhöhung der Gas-Union GmbH sowie der Aufnahme zweier neuer Gesellschafter gegen Sacheinlage in Gestalt der Beteiligung an einem Gasspeicherprojekt zu.
- › In der ordentlichen Sitzung am 28. August wurde der Erhöhung der Strompreise in der Grundversorgung für Privatkunden und der Umstellung der Fernwärmeabrechnung in der Nordweststadt zugestimmt.
- › In der ordentlichen Sitzung am 4. Dezember wurde dem gemeinsamen Erwerb eines Windparks in Kirchhain, der Auflösung zweier Beteiligungsgesellschaften im Bereich der Off-Shore-Windenergie, dem Verkauf der Anteile an der WV Energie AG, der Bewerbung um die Stromkonzession der Stadt Mörfelden-Walldorf sowie dem Neuabschluss bzw. der Änderung der Gewinnabführungsverträge mit der Energieversorgung Main Spessart GmbH, der MAINOVA EnergieDienste GmbH, der MAINOVA ServiceDienste GmbH, der StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH sowie der Biomasse Kraftwerk Fechenheim GmbH vor dem Hintergrund der Änderung der steuerlichen Gesetzeslage zugestimmt. Wie in den Vorjahren waren aktuelle Entwicklungen der Corporate Governance auch in der diesjährigen Dezember-Sitzung weiterer Schwerpunkt der Diskussion. Dabei hat sich der Aufsichtsrat insbesondere mit den von der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex am 13. Mai 2013 beschlossenen Kodexänderungen befasst und am gleichen Tag gemeinsam mit dem Vorstand eine aktualisierte Entsprechenserklärung abgegeben.

Arbeit der Ausschüsse

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde durch die bewährte Form der Vorbereitung und Unterstützung durch die Ausschüsse erleichtert. Die Vorsitzenden der Ausschüsse erstatteten dem Aufsichtsrat regelmäßig über die Arbeit der betreffenden Ausschüsse Bericht. Die Ausschüsse bereiteten Beschlussvorschläge für den Aufsichtsrat vor, insbesondere bei Entscheidungen von erheblicher finanzieller Relevanz.

Das Präsidium tagte im Geschäftsjahr 2013 fünfmal und befasste sich mit Vorstandsangelegenheiten, insbesondere der Vorberatung der Vorstandsvergütung, des Widerrufs der Bestellung von Frau Dr. Wolff-Hertwig, der Nachfolgersuche sowie der Bestellung von Herrn Breidenbach.

Der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss trat im Geschäftsjahr 2013 zu drei ordentlichen Sitzungen zusammen und befasste sich dabei mit Geschäftsvorfällen von wesentlicher Bedeutung, dem Jahres- und Konzernabschluss 2012, den Lageberichten, den Prüfungsberichten der Abschlussprüfer, den Zwischenberichten und den relevanten externen Faktoren, die das strategische Geschäft der MAINOVA als Energielieferant maßgeblich beeinflussen. Der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss überzeugte sich von der Wirksamkeit des internen Risikomanagementsystems und überwachte den Rechnungslegungsprozess, dessen Geeignetheit vom Abschlussprüfer festgestellt wurde. Daneben beriet der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss über die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013, die Bestimmung der Prüfungsschwerpunkte und dessen Vergütung. Dabei prüfte er die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers nach den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex und überzeugte sich davon, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte vorliegen.

Der Personalausschuss tagte im Jahr 2013 zweimal. Er prüfte und billigte die Personalberichterstattung für das Geschäftsjahr 2012 sowie die kurz- und mittelfristige Planung der Personalstärke und der Personalkosten.

Der Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG musste in dem abgelaufenen Geschäftsjahr nicht einberufen werden.

Jahresabschluss, Konzernabschluss und Gewinnabführung

Die für den 29. Mai 2013 einberufene Hauptversammlung wählte die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013. In Umsetzung dieses Beschlusses erteilte der Vorsitzende des Aufsichtsrats der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den schriftlichen Auftrag zur Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses der MAINOVA AG für das Geschäftsjahr 2013.

Der vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuches aufgestellte Jahresabschluss der MAINOVA AG, der nach International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellte Konzernabschluss sowie die Lageberichte für die MAINOVA AG und den Konzern für das Geschäftsjahr 2013 wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter Einbeziehung der Buchführung geprüft, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen und allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vom Vorstand rechtzeitig zugeleitet. Die Berichte über Art und Umfang sowie das Ergebnis der Prüfungen des Abschlussprüfers (Prüfungsberichte) lagen allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vor.

Der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss setzte sich in seiner Sitzung am 26. März 2014 eingehend mit den Jahresabschlüssen der MAINOVA AG und des Konzerns, den Lageberichten für die MAINOVA AG und den Konzern sowie den Prüfungsberichten auseinander und empfahl dem Aufsichtsrat, die Abschlüsse zu billigen.

Der Vorsitzende des Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschusses berichtete dem Gesamtaufichtsrat hierüber in der Bilanzsitzung am 2. April 2014 und erläuterte die Empfehlung des Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschusses.

Der Aufsichtsrat prüfte den Jahresabschluss der MAINOVA AG, den Konzernabschluss, die Lageberichte für die MAINOVA AG und den Konzern und die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers seinerseits eingehend und erhob keine Einwendungen. Die Berichte des Abschlussprüfers wurden zustimmend zur Kenntnis genommen. Wie vom Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss empfohlen, stimmte der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Prüfung beider Abschlüsse durch den Abschlussprüfer zu, stellte den Jahresabschluss der MAINOVA AG zum 31. Dezember 2013 fest und billigte den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013. Den Lageberichten für die MAINOVA AG und den Konzern, insbesondere den Aussagen zur weiteren Unternehmensentwicklung, wurde zugestimmt.

Die Vertreter des Abschlussprüfers berichteten in den Sitzungen des Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschusses am 26. März 2014 und des Aufsichtsrats am 2. April 2014 über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung, standen für Fragen zur Verfügung und erteilten ergänzende Auskünfte. In beiden Sitzungen wurden die Abschlussunterlagen von dem Vorstand auch mündlich erläutert und eingehend mit diesem sowie den Vertretern des Abschlussprüfers diskutiert.

Gewinnabführungsvertrag

Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages ist das Jahresergebnis an die Mehrheitsaktionärin Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH abzuführen. Es beläuft sich abzüglich der vertragsgemäß bereits gezahlten Steuerumlage sowie der auf die Ausgleichszahlung an außen stehende Aktionäre entfallenden Ertragssteuern auf 58,7 Mio. Euro (Vorjahr 51,4 Mio. Euro). Die Ausgleichszahlung der Mehrheitsaktionärin an die außen stehenden Aktionäre beträgt 9,48 Euro je Stückaktie.

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Mit Schreiben vom 27. März 2013 hat Frau Dr. h. c. Petra Roth dem Vorstand gegenüber erklärt, dass sie ihr Amt mit Wirkung zum 30. Mai 2013 niederlegt. Als Nachfolger für Frau Dr. h. c. Roth hat die Hauptversammlung am 29. Mai 2013 mit Wirkung zum 30. Mai 2013 Herrn Klaus Oesterling für die verbleibende Amtszeit von Frau Dr. h. c. Roth bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung 2014 in den Aufsichtsrat gewählt. Der Aufsichtsrat hatte bereits zuvor Herrn Uwe Becker zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats für die Zeit nach dem Ausscheiden von Frau Dr. h. c. Roth gewählt.

Frau Rosemarie Heilig, die mit gerichtlichem Beschluss vom 11. Dezember 2012 anstelle von Frau Dr. Manuela Rottmann bis zum Ablauf der Hauptversammlung am 29. Mai 2013 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt worden war, wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2013 für die verbleibende Amtszeit von Frau Dr. Rottmann bis zur Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung 2014 in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Thomas Wissgott hat sein Mandat zum 31. März 2013 niedergelegt. Aufgrund des Verzichts des gewählten Ersatzmitglieds, Herrn Alexander Klein, wurde Herr Jürgen Wachs auf Vorschlag der ver.di Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Hessen mit gerichtlichem Beschluss vom 25. März 2013 mit Wirkung zum 1. April 2013 zum Mitglied des Aufsichtsrats bis zur nächsten Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer bestellt.

Der Aufsichtsrat dankt Frau Dr. h. c. Roth und Herrn Wissgott für die jahrelange gute Zusammenarbeit und das bemerkenswerte Engagement für die MAINOVA AG.

Personelle Veränderung im Vorstand

Der Aufsichtsrat hat mit Beschluss vom 12. März 2013 Herrn Norbert Breidenbach mit Wirkung zum 1. Juli 2013 zum neuen Mitglied des Vorstands und Nachfolger der durch Beschluss des Aufsichtsrats vom 14. Februar 2013 abberufenen Frau Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig bestellt.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Der Deutsche Corporate Governance Kodex wurde im Jahr 2013 angepasst. Der Aufsichtsrat hat die jährliche Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz am 4. Dezember 2013 beschlossen und mit dem Vorstand am 5. Dezember 2013 auf der Internetseite unter www.mainova.de/entsprechenserklaerung dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung aus dem Jahr 2012 hatte zuvor im schriftlichen Umlaufverfahren am 28. Februar 2013 eine unterjährige Anpassung im Hinblick auf die Zielvorgaben zur Diversity erfahren.

Dank

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand, den Unternehmensleitungen der Konzerngesellschaften, dem Betriebsrat sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren enormen persönlichen Einsatz, ihre Leistungen sowie das fortwährende Engagement. Insbesondere aufgrund der aktuellen Herausforderungen durch die Energiewende wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbunds MAINOVA ein hohes Maß an Flexibilität, Loyalität und Einsatzbereitschaft abverlangt, was der Aufsichtsrat auch an dieser Stelle ausdrücklich honorieren möchte.

Frankfurt am Main, im April 2014

Für den Aufsichtsrat



UWE BECKER
VORSITZENDER

LEISTUNG MIT WERT

Genau mit der Kombination aus Leistungsvermögen und festen Werten will die MAINOVA die Energiewende gestalten. Wie sich dieser Anspruch in der Unternehmensstrategie und ihrer Realisierung widerspiegelt, erläutert der Gesamtvorstand im Interview.



Der MAINOVA-Vorstand (von links nach rechts):
Norbert Breidenbach, Dr. Constantin H. Alsheimer, Prof. Dr. Peter Birkner, Lothar Herbst



»Mein Zwischenfazit fällt positiv aus: Wir werden unsere Ziele erreichen und sind damit auch in Zukunft leistungs- und wettbewerbsfähig.«

DR. CONSTANTIN H. ALSHEIMER
VORSITZENDER DES VORSTANDS

Mit einer Strategieberarbeitung ist die MAINOVA AG im Jahr 2013 gestartet. Damit reagieren wir auf die wohl größten energiepolitischen Umwälzungen im neuen Jahrtausend. Alle vier Vorstände der MAINOVA beziehen im Interview zu den Kernelementen der Strategie Stellung und verdeutlichen an ausgewählten Beispielen unsere Antworten auf das Zukunftsprojekt Energiewende.

Herr Dr. Alsheimer, 2013 hat die MAINOVA ihre Strategie für ihr unternehmerisches Handeln weiterentwickelt. Wird dies spürbare Änderungen mit sich bringen?

ALSHEIMER: Fukushima liegt nun drei Jahre zurück. Die Katastrophe hat eine nie da gewesene Dynamik ausgelöst, die für die Energiewirtschaft tiefgreifende Konsequenzen nach sich zieht. Genau deshalb haben wir unseren Kurs überprüft.

Für mich ist dabei ein Gedanke zentral: Wie sichern wir die Zukunft der MAINOVA AG – für unsere Kunden, unsere Mitarbeiter, unsere Anteilseigner und die Region? Wo sehen wir Chancen und wo Risiken? Wo ist unser Kapital gut und richtig eingesetzt?

Die Antworten auf diese Fragen haben wir in unserer weiterentwickelten Unternehmensstrategie beschrieben. Im Kern ist unser Bestandsgeschäft die tragende Säule. Dieses wollen wir in allen Bereichen sichern, sei es im Vertrieb, in der Energieerzeugung, im Handel und bei den Netzen. Ein aktuelles Beispiel: Wir bauen unser Fernwärmenetz in Frankfurt am Main aus – eine Investition in unser Kerngeschäft. Im zweiten Schritt wachsen wir in den Bereichen, die wirtschaftlich sinnvoll sind. So bewerben wir uns um neue Netzkonzessionen in der Region und nehmen den Wettbewerb in diesem Sektor an.

Als dritte Säule folgt: Wo immer wir innovative, marktfähige Geschäftsmodelle und Produkte erkennen oder mit vorhandenen Marktlösungen wirtschaftlich erfolgreich sein können, ergreifen wir die Chance. Oder wir verzichten bei zu hohen Risiken auf ein Invest, wie bislang bei Off-Shore-Windanlagen.

Deutschland hat seit 2013 eine neue Regierung und auch in Hessen sind neue Koalitionspläne unterschrieben. Wie lautet Ihr erstes Fazit aus energiepolitischer Sicht?

Und nicht zuletzt: Im gesamten Unternehmen haben alle Mitarbeiter gemeinsam viel Kraft investiert, um unser Ergebnis auf Dauer stabil zu halten. Unsere Maßgabe ist es, knapp 90 Millionen Euro bis 2018 nachhaltig zu heben. Das hat Auswirkungen bis in jedes einzelne Sachgebiet und fordert jeden unserer rund 2.800 Mitarbeiter. Mein Zwischenfazit fällt positiv aus: Wir werden unsere Ziele erreichen und sind damit auch in Zukunft leistungs- und wettbewerbsfähig.

ALSHEIMER: Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung geht aus meiner Sicht in die richtige Richtung. Die EEG-Reformpläne sind dringend notwendig, um die Kosten wieder in den Blickpunkt zu rücken. Die Energiewende kann nur erfolgreich sein, wenn sie bezahlbar bleibt. So begrüße ich die geplante verpflichtende Direktvermarktung für alle neu zu errichtenden Ökostromanlagen.

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung lese ich, dass in Hessen der Anteil der Windenergie an Land weiter ausgebaut werden soll. Dies ist für die MAINOVA ein positives Signal. Doch noch ist es zu früh, über weitere Investitionen zu sprechen. Erst bei verlässlichen Rahmenbedingungen und wirtschaftlich seriösen Chancen werden wir unternehmerisch aktiv. Wir bekennen uns strategisch zu den erneuerbaren Energien. Aber nur, wenn sie wirtschaftlich sinnvoll und mit den betroffenen Bürgern und Kommunen einvernehmlich umsetzbar sind.

»Die EEG-Reformpläne sind notwendig, um die Kosten wieder in den Blickpunkt zu rücken.«

DR. CONSTANTIN H. ALSHEIMER
VORSITZENDER DES VORSTANDS

Herr Professor Birkner, wie schwer ist es, angesichts der sich schnell verändernden Rahmenbedingungen eine zuverlässige und zukunftssichere Versorgung zu gewährleisten?

BIRKNER: Ich rate davon ab, ein allgemeingültiges Rezept zu erwarten, mit dem wir ein so komplexes technisches System wie unsere Netzinfrastruktur und Erzeugungslandschaft von heute auf morgen grundlegend verändern können. Natürlich müssen wir unsere Hausaufgaben machen, aber wir müssen uns auf einen längeren Transformationsprozess einstellen.

Mein erster Punkt zielt auf unsere Versorgungsnetze. Frankfurt am Main nimmt hier deutschlandweit eine herausragende Rolle ein. Unsere Infrastruktur ist vorbildlich. Das beweisen auch die hohen installierten Leitungskapazitäten und die geringen Ausfallzeiten. Im europäischen Maßstab sind wir Spitzenreiter. Genau das erwarten unsere Geschäftskunden, egal ob Flughafen, Rechenzentren, Banken oder Industrie, aber von uns. Diese Position müssen wir halten, was bei Stromnetzen, die der Anreizregulierung unterliegen, nur mit viel Kraft gelingt. Deshalb plädiere ich dafür, unsere Stromnetze künftig mit Informationstechnologie zu koppeln. Wir haben bereits erste „intelligente“ Niederspannungsnetze und Ortsnetzstationen installiert. In Kürze planen wir weitere „smarte“ Innovationen auf der Mittelspannungsebene. Mein zweiter Punkt zielt auf unsere Erzeugungsanlagen. Hier wollen wir unsere Effizienz und die Flexibilität steigern. Deshalb schließen wir unsere vorhandenen einzelnen Fernwärmeinseln zu einem



»Bei unseren Erzeugungsanlagen wollen wir die Effizienz und die Flexibilität steigern.«

PROF. DR. PETER BIRKNER
TECHNIK-VORSTAND

großen Verbund zusammen. So können wir unsere Kraftwerke künftig flexibel, die Stromerzeugung entkoppelt von der Wärmeerzeugung, steuern und den Brennstoffeinsatz optimieren. Das schont Ressourcen und ist umweltfreundlich. In der Fernwärme steckt zudem ein großes Potenzial zur Energiespeicherung durch Strom-zu-Wärme-Technologien – vor allem in einer dicht besiedelten Stadt wie Frankfurt am Main.

Ist der Kraftwerkspark der MAINOVA für die Zukunft gut aufgestellt?

BIRKNER: Selbstverständlich, die Flexibilität macht unsere Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu idealen Partnern der erneuerbaren Energie. Zudem kann eine Großstadt wie Frankfurt am Main nicht auf eigene Kraftwerke verzichten. Das Stichwort Versorgungssicherheit ist ja bereits gefallen.

Erneuerbare Energien stehen nur volatil zur Verfügung und erfordern daher Ergänzungskraftwerke und mittelfristig auch Energiespeicher. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit unseren geplanten Investitionen in unsere vorhandenen Kraftwerke das Richtige tun. Wir setzen auf moderne, effiziente Technik und sorgen für einen flexibleren Einsatz. Das Thema Strom zu Wärme, also die Nutzung von überschüssigem Strom zur Fernwärmeproduktion, haben wir in der Planung. Ein großes Zukunftsthema bleiben reversible Energiespeicher. Perspektivisch haben wir mit der Strom-zu-Gas-Anlage einen großen Schritt in diese Richtung gemacht. Zum ersten Mal überhaupt testen wir mit unseren Partnern ein Verfahren, welches deutschlandweit bisher nur unter Laborbedingungen existiert, die Einspeisung von Wasserstoff in unsere Erdgasnetzte. Damit wird das Gasnetz zur Batterie der Energiewende. Durch die zeitweilige Überlastbarkeit der Elektrolyseanlage

»Eine Großstadt wie Frankfurt am Main kann nicht auf eigene Kraftwerke verzichten.«

PROF. DR. PETER BIRKNER
TECHNIK-VORSTAND

können wir künftig auch Fluktuationen bei den erneuerbaren Energien ausregeln. Zuerst wollen wir aber das gesamte Verfahren erproben, austesten und optimieren.

Perspektivisch kann Wasserstoff auch für chemische Zwecke oder für Mobilität verwendet werden. Zudem ist durch das Hinzufügen von Kohlendioxid die Weiterverarbeitung von Wasserstoff zu Methan, also Erdgas, möglich.

BREIDENBACH: Zunächst einmal kann ich auf einem gut bestellten Feld arbeiten. Die MAINOVA ist in der Region eine bekannte und anerkannte Marke. Unser Service erhält seit Jahren Bestnoten und wir gewinnen täglich Kunden hinzu. Genau diese gewonnenen und zufriedenen Kunden wollen wir weiterhin dauerhaft an uns binden. Bei unseren Privatkunden funktioniert dies durch faire Konditionen und Verlässlichkeit.

Bei unseren Geschäftskunden kämpfen wir bundesweit in einem wettbewerbsintensiven Umfeld. In diesem Wettbewerb gewinnt das Unternehmen, das durch eine gute Einkaufspolitik marktfähige Preise anbietet und zusätzlich durch überzeugende Energiedienstleistungen punktet. Unser gemeinsames Ziel heißt: Kunden binden. Dazu haben wir unsere interne Organisation optimiert. Wir orientieren unsere Prozesse noch näher am Bedarf unserer Kunden und haben als Folge davon unseren Geschäfts-kundenvertrieb neu aufgestellt. Um im eingangs benutzten Bild zu bleiben: Heute säen wir neu aus und ich bin mir sicher, dass wir für die MAINOVA auch zukünftig gute Ernten einfahren werden.

BREIDENBACH: Es wäre mit Blick auf unser Kerngeschäft Erdgas, Strom, Wärme und Wasser zu kurz gedacht, wenn wir auf innovative Produkte verzichten würden. Gleiches gilt für fortschrittliche Energiedienstleistungen. Doch unsere Strategie ist, wie es Herr Dr. Alzheimer ja ausgeführt hat, zu Recht mehrschichtig. Wir wollen nicht jedes Thema als „First Mover“ angehen. Vielmehr setzen wir auf bestehende marktfähige Lösungen. Genau

Herr Breidenbach, welche strategischen Herausforderungen stehen bei Ihnen als neuem Vertriebsvorstand ganz oben?

Sehen Sie in Ihrem Vorstandsressort Raum für Innovationen oder neue Vermarktungsstrategien?

»Unser wichtigstes Ziel heißt: Kunden binden. Um jedoch nachhaltig zu wachsen, wollen wir auch neue Kunden gewinnen.«

NORBERT BREIDENBACH
VERTRIEBS-VORSTAND



diesen Ansatz verfolgen wir ja bereits. Durch Contracting können wir unsere Wertschöpfungskette verlängern und langfristig Kunden binden. Gleichzeitig erhöhen wir bei unseren Kunden die Energieeffizienz. Somit zahlen wir neben der Kundenbindung auf ein weiteres strategisches Ziel ein: Wir helfen dabei, Ressourcen zu schonen und die Klimaschutzziele der Stadt Frankfurt am Main zu erfüllen.

»Ich sehe perspektivisch gute Chancen bei der Direktvermarktung von Strom, der aus erneuerbaren Energiequellen stammt.«

NORBERT BREIDENBACH
VERTRIEBSVORSTAND

Der zweite Teil der Frage zielt auf das Thema „Vermarktungsstrategien“. Hier verweise ich auf die bereits erwähnten politischen Rahmenbedingungen. Ich sehe durchaus Chancen bei der Direktvermarktung von Strom, der aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Im Gegensatz zu den einzelnen kleineren Betreibern von Windparks und Photovoltaikanlagen haben wir die entsprechenden Marktzugänge und können somit Strom aus erneuerbaren Energien besser handeln. Diese Dienstleistung können wir kompetent anbieten. Bei der Direktvermarktung ist die MAINOVA strukturell ein guter Ansprechpartner.

Herr Herbst, welche Reaktionen löst das Wort „Energiewende“ bei den MAINOVA-Mitarbeitern aus?

HERBST: Ich denke, es vergeht kein Tag, an dem die Mitarbeiter nicht direkt oder indirekt mit diesem Thema konfrontiert sind. Genau wie wir jede Gelegenheit nutzen, die Chancen zu schildern, die meine Vorredner bereits betont haben, so erkennen wir dennoch auch Unsicherheiten. So gesehen, ist die Energiewende für jeden Mitarbeiter elementar. Veränderungen, wie



»Veränderungen, wie sie unsere Branche durchmacht, sind eine Kraftanstrengung für alle Betroffenen.«

LOTHAR HERBST
PERSONALVORSTAND

Muss die MAINOVA in Zeiten wie diesen nicht umdenken und eher Arbeitsplätze abbauen, wie es die Großen der Branche vormachen?

sie unsere Branche durchmacht, sind eine Kraftanstrengung für alle Betroffenen. Wir müssen gewohnte Pfade verlassen und uns neuen Aufgaben stellen.

Doch für mich gehören Veränderungen zum Leben und davon nehme ich die Arbeitswelt nicht aus. Deswegen ist es so wichtig, über diese Zukunftsfragen zu sprechen, für das Gelingen der Energiewende zu werben und Perspektiven aufzuzeigen. So verstehe ich die Angst, die das Wort „Energiewende“ auslösen kann, doch gleichzeitig kann ich nur jeden ermutigen: Unsere Strategie wird erfolgreich sein, wenn alle ihr Möglichstes geben.

HERBST: Die Zahlen in diesem Geschäftsbericht belegen, dass die MAINOVA ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen ist. Wir haben in den Jahren der großen Gewinne nicht überproportional Arbeitsplätze aufgebaut und müssen daher in schwierigen Zeiten auch keine Entlassungswellen lostreten. An dieser Strategie halten wir fest.

Dass wir unseren Personalbestand verantwortungsvoll anpassen müssen, ist allerdings eine wirtschaftliche Konsequenz aus der bisherigen energiewirtschaftlichen Entwicklung. Es ist uns in den beiden vergangenen Jahren gelungen, unseren Personalstamm zu senken. Allein Arbeitsplätze zu streichen, reicht jedoch nicht aus um die Energiewende zu bewältigen. Hierfür brauchen wir qualifiziertes Personal an den richtigen Stellen.

Wir greifen daher zu einer Doppelstrategie: Wo es der Markt erfordert, verstärken wir uns zielgerichtet mit qualifiziertem Personal. Wir suchen Spezialisten, beispielsweise in der IT. Andererseits verfügen wir bereits über großes Potenzial in unserer Belegschaft. Durch Weiterbildung, Umschulung oder andere Förderungsinstrumente entwickeln wir unsere Mitarbeiter. Außerdem qualifizieren und fördern wir unsere Leistungsträger für zukünftige Aufgaben.

»Indem wir Mitarbeiter an uns binden, erhalten wir der MAINOVA in diesen Zeiten ein wichtiges Gut: Wissen.«

LOTHAR HERBST
PERSONALVORSTAND

Unsere Verantwortung als Arbeitgeber stellen wir dadurch unter Beweis. Durch die in aller Kürze geschilderte Doppelstrategie binden wir Mitarbeiter an uns und erhalten der MAINOVA in diesen für die Energiebranche eher rauen Zeiten ein wichtiges Gut: Wissen. Dieses ist in unseren Reihen bereits vorhanden, wird kontinuierlich fortentwickelt und zum Wohl unseres Unternehmens eingesetzt.

LAGEBERICHT

S. 22	Grundlagen des Konzerns
S. 22	Geschäftsmodell
S. 22	Strategien und Ziele
S. 25	Steuerungssystem und Leistungsinditkatoren
S. 25	Technische Innovationen
S. 26	Wirtschaftsbericht
S. 26	Rahmenbedingungen
S. 28	Geschäftsverlauf
S. 34	Mitarbeiter
S. 34	Nachtragsbericht
S. 34	Prognose-, Chancen- und Risikobericht
S. 34	Prognosebericht
S. 37	Chancen- und Risikobericht
S. 41	Sonstige Angaben
S. 41	Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess nach § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB
S. 42	Grundzüge des Vergütungssystems für den Vorstand
S. 42	Übernahmerelevante Angaben nach § 315 Abs. 4 HGB
S. 44	Versicherung der gesetzlichen Vertreter



Lagebericht des Mainova-Konzerns für das Geschäftsjahr 2013

Als börsennotiertes Unternehmen hat die MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA AG) ihren Konzernabschluss (im Folgenden wird der MAINOVA-Konzern als MAINOVA bezeichnet) nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Grundlagen des Konzerns

Geschäftsmodell

MAINOVA ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg mit Energie und Wasser sowie Geschäftskunden bundesweit mit Strom und Gas. Zudem beliefern wir regionale Gas- und Stromversorger (Energiepartner). Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir den Netzzugang und Netzanschluss Dritten zur Verfügung und gewährleisten den sicheren Transport von Energie und Wasser.

Unser operatives Kerngeschäft wird insbesondere von der MAINOVA AG und vier Tochterunternehmen wahrgenommen. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet das Strom- und Gasnetz der MAINOVA AG und betreibt dieses auf eigene Rechnung, während für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze die Betriebsführung übernommen wird. Die MAINOVA EnergieDienste GmbH betreibt das Energiedienstleistungsgeschäft (Contracting) mit Geschäftskunden und das technische Facility Management. Die Aufgaben der MAINOVA ServiceDienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmemengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH betreut das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main.

Der Ausbau unserer Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien im aktuellen Geschäftsjahr sowie im Vorjahr erfolgte vorrangig durch die Gründung beziehungsweise den Erwerb von Tochterunternehmen, welche die Onshore Windparks und Photovoltaikanlagen betreiben.

Unser Geschäft ist in folgende Segmente unterteilt:

- › Wärme- und Stromerzeugung
- › Stromversorgung
- › Gasversorgung
- › Wärmeversorgung
- › Wasserversorgung
- › Beteiligungen
- › Sonstige Aktivitäten

Das Segment Wärme- und Stromerzeugung umfasst das Geschäft der Wärme- und Stromerzeugungsanlagen der MAINOVA AG und der Tochterunternehmen.

Die Segmente Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung decken jeweils die Wertschöpfungskette vom Bezug bzw. Handel über die Verteilung und den Vertrieb unserer Produkte ab.

Dem Segment Beteiligungen ist unser gesamtes Beteiligungsportfolio von 23 nach der Equity-Methode einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen sowie 17 weiteren Beteiligungsgesellschaften zugeordnet.

Strategien und Ziele

Energiewirtschaft im Wandel

In den vergangenen Jahren hat die Häufigkeit politischer Eingriffe und deren Unvorhersehbarkeit deutlich zugenommen. Insbesondere die Energiewende mit ihren ehrgeizigen CO₂-Einsparzielen, dem Ausbau erneuerbarer Energien sowie den hohen Anforderungen an das Thema Energieeffizienz beeinflusst die Branche maßgeblich. In diesem Zusammenhang wird derzeit auch über die Kosten der Energiewende politisch diskutiert. Ziel ist dabei die Stabilisierung der Strompreise für die Verbraucher. Dazu wurde eine Reihe von Vorschlägen wie die Reduzierung der Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien, die Senkung der Stromsteuer oder die stärkere Beteiligung der Industrie an den Kosten der Energiewende eingebracht. Ferner verschärfen weltweite politische Spannungen, die schwelende Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Einspeisung der erneuerbaren Energien die Volatilität der Energiepreise.

Die politischen Vorgaben im Rahmen der Energiewende wirken sich durch den Trend weg von Großkraftwerken hin zu grüner und dezentraler Energie massiv auf die Energieerzeugung aus. Im aktuellen Strommarktdesign definiert die sogenannte Merit Order die Reihenfolge der Einspeisung der Erzeu-

gungsanlagen zur Deckung der Stromnachfrage. Hierbei führen der Vorrang erneuerbarer Energien und ihr stetiger Ausbau dazu, dass konventionelle Kraftwerke immer weniger zum Einsatz kommen. Die so verursachte Reduzierung von Betriebsstunden macht insbesondere die oftmals hocheffizienten Gaskraftwerke unwirtschaftlich. Niedrige Preise für CO₂ verstärken diesen Trend. Eine entsprechende neue Marktordnung, die erneuerbare Energien in ein bestehendes System mit hocheffizienten konventionellen Kraftwerken integriert, bildet eine zentrale Herausforderung im Erzeugungsbereich.

Im Vertrieb ist sowohl im Strom- als auch im Gasgeschäft eine steigende Intensität des Wettbewerbs zu verzeichnen. Dies zeigt nicht nur die immer größer werdende Anzahl an Energieanbietern, sowohl regional als auch bundesweit, sondern auch der Eintritt branchenfremder Anbieter, wodurch der Energiemarkt heterogener geworden ist. Gleichzeitig verändern sich die kundenseitigen Anforderungen. Kunden werden bei der Wahl ihres Anbieters zunehmend anspruchsvoller hinsichtlich Preis und Servicequalität, was sich in steigenden Wechselquoten bemerkbar macht. Ziel des Vertriebs ist es, trotz der sich verschärfenden Wettbewerbssituation das hohe Kundenbindungsniveau zu halten und in den überregionalen Vertriebsgebieten wertorientiert zu wachsen. Ein stärkeres Nachhaltigkeitsbewusstsein sowie der Wunsch nach Transparenz bei der Preisgestaltung sind ebenfalls festzustellen. Hinzu kommt die steigende Anzahl der Selbstversorger beispielsweise durch Blockheizkraftwerke oder Photovoltaikanlagen.

Die Erträge im Netzgeschäft werden durch die staatliche Regulierung in Form der sogenannten Anreizregulierung begrenzt. Hinzu kommt der Trend zur Rekommunalisierung der Energienetze. Kommunen betreiben die Netze häufig wieder selbst oder über einen Dienstleister und beabsichtigen damit einen Ergebnisbeitrag für den vielerorts unter Druck stehenden kommunalen Haushalt zu erwirtschaften.

Strategische Planung als kontinuierlicher Entwicklungsprozess

Die dargestellten Veränderungen, die auf den Markt der Energieversorgung einwirken, zwingen Energieversorger, ihr bisheriges Geschäftsmodell zu überdenken und zu priorisieren, in welchen Wertschöpfungsstufen künftig das Kapital investiert wird. Dabei können auch langfristig neue, das Kerngeschäft ergänzende Geschäftsfelder wie Contracting, Smart Meter, Smart Home oder Energieberatung eine Rolle spielen.

Auch im abgelaufenen Jahr wurde unsere Strategie strukturiert überprüft, mit allen Unternehmensbereichen verzahnt und weiterentwickelt. Hierzu wurden

detaillierte Markt- und Unternehmensanalysen entlang der gesamten Wertschöpfungsstufen durchgeführt, um zu einer Standortbestimmung für unseren Konzern zu kommen. Um die beschriebenen Unsicherheiten der Unternehmensumwelt zu berücksichtigen, wurden zudem Instrumente der langfristigen Szenario- und Portfolioanalyse im Rahmen der Strategieentwicklung eingesetzt.

Die Ergebnisse haben unseren bisherigen Kurs im Wesentlichen bestätigt. Die Umsetzung der Strategie wird durch den jährlich rollierenden Strategieprozess sichergestellt. Durch die quantitative Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung wird dafür gesorgt, dass die strategischen Ansätze über Ziele und Maßnahmen in die finanzielle Mittelfristplanung übersetzt werden.

Strategische Leitlinien

Unter dem **Motto „Leistung mit Energie“** haben wir Leitlinien festgelegt, die den Rahmen für die Weiterentwicklung unseres Unternehmens bilden und zur Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigen Zukunftssicherung beitragen:

- › **Regional:** Wir sind der führende Energiedienstleister im Rhein-Main-Gebiet.
- › **Integriert:** Wir bedienen die gesamte Wertschöpfungskette – von der Erzeugung über die Verteilung bis zum Vertrieb.
- › **Innovativ:** Wir gehen neue Wege, setzen modernste Technik ein, vermarkten fortschrittliche Dienstleistungen und nutzen neue Geschäftschancen.
- › **Kooperativ:** Wir verhalten uns partnerschaftlich und fair – untereinander, gegenüber allen Partnern und ganz besonders gegenüber unseren Kunden.
- › **Effizient:** Wir sind motiviert, beweglich und optimieren beständig unsere Kosten und Abläufe.
- › **Fokussiert:** Wir konzentrieren uns auf unsere Kernkompetenzen und wachsen, wo es sich lohnt – für uns und unsere Kunden.

Die Sicherung des Kerngeschäfts als tragende wirtschaftliche Säule hat dabei Vorrang vor ausgewählten Wachstumsfeldern und innovativen Konzepten.

Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung

Die Voraussetzung für unseren zukünftigen Erfolg sind kosteneffiziente und transparente Geschäftsprozesse über alle Wertschöpfungsstufen hinweg. Dies umfasst insbesondere die Förderung einer Leistungs- und Innovationskultur, eine verstärkte interdisziplinäre und bereichsübergreifende Zusammenarbeit sowie das intensivere Nutzen von Synergien. Die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle wird ebenso erforderlich sein wie die Weiterentwicklung unserer IT-Strukturen. Darüber hinaus müssen gezielte Maßnahmen der Personalentwicklung unsere

Bei Kunden steigen die Ansprüche hinsichtlich Preis und Service. Dies beweisen steigende Wechselquoten.

Die Sicherung des Kerngeschäfts hat für uns oberste Priorität.

Der Vorrang erneuerbarer Energien hat immer noch Auswirkungen auf hocheffiziente Gaskraftwerke, die mehrheitlich nicht wirtschaftlich zu betreiben sind.

Mehr zu iNES finden Sie im Geschäftsbericht 2012, S. 54 f.

Erfolgreiche Kundenbindung ist das oberste Ziel unserer vertrieblischen Arbeit.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2013 im Internet unter www.mainova-nachhaltigkeit.de.

Mitarbeiter in die Lage versetzen, die zukünftigen Anforderungen zu erfüllen.

Auf Basis der strategischen Leitlinien wurden konkrete strategische Stoßrichtungen verabschiedet.

In der **Erzeugung** erfolgt die Sicherung des Bestandsgeschäfts in erster Linie durch die Optimierung und Flexibilisierung der Erzeugung in unseren Kraftwerken in Frankfurt am Main. Hier beabsichtigen wir, im Rahmen unseres neuen Fernwärmekonzepts in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen zu tätigen. Unter anderem wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Kraftwerkseinsatzplanung mit dem Ziel der Vermarktung von Minutenreserve und Sekundärregelenergie sowie der Brennstoffkostenreduzierung durchgeführt.

Das Wachstum im Bereich der Erzeugung soll durch ausgewählte Investitionen in Onshore-Windparks und Photovoltaikanlagen mit schwerpunktmäßig regionalem Fokus erfolgen. Als Zukunftsfeld wird zudem der Einsatz von Speichertechnologien auf technische Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit hin untersucht.

Die Kernaufgabe des **Handels** beziehungsweise der **Beschaffung** ist die kostenoptimierte Beschaffung mit dem Ziel, unseren Vertrieb mit wettbewerbs- und marktfähigen Preisen zu bedienen. Darüber hinaus ist die bestmögliche Vermarktung der Eigenerzeugungsmengen unserer Kraftwerke zu gewährleisten.

Ein Wachstumsbereich ist die Intensivierung des Geschäfts mit Energiepartnern durch den kontinuierlichen Ausbau von Kooperationen und Dienstleistungen. Über die Energielieferung hinaus können unsere Energiepartner weitere Dienstleistungen von uns in Anspruch nehmen. Hierzu zählen Windparkbeteiligungen, die Nutzung eines Business-Portals oder energiewirtschaftliche Leistungen wie beispielsweise Bilanzkreis-, Portfolio- sowie Prognosemanagement.

Für den **Vertrieb** hat die erfolgreiche Kundenbindung sowohl im eigenen Netzgebiet als auch im externen Vertriebsgebiet Vorrang. Dabei kommen uns eine hohe Markenbekanntheit und starke Marktposition in der Region zugute.

Da wettbewerbsbedingte Absatz- und Margenrückgänge auch in unserem Stammgebiet nicht ausgeschlossen werden können, müssen – vorrangig im Geschäftskundenbereich – überregional entsprechende Absatzpotenziale unter Berücksichtigung einer ausreichenden Marge generiert werden.

Ergänzend hierzu werden Energiedienstleistungen als Kundenbindungsinstrument entwickelt und getestet, die unser klassisches Liefergeschäft wirtschaftlich ergänzen können.

Als Antwort auf Rekommunalisierung und Regulierungsdruck stehen im **Netz**bereich die Sicherung der Konzessionen und der Versorgungszuverlässigkeit sowie ein funktionsfähiges Regulierungsmanagement an erster Stelle. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien, eine vermehrt dezentrale Erzeugung sowie Speichermöglichkeiten ändert sich die Aufgabe von Netzen. Daher kommen der Erprobung und dem Einsatz neuer Technologien zur Sicherung des wirtschaftlichen Betriebs und der Versorgungszuverlässigkeit, beispielsweise im Rahmen unseres Projekts zur intelligenten Ortsnetzstation (iNES), eine steigende Bedeutung zu.

Der Trend zur Rekommunalisierung erfordert es, im Rahmen der Bemühungen um Konzessionen vermehrt Kooperationsmodelle anzubieten. Dabei bleibt es das Ziel, attraktive Gebiete auch unter strategisch technisch sinnvollen Gesichtspunkten zu gewinnen. Die Prüfung von Geschäftsoptionen im unregulierten Bereich betrifft Dienstleistungen wie zum Beispiel Netz-, Speicher-, Leitwartenbetrieb und Anlagenbau.

Nachhaltigkeit

Einen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Unternehmens leistet die konsequente Anwendung unseres Nachhaltigkeitsverständnisses. Die Maxime unseres Handelns ist es, die Ausgewogenheit von wirtschaftlichen Zielen, Umweltschutz und sozialer Verantwortung zu gewährleisten. Wir wollen zukünftigen Generationen eine intakte Umwelt hinterlassen sowie stabile wirtschaftliche und soziale Bedingungen schaffen.

Um unser Verständnis von Nachhaltigkeit ganzheitlich abbilden zu können, haben wir ein Konzept mit fünf Kernelementen verabschiedet: Langfristiger Erfolg, Leistungsfähige Technik, Zukunftsfähige Versorgung, Faire Partnerschaft sowie Regionale Verantwortung.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2013, der ab dem 21. Mai 2014 im Internet unter www.mainova-nachhaltigkeit.de abrufbar ist.

Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Um unsere strategischen Ziele zu erreichen, benötigen wir konkrete Steuerungsgrößen, anhand derer wir den Erfolg unserer Maßnahmen messen können. Die Grundlage dafür ist ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, welches einen geschlossenen Kreislauf aus strategischer Planung, rollierender Mittelfristplanung, regelmäßigen Forecasts und dem Controlling der Zielerreichung bildet, um frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung zu erhalten. Ein Teil des Steuerungssystems ist auch die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der MAINOVA sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, welche zum Teil auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentrale finanzielle Steuerungskennzahl ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT). Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird das EBT in Form einer Matrixdarstellung nach den Segmenten Wärme- und Stromerzeugung, Stromversorgung, Gasversorgung, Wärmeversorgung, Wasserversorgung und Beteiligungen sowie nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Netz und Vertrieb differenziert, analysiert und mit den Verantwortlichen diskutiert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz stellen Absatz- und Erzeugungsmengen sowie die Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit unsere bedeutenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren dar. Diesbezüglich verweisen wir auf die Ausführung im Wirtschaftsbericht.

Technische Innovationen

Als zukunftsorientierter Energiedienstleister analysieren, bewerten und testen wir mit unserem technischen Innovationsmanagement neue Technologien. Unsere Studien und Feldtests im Jahr 2013 konzentrierten sich auf die Erprobung innovativer Zukunftslösungen im Hinblick auf ressourcenschonende Energieerzeugung, intelligente Netzsteuerung sowie Speicherung von Energie. Unser Ziel ist es, intelligente Lösungen für die Herausforderungen der Energiewende mit- bzw. weiterzuentwickeln und diese in Zusammenarbeit mit engagierten Partnern umzusetzen.

In diesem Zusammenhang prüfen wir Fördermöglichkeiten und bewerben uns um Fördermittel. Unser Know-how weiten wir durch Entwicklungs- und Forschungskooperationen kontinuierlich aus und begleiten u. a. Hochschulförderprojekte.

Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts mit zwölf anderen Unternehmen der Thüga-Gruppe haben wir eine Power-to-Gas-Demonstrationsanlage in Frankfurt am Main in Betrieb genommen. Die Anlage ist die bundesweit erste, die Strom in Wasserstoff umgewandelt und in das kommunale Gasnetz eingespeist hat. Damit wird die in Photovoltaik- und Windkraftanlagen erzeugte Energie gespeichert und bei Bedarf wieder in Strom und Wärme umgewandelt. Der Demonstrationsbetrieb ist bis zum Jahr 2016 geplant.

Des Weiteren testen wir derzeit eine Anlage zur Stromerzeugung aus organischer Photovoltaik. Die Technologie gilt als zukunftsweisend für die Erschließung erneuerbarer Energien, da sie umweltfreundlich und kostengünstig herzustellen und flexibel einsetzbar ist. Die transparenten Kunststofffolien, sogenannte organische Halbleiter, erzeugen schon bei geringer Sonneneinstrahlung oder künstlichem Licht Strom. Die Einsatzmöglichkeiten sind im Gegensatz zu den herkömmlichen starren Photovoltaikmodulen vielfältig. So lassen sich die flexiblen Folien großflächig an Fassaden anbringen oder in Fensterglas integrieren.

Ferner haben wir mit dem Projekt für intelligente Netzsysteme (iNES) eine Systemlösung entwickelt, die es uns ermöglicht, die Auswirkungen einer erhöhten dezentralisierten Stromerzeugung auf das Niederspannungsnetz effizient zu analysieren. Dadurch können netzkritische Situationen identifiziert und rechtzeitig verhindert werden. Zukünftig kann iNES durch eine intelligente Regelung einen kostenintensiven Netzausbau vermeiden und garantiert die Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Integration von erneuerbaren Energien.

In Kooperation mit der Universität Gießen haben wir ein Pilotprojekt zur CO₂-Reduzierung gestartet. Auf dem Dach des Heizkraftwerks West betreiben wir eine Algenzuchtanlage, mit deren Hilfe klimaschädliches CO₂ in Algen gebunden und zu Biomasse umgewandelt werden kann.

Mehr zu diesem Projekt finden Sie im Geschäftsbericht 2012, S. 48 ff.

Wirtschaftsbericht

Rahmenbedingungen

Energiepolitik

Viele der energiepolitischen Entscheidungen im Geschäftsjahr 2013 stehen im Zusammenhang mit steigenden Energiekosten, insbesondere infolge der Energiewende, deren Auswirkungen wir im Kapitel „Ziele und Strategien“ dargestellt haben.

Die vier Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichten im Oktober die Höhe der EEG-Umlage für das Jahr 2014. Demnach erhöht sich die EEG-Umlage um rund 18 % von 5,28 auf 6,24 Cent pro kWh, nachdem diese bereits im Vorjahr um rund 47 % gestiegen ist. Die Erhöhung der EEG-Umlage führt zu einem weiteren deutlichen Anstieg der staatlich festgelegten Bestandteile des Strompreises.

Einen weiteren Einfluss auf die Strompreisentwicklung hat der im Dezember gefasste Beschluss des Europaparlaments, das Angebot für Emissionshandelszertifikate temporär zu verknapfen, um den Handelspreis zu erhöhen. Durch den Zertifikateüberschuss und den damit einhergehenden niedrigen CO₂-Preis gingen vom Handel mit Emissionszertifikaten bisher kaum Investitionsanreize für klimafreundliche Technologien und Verfahren aus.

Nachdem unsere Netzgesellschaft NRM gemeinsam mit weiteren regionalen und überregionalen Netzbetreibern gegen die Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur Abwicklung der Netzentgeltbefreiung für stromintensive Betriebe geklagt hatte, hat das Oberlandesgericht Düsseldorf im März 2013 die Festlegung der BNetzA aufgehoben. Zudem urteilte das Gericht, dass es keine Rechtsgrundlage für die Befreiung der stromintensiven Betriebe von den Netzentgelten gibt. Durch die geplanten Änderungen der Netzentgeltverordnungen für Strom und Gas sowie der Anreizregulierungsverordnung sollen die stromintensiven Verbraucher zukünftig durch ein gestaffeltes Netzentgelt angemessen an den Kosten der Energiewende beteiligt werden. Des Weiteren ist geplant, die Vorgaben für die Ermittlung der Netzkosten anzupassen und die Bedingungen für Investitionen in Hochspannungsnetze zu verbessern.

Nicht nur bezüglich der Energiekosten, sondern auch im Hinblick auf die Versorgungszuverlässigkeit stehen wir vor großen Herausforderungen. Um diese dauerhaft gewährleisten zu können, muss die Integration der erneuerbaren Energien in das bestehende System deutlich verbessert werden. Mit Blick auf die Versorgungszuverlässigkeit ist die von der Bundesregierung verabschiedete Reservekraftwerksverordnung im Juli 2013 in Kraft getreten und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017. Die Verordnung regelt das Verfahren und die Bedingungen von Kraftwerksstilllegungen sowie die Vergütung der Kraftwerke in der Netzreserve. Unseres Erachtens ist die Verordnung als Übergangslösung zur Schaffung von Rechtssicherheit im Hinblick auf den Umgang mit Reservekraftwerken zweckmäßig. Dennoch ist dies keine Lösung auf Dauer, da sie das eigentliche Problem einer fehlgeleiteten Marktsteuerung nicht löst.

Bereits vor dem Inkrafttreten der Reservekraftwerksverordnung wurde für das Gemeinschaftskraftwerk in Irsching in Abstimmung mit der BNetzA eine Vereinbarung geschlossen, die für das Vorhalten von Kraftwerksleistung zugunsten der Netzstabilität in den nächsten drei Jahren eine Vergütung durch den Übertragungsnetzbetreiber vorsieht. Für die Zeit danach gehen wir von einer gesetzlichen Regelung aus, welche die Vorhaltung von Leistung honoriert und somit einen wirtschaftlich sinnvollen Betrieb des Kraftwerks ermöglicht.

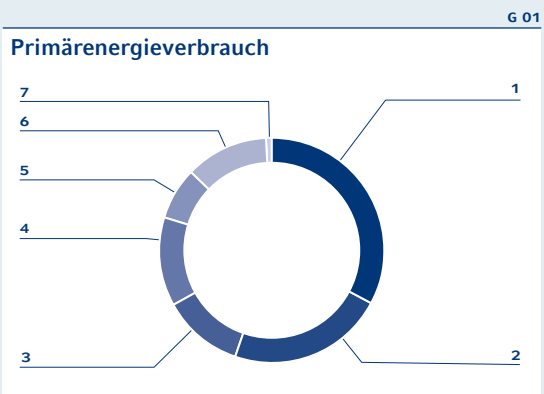
Konjunkturelle Entwicklung

Nach den aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamts ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2013 mit einem Plus von 0,4 % kaum gewachsen. Die Krise in der Eurozone hat zum Jahresbeginn insbesondere die exportabhängige Industrie belastet. Positive Impulse kamen hingegen vorwiegend aus der Bauwirtschaft sowie von den gestiegenen Konsumausgaben der Haushalte, bedingt durch die günstige Arbeitsmarktsituation und höhere Einkommen.

Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Vorläufigen Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) zufolge wird sich der Energieverbrauch in Deutschland im abgelaufenen Jahr 2013 voraussichtlich auf 477,7 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten belaufen und somit um 2,6 % über dem Vorjahresniveau liegen. Für den höheren Energieverbrauch sorgten insbesondere der kühle Witterungsverlauf in der ersten Jahreshälfte sowie niedrigere Marktpreise für Mineralöl und Steinkohle.

Der Primärenergieverbrauch verteilt sich in Deutschland im Jahr 2013 wie folgt:



1	Mineralöl	33,0 %
2	Erdgas	22,5 %
3	Braunkohle	11,6 %
4	Steinkohle	12,7 %
5	Kernenergie	7,6 %
6	Erneuerbare Energieträger	11,8 %
7	Sonstige Energieträger	0,8 %

Quelle: Pressedienst Nr. 8/2013 der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Berlin

Der Mix der Energieträger blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Der wichtigste Energieträger war auch im Jahr 2013 das Mineralöl mit einem relativ konstanten Anteil von 33,0 %. Durch die kalte Witterung in der ersten Jahreshälfte stieg der Anteil des Erdgases am Energiemix um 0,9 Prozentpunkte auf 22,5 %. Aufgrund einer geringeren Verfügbarkeit reduzierte sich der Beitrag der Atomenergie um 0,4 Prozentpunkte. Die erneuerbaren Energien konnten hingegen einen Anstieg um 0,3 Prozentpunkte verzeichnen und machen nun 11,8 % des gesamten Energieverbrauchs aus.

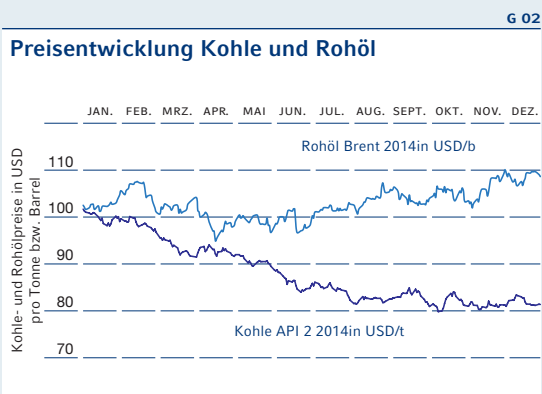
Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Die Entwicklung der Energiepreise war im Jahr 2013 von der Schuldenkrise in Europa, mäßigem Wachstum der Weltwirtschaft sowie gewaltsamen Konflikten im Nahen Osten und in Nordafrika geprägt. Zudem wirkten sich der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien, die kühlere Witterung in Deutschland in der ersten Jahreshälfte sowie politische Entscheidungen zur Reformierung des europäischen Emissionshandels auf die Energiepreise aus.

Der durchschnittliche **Kohlepreis** für das Frontjahr (API2) in der ARA-Region (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) zeigte sich mit 88,83 US-Dollar pro Tonne um 14,0 % günstiger als im Vorjahreszeitraum. Ausschlaggebend für den Preisrückgang bis zur Jahresmitte waren eine schwache Nachfrage und ein tendenziell verbessertes Angebot. Maßgeblich für die Stabilisierung im Laufe der zweiten Jahreshälfte waren anziehende Eindeckungskäufe für die Wintermonate und ein abnehmendes Angebot. Zudem wirkte sich im späteren Jahresverlauf die Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung der Weltwirtschaft im nächsten Jahr – insbesondere in China – aus.

Der durchschnittliche Preis für **Rohöl** der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag mit 103,42 US-Dollar pro Barrel um rund 3,1 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Nach einer schwächeren Entwicklung in den eher nachfrageschwachen Monaten April und Juni zog der Terminkontraktpreis bis zum Jahresende wieder an. Preistreibend wirkten sich der gewaltsame politische Machtwechsel in Ägypten und eine drohende militärische Intervention der USA im syrischen Bürgerkrieg aus. Größeren Preissteigerungen wirkten deutliche Produktionserhöhungen in Nordamerika und eine erste Annäherung im Konflikt um das iranische Atomprogramm Ende November entgegen.

Die Preise für Rohöl und Kohle entwickelten sich wie folgt:



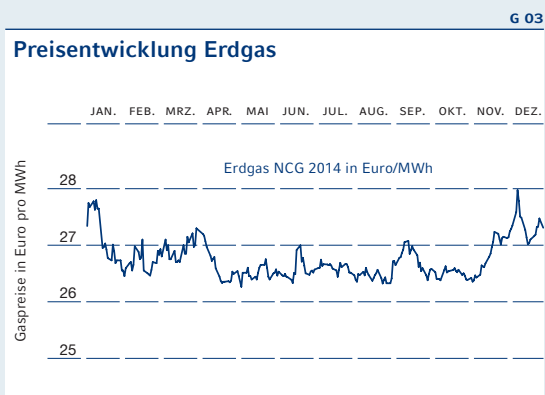
Mit einem Rückgang um 0,5 % zeigte sich der durchschnittliche **Erdgaspreis** im Marktgebiet NCG (Net-Connect Germany) in Höhe von 26,73 Euro pro MWh nahezu unverändert zum Vorjahr. Der unterjährige Kursverlauf orientierte sich eng am stark witterungsabhängigen Spot-Preisverlauf. Auch die Preisschwankungen vom Ölmarkt sowie ein gegenüber dem Vorjahr zunehmender Wettbewerb mit asiatischen Abnehmern um Flüssigerdgas (LNG) aus Katar beeinflussten die stabile bis leicht steigende Entwicklung der Gasterminpreise im Jahresverlauf.

Der durchschnittliche Preis für Steinkohle lag 2013 bei 88,83 US-Dollar pro Tonne.

Der durchschnittliche Preis für Rohöl der Sorte Brent lag 2013 bei 103,42 US-Dollar pro Barrel.

Der Gesamtenergieverbrauch im Jahr 2013 betrug in Deutschland 477,7 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten.

Der Preis für Erdgas zeigte folgende Entwicklung:

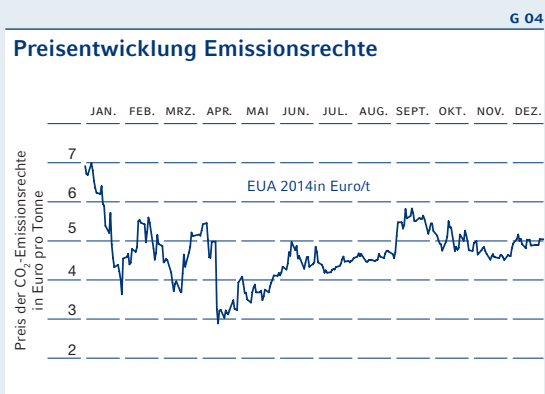


Der Durchschnittspreis für Emissionsrechte lag 2013 bei 4,69 Euro pro Tonne.

Im Vergleich zum Vorjahr sank der Durchschnittspreis für **Emissionsrechte** (EU Allowances – EUA) an der European Climate Exchange (ECX) mit Fälligkeit im Folgejahr um 40,9 % auf 4,69 Euro pro Tonne. Die größten Verluste verzeichnete der Kontrakt dabei in der ersten Jahreshälfte, nachdem politische Signale zur Eindämmung des Überangebots an Emissionsrechten durch europäische Entscheidungsträger ausblieben. Insbesondere eine Ablehnung des sogenannten Backloadings – einer zeitlich nach hinten verlagerten Ausgabe von Zertifikaten an Emittenten – Mitte April durch das Europäische Parlament ließ die Preise auf zeitweise unter 3 Euro pro Tonne fallen. Nach erneuter Abstimmung des EU-Parlaments Anfang Juli stabilisierte sich der Preis für Emissionsrechte im zweiten Halbjahr.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) des Geschäftsjahres 2013 beläuft sich auf 136,6 Mio. Euro.

Der Preis für Emissionsrechte weist folgenden Verlauf auf:



Der Durchschnittspreis für Strom am Terminmarkt für den Baseload-Kontrakt 2014 lag bei 39,07 Euro pro MWh.

Am Terminmarkt für **Strom** sank der Durchschnittspreis für den Baseload-Kontrakt 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 20,8 % auf 39,07 Euro pro MWh. Sinkende Kosten für Kohle und Emissionsrechte sowie um rund 5 Euro gefallene Spotpreise bei der

Grundlast ließen keine Trendwende zu. Wie schon im Jahr zuvor wirkte sich der Einfluss des wachsenden Angebots aus erneuerbaren Energien weiter preisdämpfend aus. Eine in der zweiten Jahreshälfte von eher stabilen Brennstoffpreisen getragene Festigung der Spotpreise sowie die Aussicht auf eine konjunkturell bedingt höhere Energienachfrage im Jahr 2014 führten auch am Terminmarkt zu einer leichten Preisstabilisierung.

Der Strompreis hat sich wie folgt entwickelt:



Geschäftsverlauf

Gesamtaussage des Vorstands

Das Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT) des Geschäftsjahres 2013 beläuft sich auf 136,6 Mio. Euro und übertrifft das Vorjahresergebnis somit um 17,0 Mio. Euro. Damit wurde auch das geplante Ergebnis deutlich übertroffen. Dazu haben neben den Ergebnisverbesserungen aus unserem Effizienzprogramm EINS sowohl Kundenzuwächse als auch ein positiver Witterungsverlauf beigetragen.

Das EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

T 01			
MIO. €	2013	2012	VERÄNDERUNG
Wärme- und Stromerzeugung	15,6	18,8	–3,2
Stromversorgung	–8,6	–29,2	20,6
Gasversorgung	73,3	82,7	–9,4
Wärmeversorgung	3,0	–0,1	3,1
Wasserversorgung	–1,0	–10,0	9,0
Beteiligungen	57,5	77,4	–19,9
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	–3,2	–20,0	16,8
Konzern	136,6	119,6	17,0

Im Segment Erzeugung ist ein leichter Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Positive Effekte aus witterungsbedingt gestiegenen Wärmeerzeugungsmengen sowie eine Vereinbarung über das Vorhalten von Kraftwerksleistung im Rahmen des Strombezugs vom Gemeinschaftskraftwerk Irsching wirken dem marktbedingten Ergebnisrückgang in der Stromeigenerzeugung zum Teil entgegen. Weiterhin wird das Ergebnis durch den Wegfall der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten belastet.

Das Ergebnis der Stromversorgung konnte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessern. Während das operative Vertriebsergebnis in einem zunehmend wettbewerbsintensiven und preissensitiven Umfeld durch Kundengewinne und Mengenzuwächse zufriedenstellend verlaufen ist, stand die Vermarktung der eigenerzeugten Strommengen aufgrund der angespannten Margensituation auf den Großhandelsmärkten weiterhin unter erheblichem Druck. Infolgedessen mussten die bereits im Vorjahr gebildeten Risikovorsorgen angepasst werden. Positiv wirkte sich im aktuellen Jahr die Bewertung von derivativen Finanzinstrumenten auf das Ergebnis aus.

Das operative Gasergebnis liegt im Vergleich zum Vorjahr auf einem stabilen Niveau. Hierzu haben Kundengewinne im Individualkundenbereich, witterungsbedingte Mengensteigerungen sowie eine leichte Verbesserung der Beschaffungskostenstruktur beigetragen. Ursächlich für das gesamthaft gesunkene Ergebnis war primär die Bildung einer Drohverlustrückstellung für das in der Vermarktung schwierige Biogasgeschäft.

Das Ergebnis der Wärmeversorgung liegt aufgrund des Witterungseinflusses und von positiven periodenfremden Effekten über dem Vorjahr.

Das Ergebnis der Wasserversorgung ist durch die Abwicklung des letztjährigen Vergleichs zur Beendigung des Wasserkartellverfahrens geprägt. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den im Jahr 2012 gebildeten Risikovorsorgen, welche auf der einen Seite das Vorjahresergebnis stark belasteten und auf der anderen Seite die diesjährigen Ergebnisbelastungen zum Teil kompensieren konnten. Gleichwohl konnte das Segment Wasser keinen positiven Ergebnisbeitrag erwirtschaften.

Das Ergebnis im Segment Beteiligungen reduzierte sich einerseits aufgrund der gesunkenen Ergebnisbeiträge der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen und andererseits durch Abschreibungen. Das Vorjahresergebnis war hingegen durch einen positiven Saldo aus Zuschreibungen und Abschreibungen von Beteiligungen beeinflusst.

Das Ergebnis des Segments Sonstiges erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere durch Erträge aus einem Anlagenverkauf.

Die insgesamt positive Ergebnisentwicklung wirkte sich erhöhend auf den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit aus. Zudem führten die gestiegenen Verbindlichkeiten zu einer weiteren Verbesserung des Cashflows. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit halten wir unsere Investitionen in Netze auf konstant hohem Niveau. Die unsicheren politischen Rahmenbedingungen haben hingegen zu einem verhalteneren Ausbau in erneuerbare Energien geführt. Der insgesamt gestiegene Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ist durch höhere Auszahlungen aus Geldanlagen im Rahmen des Cash Poolings mit der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) verursacht. Der negative Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist im Wesentlichen durch die Gewinnabführung an die SWFH sowie die planmäßige Tilgung unserer Kredite geprägt, welche die Neuaufnahmen übersteigt.

Ertragslage

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die **Umsatzerlöse** sind um 202,0 Mio. Euro bzw. 10,1 % gestiegen und stellen sich wie folgt dar:

T 02			
MIO. €	2013	2012	VERÄNDERUNG
Strom	1.185,9	1.008,7	17,6 %
Gas	644,6	598,8	7,6 %
Wärme, Dampf, Kälte	142,9	125,1	14,2 %
Wasser	70,1	64,8	8,2 %
Netzentgelte	90,3	118,3	–23,7 %
Sonstige	77,4	93,5	–17,2 %
	2.211,2	2.009,2	10,1 %

Die Umsatzerlöse betragen 2,2 Mrd. Euro.

Im Stromgeschäft konnten wir unseren Umsatz um 177,2 Mio. Euro steigern. Durch Kundengewinne sowie Mengenzuwächse im Bereich der Individualkunden und Energiepartner sowie die weitgehend ergebnisneutrale Erhöhung der EEG-Umlage stiegen die Vertriebs Erlöse um 25,1 %. Ferner war ein Umsatzanstieg durch den in unseren letztjährig erworbenen Windparks erzeugten Strom zu verzeichnen. Im Stromhandel hingegen wirkten sich trotz einer Mengensteigerung deutlich geringere Notierungen sowohl auf dem Termin- als auch auf dem Spotmarkt aus und führten zu einem Umsatzrückgang von 6,8 %.

Die Gaserlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 45,8 Mio. Euro gestiegen. Hauptgrund hierfür war der kühlere Witterungsverlauf (Anstieg der Gradtagszahl um 5,0 %). Zudem sorgten Kundengewinne bei den Individualprodukten und Energiepartnern für ein Umsatzwachstum im Gasvertrieb von 7,6 %.

Im Wärmegeschäft führten die kühlere Witterung sowie periodenfremde Effekte zu einem Umsatzanstieg von 17,8 Mio. Euro.

Der gestiegene Wasserumsatz ist insbesondere auf periodenfremde Effekte zurückzuführen.

Die niedrigeren Umsatzerlöse aus Netzentgelten entfallen sowohl auf Strom- als auch auf Gaserlöse.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind um 7,3 Mio. Euro auf 87,6 Mio. Euro gestiegen. Ursächlich hierfür sind insbesondere die Erlöse aus einem Grundstücksverkauf in Höhe von 20,4 Mio. Euro. Gegenläufig haben sich die um 16,5 Mio. Euro geringeren Erträge aus Rückstellungsaufösungen ausgewirkt.

Der **Materialaufwand** betrifft überwiegend den Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserbezug, die Kosten für den Primärenergieeinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Der Anstieg um 179,3 Mio. Euro auf 1.767,0 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus dem absatzbedingt gestiegenen Strom- und Gasbezug. Höhere Aufwendungen für die EEG-Umlage haben sich ebenfalls deutlich niedergeschlagen. Zudem nahm der Netznutzungsaufwand für Strom und Gas im Wesentlichen durch Kundenzuwächse außerhalb unseres Netzgebiets zu. Darüber hinaus erhöhten sich die Aufwendungen für Emissionsrechte aufgrund des Wegfalls der kostenlosen Zuteilung.

Der **Personalaufwand** liegt mit 202,0 Mio. Euro nahezu auf dem Vorjahresniveau. Dabei wurden die tariflich bedingten Gehaltsanpassungen durch den gesunkenen Mitarbeiterbestand kompensiert.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betragen 183,6 Mio. Euro und sind um 6,8 Mio. Euro gesunken. Durch unser Effizienzprogramm EINS konnten die Aufwendungen für Fremdleistungen und Beratung signifikant gesenkt werden. Aufwandserhöhend wirkten sich die Maßnahmen im Rahmen der Neuausrichtung der IT-Infrastruktur aus. Ferner machten sich geringere Rückstellungsdotierungen bemerkbar. Im Vorjahr war eine Drohverlustrückstellung für das Wasserkartellverfahren enthalten. Demgegenüber war im Geschäftsjahr vor allem die Bildung einer Risikovorsorge für das Biogasgeschäft erforderlich.

Das **Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen** liegt um 11,5 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau und beträgt 81,4 Mio. Euro. Dabei reduzierten sich die Erträge im Rahmen der planmäßigen Fortschreibung der Buchwerte um 5,5 Mio. Euro. Ferner stehen der Ergebnisbelastung aus einer Wertminderung im Geschäftsjahr von 1,4 Mio. Euro im Vorjahr positive Sondereffekte aus Wertminderungen und Wertaufholungen in Höhe von 4,6 Mio. Euro gegenüber.

Die **Finanzerträge** sind im Wesentlichen aufgrund geringerer Erträge aus Beteiligungen und Geldanlagen um 1,3 Mio. Euro auf 9,8 Mio. Euro gesunken. Die **Finanzaufwendungen** liegen mit 38,6 Mio. Euro um 1,0 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau insbesondere durch Abschreibungen auf Finanzanlagen sowie den höheren Zinsaufwand für Darlehen. Gegenläufig reduzierte sich der Aufwand aus der Aufsung langfristiger Rückstellungen.

Das **EBT** in Höhe von 136,6 Mio. Euro ist gegenüber dem Vorjahr um 17,0 Mio. Euro gestiegen. Nach Abzug von Ertragsteuern ergibt sich ein **Ergebnis nach Ertragsteuern** von 116,0 Mio. Euro (Vorjahr 95,9 Mio. Euro), welches mit 1,7 Mio. Euro (Vorjahr 0,0 Mio. Euro) auf nicht beherrschende Anteile entfällt.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 201,0 Mio. Euro auf 2.868,4 Mio. Euro.

Auf der Aktivseite nahm das langfristig gebundene Vermögen um 107,2 Mio. Euro zu. Der Anstieg entfällt mit 82,6 Mio. Euro überwiegend auf das Sachanlagevermögen und steht insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau unseres Photovoltaik- und Windparkportfolios. Des Weiteren erhöhte sich der Buchwert der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen um 17,5 Mio. Euro überwiegend durch die planmäßige Fortschreibung der Buchwerte. Der Anstieg der latenten Steueransprüche resultiert im Wesentlichen aus steuerlich nicht ansetzbaren Rückstellungen. Der Anteil des langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme beträgt 79,0 % (Vorjahr 80,9 %). Das langfristige Vermögen ist zu 44,8 % (Vorjahr 44,5 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Die kurzfristigen Vermögenswerte sind um 93,8 Mio. Euro gestiegen. Aufgrund des Wegfalls der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten erhöhten sich die Vorräte insbesondere durch deren Erwerb um 13,3 Mio. Euro. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen legten im Wesentlichen durch Umsatzzuwächse um 44,6 Mio. Euro zu. Die sonstigen Vermögenswerte erhöhten sich um 27,7 Mio. Euro überwiegend durch ein gestiegenes Stichtagsguthaben aus dem von der SWFH geführten Cash Pool. Gegenläufig

wirkten sich die im Vorjahr enthaltenen Ansprüche aus der Überzahlung der EEG-Umlagen aus.

Auf der Passivseite führte insbesondere die Einstellung des über die Gewinnabführung an die SWFH hinausgehenden Konzernergebnisses in die Gewinnrücklagen, vermindert um die Veränderung der erfolgsneutral gebildeten Rücklagen, insgesamt zu einem Anstieg des Eigenkapitals um 55,3 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 35,4 % (Vorjahr 36,0 %).

Die Schulden erhöhten sich insgesamt um 145,7 Mio. Euro. Dabei stiegen die erhaltenen Zuschüsse um 16,6 Mio. Euro. Die Zunahme der Finanzschulden um 20,3 Mio. Euro steht im Zusammenhang mit dem Ausbau unseres Windpark- und Photovoltaikportfolios. Des Weiteren erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr um 22,7 Mio. Euro, welche im Wesentlichen den Energiebezug und Netzentgelte für Kunden außerhalb unseres Netzgebiets betreffen. Die Zunahme der übrigen Verbindlichkeiten um 71,2 Mio. Euro betrifft vorwiegend Verbindlichkeiten aus Energiesteuern sowie Umsatzsteuer. Darüber hinaus legten die kurzfristigen Rückstellungen unter anderem aufgrund von Risikovorsorgen für das Biogasgeschäft zu.

Die Investitionen gliedern sich wie folgt:

T 03		
MIO. €	2013	2012
Erzeugungsanlagen	54,9	46,4
Verteilungsanlagen	48,2	54,7
Grundstücke und Gebäude	1,7	5,0
Sonstiges	14,7	21,4
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	119,5	127,5
Erwerb von Tochterunternehmen	8,4	26,5
Erwerb von Beteiligungen	3,8	14,9
	131,7	168,9

Die Investitionsprojekte für den Ausbau und den Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung stellen weiterhin einen Schwerpunkt der Sachanlageinvestitionen dar. Die Investitionen in Erzeugungsanlagen stehen im Zusammenhang mit dem Erwerb von Photovoltaik- und Windparks. Hierauf entfallen auch überwiegend die Investitionen in Tochterunternehmen und Beteiligungen.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung des Unternehmens zeigt die nachfolgende Kapitalflussrechnung:

T 04			
MIO. €	2013	2012	VERÄNDERUNG
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	211,4	132,4	79,0
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-143,8	-110,7	-33,1
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-61,6	-21,4	-40,2
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	6,0	0,3	5,7

Unsere Eigenkapitalquote beträgt 35,4 %.

Der Finanzmittelfonds in Höhe von 16,7 Mio. Euro (Vorjahr 10,7 Mio. Euro) besteht ausschließlich aus Kassenbeständen und Bankguthaben. Unter Berücksichtigung der Guthaben aus dem Cash Pooling bei der SWFH ergibt sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 172,6 Mio. Euro (Vorjahr 65,8 Mio. Euro).

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 79,0 Mio. Euro zu und beträgt 211,4 Mio. Euro. Neben einem gestiegenen Jahresüberschuss ist der Anstieg insbesondere durch die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Steuerverbindlichkeiten verursacht.

Im Geschäftsjahr 2013 liegen die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit um 33,1 Mio. Euro über dem Vorjahr und betragen 143,8 Mio. Euro. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen höhere Auszahlungen aus Geldanlagen im Rahmen des Cash Poolings mit der SWFH. Gegenläufig haben sich die höheren Einzahlungen aus Anlageabgängen sowie die geringeren Investitionen in Sachanlagen und Tochterunternehmen ausgewirkt.

Der mit 61,6 Mio. Euro negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 40,2 Mio. Euro gestiegen. Dies ist vor allem auf geringere Darlehensaufnahmen und höhere Darlehens tilgungen zurückzuführen.

Insgesamt konnten die Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden, sodass sich der Finanzmittelbestand um 5,7 Mio. Euro auf 6,0 Mio. Euro erhöht hat.

Entwicklung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

Absatz

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

T 05				
	EINHEIT	2013	2012	VER-ÄNDERUNG
Strom	Mio. kWh	11.024	9.973	10,5 %
Gas	Mio. kWh	15.169	14.268	6,3 %
Wärme, Dampf, Kälte	Mio. kWh	2.027	1.841	10,1 %
Wasser	Mio. m³	45,2	41,5	8,9 %

Durch Kundengewinne sowie Mengenzuwächse im Vertrieb an Individualkunden und Energiepartner erhöhte sich der Absatz im Stromvertrieb um 14,5 % auf 6.683 Mio. kWh. Die Stromhandelsmengen erhöhten sich um 5,0 % auf 4.341 Mio. kWh.

Die Steigerung des Gasabsatzes um 6,3 % betrifft sowohl den Vertrieb an Endkunden als auch das Geschäft mit Energiepartnern. Hauptgründe für diese Entwicklung waren die um 5,0 % höhere Gradtagszahl infolge der im Vorjahresvergleich kühleren Witterung sowie Kundengewinne bei den Individualprodukten und den Energiepartnern.

Auch im Wärmegeschäft führten die kühlere Witterung sowie periodenfremde Effekte zu einer Absatzsteigerung.

Der Mengenzuwachs im Wasser resultiert überwiegend aus periodenfremden Effekten.

Erzeugungsmengen

In unseren Anlagen wurden im Geschäftsjahr 2013 folgende Mengen erzeugt:

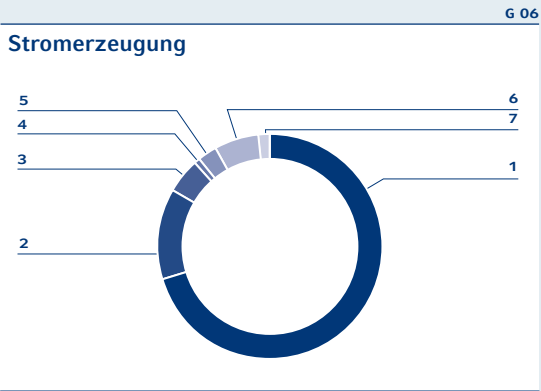
T 06				
	EINHEIT	2013	2012	VER-ÄNDERUNG
Mainova				
Strom	Mio. kWh	1.495	1.468	1,8 %
Wärme	Mio. kWh	1.751	1.658	5,6 %
Beteiligungen				
Strom	Mio. kWh	322	521	−38,2 %
Wärme	Mio. kWh	375	341	10,0 %

Der Ausbau unseres Windparkportfolios wirkte sich gegenüber dem Vorjahr positiv auf unsere erzeugten Strommengen aus. Gegenläufig haben sich die Mengen unserer konventionellen Kraftwerke aufgrund der angespannten Marktsituation entwickelt. Die Erzeu-

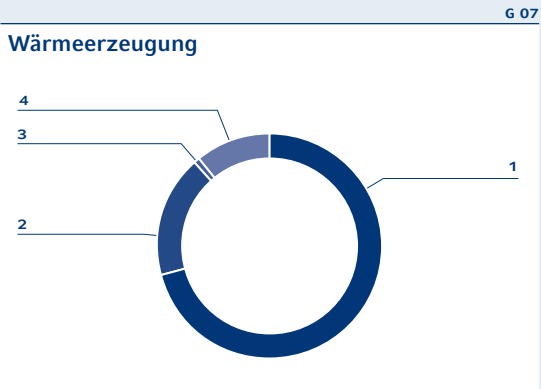
gungsmengen bei der Wärme liegen witterungsbedingt über dem Vorjahr.

Die Stromerzeugungsmengen unserer Beteiligungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen aufgrund der geringeren Betriebsstunden des Gemeinschaftskraftwerks Irsching.

Die folgenden Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärmeerzeugung:

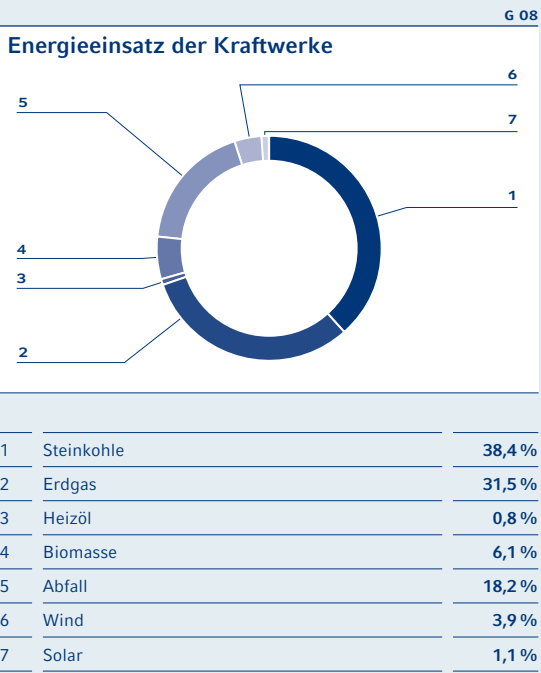


1	Heizkraftwerke	70,5 %
2	MHKW Nordweststadt	13,0 %
3	Biomassekraftwerk Fechenheim	5,1 %
4	Sonstige dezentrale Anlagen	0,7 %
5	Gemeinschaftskraftwerk Irsching	2,9 %
6	Windparks	6,2 %
7	Solaranlagen	1,6 %



1	Heizkraftwerke	70,9 %
2	MHKW Nordweststadt	17,6 %
3	Biomassekraftwerk Fechenheim	0,9 %
4	Sonstige dezentrale Anlagen	10,6 %

Der Energieeinsatz der Kraftwerke im Jahr 2013 stellt sich wie folgt dar:



Der Einsatz von Erdgas sank um 3,1 Prozentpunkte insbesondere durch geringere Betriebsstunden aufgrund der Marktpreisentwicklung. Der Anteil von Wind und Solar erhöhte sich hingegen um insgesamt 3,3 Prozentpunkte.

Im Jahr 2013 emittierten unsere Heizkraft- und Heizwerke wie im Vorjahr insgesamt 1,3 Mio. Tonnen CO₂. Zuzüglich der Emissionen infolge der Energieerzeugung bei den Beteiligungsunternehmen betragen unsere CO₂-Emissionen unverändert zum Vorjahr insgesamt 1,4 Mio. Tonnen. Die Emissionen aus dem Einsatz von Biomasse und Abfall als Brennstoff sind als CO₂-neutral zu bewerten.

Mitarbeiterzufriedenheit

Zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit führen wir im jährlichen Wechsel eine Voll- und eine Zwischenbefragung durch. Themen der Vollbefragungen sind die Motivation, die Situation am Arbeitsplatz, die Arbeitsinhalte und das Arbeitsumfeld, die Mitarbeiterführung, die Zusammenarbeit mit Kollegen sowie die Arbeitsbelastung. Ferner wird die Gesamtzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten bewertet. Die Vollbefragung 2013 ergab eine Mitarbeiterzufriedenheit, die annähernd auf dem Niveau des Jahres 2011 und über dem Durchschnitt vergleichbarer Unternehmen lag. Mit der im Folgejahr stattfindenden Zwischenbefragung möchten wir in erster Linie den Umsetzungsprozess aus den Ergebnissen der Vollbefragungen bewerten und die Meinung zu aktuellen Themen einholen.

Kundenzufriedenheit

Der Erhalt langfristiger Kundenbeziehungen steht für uns im Mittelpunkt. Da der Kundenzufriedenheit in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommt, führen wir dreimal jährlich repräsentative Umfragen in Zusammenarbeit mit externen Sachverständigen durch. Als Ergebnis der Befragungen wird ein Potenzialindex ermittelt, der die Bereiche Zufriedenheit, Überzeugung und Kommunikationsleistung abdeckt. Der Potenzialindex gibt die Kundenzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten an. Im Jahr 2013 konnten wir den Potenzialindex nach einem starken Anstieg im Jahr 2012 nochmals leicht steigern.

Wir beschäftigten zum Stichtag 31. Dezember 2013 genau 2.810 Mitarbeiter.

Mitarbeiter

Wir beschäftigten zum Jahresende 2.810 (Vorjahr 2.943) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen sich 102 (Vorjahr 127) in der Ruhephase der Alterszeit (Blockmodell) befanden. Die SWFH erbringt für den Konzern wesentliche Teile einer qualitativ erstklassigen Berufsausbildung. Sie beschäftigte für uns zum Jahresende 80 (Vorjahr 98) Auszubildende.

Die Energiebranche ist insbesondere vor dem Hintergrund der Energiewende und der ungewissen Rahmenbedingungen einem starken Wandel ausgesetzt. Die aktuelle Situation stellt die MAINOVA vor große Herausforderungen. Vorhandene Programme, Prozesse und Strukturen wurden bereits und werden zukünftig auf den Prüfstand gestellt. Der Personalbereich hat an den entscheidenden Stellen die erforderlichen Veränderungsprozesse erfolgreich begleitet und dabei die Unternehmensbereiche unterstützt, substanzielle Optimierungspotenziale zu realisieren.

Zur Unterstützung der Veränderungsprozesse wurden schwerpunktmäßig Trainings angeboten, welche die Themenbereiche „Projektmanagement“, „Professionelles Führen“ und „Führen in Zeiten der Veränderung“ abdecken. Die Trainingsserie wird im nächsten Jahr fortgesetzt und um Themen aus den Bereichen Kostenmanagement und Leistungssteuerung ergänzt.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels haben wir zur Stärkung unserer Arbeitgebermarke sowie zur Mitarbeiterbindung unsere unterstützenden Angebote erweitert. Insbesondere sind hier die erfolgreiche Umsetzung verschiedener Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu nennen sowie die Zertifizierung „AgeCert“ für eine altersgerechte Personalpolitik. Unser Informations- und Schulungsangebot wurde durch entsprechende Veranstaltungen ergänzt. So wurden beispielsweise Vorträge zu den Themen „Pflege“ und „Kinderbetreuung“ angeboten sowie ein Workshop zum Thema „Frauen im Beruf“. Diese Reihe wird im nächsten Jahr fortgeführt und durch weitere Angebote, beispielsweise Webinare für Frauen in Führungspositionen, ausgebaut.

Fester Bestandteil des Personalkalenders ist das Mitarbeiterforum. Nach dem Zufallsprinzip werden Mitarbeiter aus unterschiedlichen Bereichen eingeladen, um – unter der Moderation von Betriebsrat und Personalbereich – den jeweils teilnehmenden Vorständen direkt Fragen stellen zu können. Ungefähr 300 Mitarbeiter hatten im Jahr 2013 die Gelegenheit, Antworten unter anderem zur strategischen Ausrichtung der MAINOVA, zur Wirksamkeit der eingeleiteten Ver-

besserungsmaßnahmen oder zu Investitionsvorhaben zu erhalten. Das Mitarbeiterforum ergänzt die Change-Kommunikation sehr wirksam und schafft Transparenz bei Entscheidungen von unternehmenspolitischer Tragweite.

Im Jahr 2013 fand die Rezertifizierung der Personalprozesse statt. DEKRA hat die Prozesse überprüft und das Zertifikat nach DIN EN ISO 9001 erneuert. Für die nächste Zertifizierungsperiode werden die Prozesskosten überprüft und anschließend optimiert.

Die Entwicklung des Personalbestands sowie der Personalkosten stand im Jahr 2013 im Fokus. Um die aus der Energiewende als auch den Markttrends im Energiesektor resultierenden Ziele zu realisieren, haben wir auf die Entwicklung von strategischen Management-Steuerungstechnologien mittels SAP BW gesetzt. Für die personalwirtschaftliche Ausrichtung stehen dadurch standardisierte Transparenz und die Weiterentwicklung der Business-Intelligence-Technologie im Vordergrund. Neben der systemgestützten und ganzheitlichen HR-Kostensteuerung mithilfe von Cockpits lassen sich hierdurch Prognosen schnell und mit hohem Genauigkeitsgrad abgeben.

Nachtragsbericht

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Gesamtaussage des Vorstands über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung

Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung der Rahmenbedingungen, die bereits das aktuelle und die vorangegangenen Geschäftsjahre geprägt hat, unser Geschäft auch in Zukunft maßgeblich bestimmen wird. Im Fokus stehen dabei die Themen Energieeffizienz, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die CO₂-Emissionsreduzierung sowie der Netzausbau. Zudem tragen politische Spannungen und die europäische Finanzkrise auch künftig zu einem volatilen Umfeld bei. Wir haben uns mit unserer strategischen Ausrichtung an diese Rahmenbedingungen angepasst, sodass wir unser Unternehmensergebnis mit Unterstützung des Effizienzprogramms „EINS“ nachhaltig sichern können.

Erwartete konjunkturelle Entwicklung

Nach der moderat positiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2013 gehen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, dass diese im kommenden Jahr wieder an Dynamik gewinnt. Der Aufschwung dürfte überwiegend binnenwirtschaftlich getragen werden. Das derzeit niedrige Zinsniveau sowie die positiven Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen fördern die Investitionen. Die anhaltend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und höhere Einkommen regen den privaten Verbrauch an. Die anziehende Weltkonjunktur begünstigt die deutsche Exportindustrie.

Erwartete Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Die Kohlenotierungen dürften nach dem starken Wertverlust seit Januar 2012 einen Tiefststand erreichen, da sich für viele Unternehmen weltweit die Kohleförderung als zunehmend unrentabel erweist und dementsprechend bei anhaltend niedrigem Preisniveau das bestehende Überangebot sukzessive abgebaut werden sollte. Gleichzeitig könnte eine stärker wachsende Weltwirtschaft im Jahr 2014 – wie es von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten prognostiziert wird – eine Belebung der Kohlenachfrage zur Folge haben.

Der Einfluss der Ölpreisentwicklung auf die Gasnotierungen hat in den letzten Jahren sukzessive abgenommen. Wir rechnen damit, dass sich dieser Trend auch in Zukunft fortsetzen wird. Weiterhin gehen wir von einem stabilen Ölpreis im Jahr 2014 aus, einerseits bedingt durch eine stärker anziehende Ölnachfrage am Weltmarkt trotz schnell wachsender Angebotsmengen in Nordamerika, andererseits aufgrund anhaltender Spannungen im Nahen Osten. Vor diesem Hintergrund dürften die Gasterminpreise an den liquiden Handelsmärkten im kommenden Jahr unter den Notierungen ölgebundener, traditioneller Lieferverträge verbleiben.

Bei den Preisen für Erdgas wird für das kommende Jahr mit einer stabilen Entwicklung gerechnet. Die leicht rückläufig erwartete Gasnachfrage in Europa dürfte durch ein kräftiges Nachfragewachstum nach Flüssigerdgas (LNG) in Asien sowie Mittel- und Südamerika bei einem zumindest bis Mitte des Jahres 2015 stagnierenden Weltmarktangebot kompensiert werden. Deutliche Preissteigerungen über die Höchststände vergangener Jahre sollten vor dem Hintergrund der schwachen Nachfrageaussichten für Erdgas in Europa und einer in den letzten Jahren verbesserten Angebotsflexibilität am deutschen und kontinentaleuropäischen Markt schwer durchsetzbar sein.

Daneben ist auch bei den Emissionszertifikaten die Annahme begründet, dass nach den politischen Unklarheiten über mögliche Reformen beim EU-Emissionshandel zukünftige temporäre bzw. strukturelle Reformmaßnahmen die Preise wieder in den oberen einstelligen Bereich führen.

Die Stromkontrakte mit Liefertermin im Jahr 2014 verloren im bisherigen Jahresverlauf sukzessive an Wert. Im kommenden Jahr rechnen wir nicht mit weiter fallenden Strompreisen und erwarten zunächst eine Stabilisierung, wobei im Jahresverlauf ein Anstieg durchaus denkbar ist. Unsere Einschätzung beruht dabei auf der Annahme, dass die Preisentwicklung der Stromterminkontrakte eng an die Entwicklung der Brennstoffpreise gekoppelt ist.

Größtes Risiko für die Energiepreise bleiben aus unserer Sicht eine erneute Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise und mögliche Auswirkungen auf die langsame Stabilisierung im Euroraum sowie das Wirtschaftswachstum in großen Schwellenländern, die Hauptträger des weltweiten Zuwachses beim Energieverbrauch sind.

Zukünftige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung

Die Auswirkungen des volatilen Marktumfelds sowie die unsicheren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigen sich entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Im Energiehandel wirkt sich der überproportionale Rückgang der Börsenpreise in Relation zu den Beschaffungskosten (insbesondere Brennstoffe) negativ auf die Rohmargen aus der Kraftwerksvermarktung aus. Hinsichtlich der weiteren Marktentwicklung zeichnet sich derzeit keine signifikante Verbesserung ab. Einhergehend mit geringeren Betriebsstunden konventioneller Kraftwerke aufgrund der vorrangigen Einspeisung erneuerbarer Energien hat dies eine Reduktion der Ergebnisbeiträge zur Folge. Geringere Preisspielräume am Markt zur Erzielung von Margen im Stromeigenhandelsgeschäft belasten das Ergebnis des Energiehandels zusätzlich.

Vertriebsseitig prägt der intensive Wettbewerb, vor allem in den Segmenten Strom und Erdgas, das Energiegeschäft in allen Kundengruppen. Insbesondere im Gasvertrieb an Privat- und Kleingewerbekunden spielen Wettbewerber mit Niedrigpreisprodukten eine wesentliche Rolle. In einem immer preisbewussteren Marktumfeld steigt die Wechselbereitschaft der Kunden. Verschärft wird diese Entwicklung durch den steigenden Strompreis aufgrund der höheren staatlich festgelegten Bestandteile des Strompreises (wie z. B. die EEG-Umlage). Mit dem sukzessiven Aufbau des Dienstleistungsgeschäfts für Privat- und Gewerbekunden wollen wir mit neuen, innovativen Pro-

Unser geplantes Gesamtinvestitionsvolumen für das Jahr 2014 beläuft sich auf rund 129 Mio. Euro. Damit bewegt sich das Investitionsniveau deutlich über dem Durchschnitt der vorherigen Jahre.

Wesentliche Ergebnisstütze der MAINOVA ist wie auch in den Vorjahren das Ergebnis im Segment Gas.

Insgesamt planen wir trotz des weiterhin volatilen Marktumfelds im Jahr 2014 eine stabile Ertragslage. Wir gehen jedoch davon aus, dass das Ergebnis vor Ertragsteuern im Jahr 2014 aufgrund des 2013 vereinnahmten Ertrags aus einem Anlagenverkauf leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen wird.

dukten die Kunden auf dem Weg zur Energiewende begleiten und so in ein wachsendes Geschäftsfeld investieren.

Ergebnisseitig ist der Bereich Netz von Regulierungsvorgaben geprägt. Die behördlich festgelegte Erlösobergrenze im Strom als Grundlage der Netzentgelte steigt zu Beginn der zweiten Regulierungsperiode. Dieser Anstieg ist unter anderem auf die umfassenden Netzinvestitionen der letzten Jahre zurückzuführen, welche bei der Kostenprüfung zu einem Anstieg des Ausgangsniveaus für die zweite Regulierungsperiode geführt haben. Das Ergebnis im Segment Strom wird dennoch ab dem Jahr 2014 von neuen Effizienzvorgaben aus der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) belastet. Im Segment Gas wirken sich die Vorgaben zur Senkung der Erlösobergrenze in der zweiten Regulierungsperiode (2013 bis 2017) stärker als in der ersten Regulierungsperiode aus.

Wesentliche Ergebnisstütze der MAINOVA ist wie auch in den Vorjahren das Ergebnis im Segment Gas. Sowohl die Absatzmengen als auch das Ergebnis bewegen sich unter Berücksichtigung witterungsbedingter Schwankungen auf einem geringfügig unterhalb des Vorjahres liegenden Niveau. Im Segment Strom planen wir, unsere Marktposition weiter auszubauen und durch leichte Absatz- und Umsatzsteigerungen operativ einen moderaten Ergebnisanstieg erzielen zu können. Das Jahr 2013 war jedoch durch Risikovorsorgen deutlich belastet. Im Segment Wärme- und Stromerzeugung gehen wir von einer konstanten Mengenentwicklung aus, erwarten jedoch aufgrund der Entwicklung der Spreads einen deutlichen ErgebnISRückgang. Die Ergebnisplanung für das Segment Wasser ist dagegen weiterhin von den Auswirkungen des Wasserkartellverfahrens geprägt und bewegt sich auf Vorjahresniveau.

Insgesamt planen wir trotz des weiterhin volatilen Marktumfelds im Jahr 2014 eine stabile Ertragslage. Wir gehen jedoch davon aus, dass das Ergebnis vor Ertragsteuern im Jahr 2014 aufgrund des 2013 vereinnahmten Ertrags aus einem Anlagenverkauf leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen wird. Maßgeblich für die Kompensation der schwierigen Marktlage sind nachhaltig wirkende Produktivitätssteigerungen und Kostenreduzierungen, welche wir durch die weiterhin konsequente Umsetzung der im Rahmen unseres Effizienzprogramms EINS definierten Maßnahmen erwarten.

Bezüglich der Leistungsindikatoren Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit gehen wir für das Jahr 2014 von einer stabilen Entwicklung auf Vorjahresniveau aus.

Zukünftige Investitionen und Finanzlage

Wesentliche Bestandteile unserer Unternehmensstrategie sind die Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie die umweltschonende Energieerzeugung.

Unser geplantes Gesamtinvestitionsvolumen für das Jahr 2014 beläuft sich auf rund 129 Mio. Euro. Damit bewegt sich das Investitionsniveau deutlich über dem Durchschnitt der vorherigen Jahre.

Im Jahr 2014 und in den darauffolgenden Jahren liegt ein bedeutender Investitionsschwerpunkt in der Umsetzung unseres neuen Konzepts zur Fernwärmeversorgung und den damit verbundenen Investitionen in das Fernwärmenetz und unsere bestehenden Erzeugungsanlagen.

Von den Gesamtinvestitionen entfallen rund 62 Mio. Euro auf den Ausbau und die Erweiterung unserer Versorgungsnetze, wodurch ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und -qualität im Interesse unserer Kunden gewährleistet werden soll. Ferner trägt der Ausbau der Netzinfrastruktur im Fernwärmebereich zur weiteren Verbesserung der Klimabilanz der Stadt Frankfurt am Main bei. Zur Erweiterung des bestehenden Netzgebiets sowie zur Nutzung von Synergieeffekten ist der Erwerb neuer Konzessionen vorgesehen.

Den zweiten Investitionsschwerpunkt mit rund 19 Mio. Euro bildet unsere konventionelle Erzeugung in Frankfurt am Main, um weiterhin die Verfügbarkeit der Erzeugungsanlagen sowie den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sicherzustellen. Effizienzsteigerungen im Bereich der Kraftwerke leisten mittel- und langfristig einen wesentlichen Ergebnisbeitrag.

Für Investitionen in regenerative Energien sind rund 19 Mio. Euro vorgesehen. Damit setzen wir unsere Erzeugungsstrategie mit dem Ziel des Ausbaus erneuerbarer Energien konsequent um. Durch Unsicherheiten bei den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen könnten in der Umsetzung allerdings Verzögerungen eintreten.

Des Weiteren sind aufgrund laufender Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen Anpassungen der IT-Infrastruktur erforderlich.

Wir gehen davon aus, dass unsere zukünftigen Investitionen insbesondere im Bereich der Energieerzeugung nicht ausschließlich durch Eigenmittel finanzierbar sind. Wir werden daher zum gegebenen Zeitpunkt die für uns geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten prüfen.

Chancen- und Risikobericht

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Insbesondere im Hinblick auf die anhaltend unsicheren Rahmenbedingungen ist zur Gewährleistung des langfristigen Unternehmenserfolgs ein nachhaltiges Risikomanagementsystem von großer Bedeutung. Alle von den Unternehmensbereichen gemeldeten Risiken werden gemäß der Risikomanagement-Richtlinie zentral erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Gesamtumfang der Risiken und Chancen nur geringfügig verändert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Risikomanagementsystem

Die Risikoeinschätzungen werden über ein systematisches Risikomanagement abgebildet. Dabei verstehen wir das Risikomanagement als systematische Identifizierung, adäquate Bewertung sowie Steuerung von Chancen und Risiken. Risiko ist hierbei als eine negative Abweichung von unternehmerischen Zielen oder Planwerten definiert. Demgegenüber bezeichnen wir Chancen als positive Abweichungen vom geplanten Unternehmensergebnis. Die Basis für die Chancen- und Risikobewertung bilden Einschätzungen sowie Annahmen über denkbare zukünftige Entwicklungen und Ereignisse.

Wir unterscheiden zwischen Markt- und Unternehmenschancen bzw. -risiken sowie übergeordneten und strategischen Sachverhalten. Marktchancen und -risiken entstehen im Wesentlichen durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten. Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf die operative Geschäftstätigkeit. Aus übergeordneten bzw. strategischen Sachverhalten ergeben sich zudem sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken.

Die Risikotragfähigkeit wird auf der Basis des Eigenkapitals und des geplanten Ergebnisses des jeweiligen Geschäftsjahres ermittelt. Die Risikosteuerung erfolgt, insbesondere in Bezug auf die Marktrisiken, anhand eines Limitsystems, welches die Gegenüberstellung von Risiken und der entsprechenden Tragfähigkeit beinhaltet.

Im Rahmen eines Früherkennungssystems, der Risikoinventur, werden alle Risiken von unseren Unternehmensbereichen bzw. den einbezogenen Tochterunternehmen systematisch und eigenverantwortlich erfasst und differenziert bewertet. In deren Verantwortung liegt es ebenfalls, Maßnahmen zur Vermeidung, Reduzierung und Kontrolle von Risiken zu initiieren und ihre Wirksamkeit sicherzustellen. Daneben erfolgt das Monitoring der Marktrisiken im

Rahmen der monatlichen Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees (MRK).

Die zentrale Koordination und die Steuerung des Risikomanagements sind dem Bereich „Finanzen, Rechnungswesen und Controlling“ zugeordnet. Dieser ist für die Berichterstattung über die Chancen- und Risikolage an den Vorstand sowie unseren Aufsichtsrat verantwortlich. Unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation werden vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Unternehmensbereichen ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Identifikation und Nutzung von Chancen liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Die sich bietenden Marktchancen werden zudem im MRK erörtert.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Zudem begutachtet der Wirtschaftsprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach § 91 Abs. 2 AktG.

Marktchancen und -risiken

Das sich verändernde Branchenumfeld führt nachhaltig zu immer stärkeren und schwerer zu prognostizierenden Preisbewegungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten. Die zunehmende Preisvolatilität birgt sowohl im Rahmen der Beschaffung von Strom und Gas für unsere Kunden als auch bei der Vermarktung der in unseren eigenen Kraftwerken erzeugten Energie vielfältige Chancen und Risiken auf der Beschaffungs- und auf der Absatzseite.

Der steigende Anteil an vorrangig ins Netz eingespeistem Strom aus erneuerbaren und schwankenden Energiequellen hat zu einem Verfall der Preise am Großhandelsmarkt geführt. Gleichzeitig kommen unsere Kraftwerke zur Deckung von Nachfragespitzen, wie beispielsweise zur Mittagszeit, immer seltener zum Einsatz, da zu diesen Zeiten ausreichend Solar- und Windstrom vorhanden ist. Sinkende Strompreise und geringere Betriebsstunden beeinträchtigen daher die Erlöspotenziale aus unseren Erzeugungsanlagen. Dieser Marktentwicklung begegnen wir mit einer langfristig und risikodiversifiziert ausgelegten Vermarktungsstrategie, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung auf der Basis der Entwicklungen an den Energie- und Rohstoffmärkten unterliegt.

Für die zuletzt aufgrund von geringen Markteinsatzmöglichkeiten angespannte Ergebnissituation unserer Beteiligung am Gemeinschaftskraftwerk Irsching konnte im April 2013 gemeinsam mit der BNetzA und dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT eine Lösung

gefunden werden. Die Einigung sieht vor, dass die Vorhaltung von systemrelevanter Kraftwerksleistung vom Übertragungsnetzbetreiber vergütet wird.

Zur Absicherung der Preisrisiken aus der Brennstoffbeschaffung setzen wir Kohle-, Gas- und Öl-Swaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeitig wird zur Sicherung der Stromerlöse ein Vermarktungsgeschäft (Forward) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen. Bei der bilanziellen Darstellung konnte für einzelne Kohle-, Gas- und Öl-Swaps keine Sicherungsbeziehung gebildet werden, obwohl diese ökonomisch besteht.

Strommengen für unser Vertriebsportfolio decken wir an den Großhandelsmärkten ein. Preisrisiken minimieren wir an dieser Stelle durch eine gestreute Beschaffung. Diese Beschaffungsstrategie gewährleistet zum einen marktorientierte Beschaffungskonditionen und zum anderen schließt sie spekulative Elemente aus.

Zu Beginn des Gaswirtschaftsjahres 2013/2014 sind langfristige Vollversorgungsverträge zur Gasbeschaffung ausgelaufen. Unsere neue Bezugsstrategie sieht analog zum Strombezug nun eine marktnahe und deutlich differenziertere Beschaffung vor. Den daraus resultierenden Marktopportunitäten stehen Mengen- und Preisrisiken gegenüber. Zur Begrenzung dieser Risiken wurde ein entsprechendes Limitsystem installiert, welches zudem eine zeitliche Streuung der Beschaffungsaktivitäten sicherstellt.

In einem begrenzten und regelmäßig überprüften Rahmen betreiben wir Eigenhandel mit definierten Commodities mit dem Ziel, Handelsmargen aus den Preisbewegungen am Markt zu generieren. Daraus resultieren sowohl die Chance auf die Erzielung positiver Ergebnisbeiträge sowie das Risiko des Abschlusses von verlustreichen Geschäften.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Anhang.

Für die Steuerung und Überwachung der Marktchancen und -risiken, welche sich aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb und Erzeugung ergeben, ist das MRK verantwortlich.

Um Marktrisiken beherrschbar zu machen, haben wir klare Strategien und Rahmenbedingungen definiert, in deren Grenzen Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie finanzielle Sicherungs- und Eigenhandelsgeschäfte durchgeführt werden können. Die Basis hierfür bildet das Risikomanagementhandbuch, welches vom MRK freigegeben und regelmäßig überprüft wird.

Die Grundlage für die Risikosteuerung ist ein entsprechendes von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf der Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Kennzahl zur Steuerung der Risiken ist der Value-at-Risk (VaR). Dieser zeigt mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus offenen Positionen des Energiehandels-Portfolios entstehen können. Der VaR bezieht sich dabei auf das aktuelle sowie die drei folgenden Geschäftsjahre. Darüber hinaus werden Volumen- und absolute Verlustlimite als Steuerungsgröße definiert. Zum 31. Dezember 2013 betrug der VaR rund 12 Mio. Euro, was einer Ausschöpfung des Limits von 24 % entspricht.

Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordneten Sachverhalte umfassen alle Arten von Chancen und Risiken, die sich aus unserer Geschäftstätigkeit ergeben, sowie sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken aus übergeordneten bzw. strategischen Sachverhalten.

Die Unternehmensrisiken werden entlang der Wertschöpfungsstufen in die Kategorien Erzeugung, Vertrieb, Netz und Regulierung, Finanzen und Beteiligungen, Shared Service sowie Recht und Compliance und Revision eingeteilt.

Der Erwartungswert aller erfassten Risiken entfällt mit 2 % auf die Erzeugung, 52 % auf den Vertrieb, 19 % auf Netz und Regulierungsrisiken und 27 % auf sonstige Risiken. Der Erwartungswert nach bereits ergriffenen Gegenmaßnahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 27 Mio. Euro, wovon 6 Mio. Euro auf die zehn größten Risiken entfallen.

Erzeugung

Aus dem Kraftwerksbetrieb können sich trotz regelmäßiger Überwachung und Modernisierung von Erzeugungsanlagen Risiken aufgrund von technischen Störungen bzw. des Ausfalls von Anlagen ergeben. Die sachgerechte Instandhaltung und Wartung der Anlagen reduziert diese Risiken. Bei auftretenden Schäden und Ausfällen können wir die finanziellen Auswirkungen in begrenztem Ausmaß durch abgeschlossene Versicherungen verringern.

Durch die Energiewende und die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ergeben sich neben den Risiken aus sinkenden Erzeugungsmengen auch Chancen. Wir ergreifen diese, indem wir in regenerative Erzeugungsanlagen investieren. Unser Engagement konzentriert sich überwiegend auf Beteiligungen an Photovoltaik- und Onshore-Windparks. Dabei bilden, insbesondere in Bezug auf zukünftige Investitionsentscheidungen, zuverlässige

politische Rahmenbedingungen die Grundlage für eine ausreichende Planungssicherheit.

Ferner steigern wir durch Optimierungsmaßnahmen die Rentabilität unseres konventionellen Kraftwerksparks. Bereits im letzten Jahr konnten wir unsere großen Kraftwerksblöcke an den Standorten West und Niederrad für die Teilnahme am sogenannten Minutenreserve- und Sekundärregelmarkt qualifizieren. Diese sind somit in der Lage, Netzschwankungen kurzfristig auszugleichen. Dadurch leisten sie einen zunehmenden Beitrag zur Sicherstellung der Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Zudem optimieren wir die Rentabilität unseres Kraftwerksparks durch die Vermarktung kurzfristig verfügbarer Erzeugungskapazitäten im Rahmen des Intraday-Handels.

Vertrieb

Aus dem sich weiter intensivierenden Wettbewerb auf den Privat- und Geschäftskundenmärkten ergeben sich für uns sowohl Chancen als auch Risiken in der Strom- und Gasversorgung. Die Chancen nutzen wir, indem wir unser Vertriebsgebiet gezielt und fokussiert erweitern und so neue Kunden gewinnen. Darüber hinaus ist die Bestandskundenpflege ein wichtiger Baustein zur Sicherung unserer bisherigen Marktanteile und mindert somit das Risiko von Mengenverlusten. Wir übernehmen für unsere Kunden zunehmend die Funktion eines umfassenden Energiedienstleisters.

Die Absatzmengen für Erdgas und Fernwärme sind in hohem Maße witterungsabhängig. Planerisch gehen wir diesbezüglich jeweils von einem durchschnittlichen Witterungsverlauf aus. Abweichungen davon können sowohl Chancen als auch Risiken darstellen. So war das Jahr 2013 im Durchschnitt deutlich kälter als das Vorjahr, wodurch der Absatz an Privathaushalte bei Erdgas und Wärme gestiegen ist.

Der Bundesgerichtshof hat in verschiedenen Urteilen gegen Energieversorgungsunternehmen Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt. Die bisher als rechtssicher geltende Übernahme der gesetzlichen Preisanpassungsklauseln wurde durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs verworfen. Unsere Preisanpassungsklauseln in den Sparten Strom, Gas und Wärme waren mehrfach Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Bis heute liegt jedoch kein gerichtliches Urteil vor, welches unsere Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt.

Infolge einer kartellrechtlichen Überprüfung unserer Wasserpreise haben wir uns im Jahr 2012 im Rahmen eines Vergleichs mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Hessen verpflichtet, die Wasserpreise in den Jahren 2012 bis 2014 für alle Kunden

im Tarif „Aqua Classic“ unabhängig vom Jahresverbrauch um 20 % gegenüber dem Jahr 2011 zu reduzieren. Die wirtschaftlichen Belastungen aus der Vergleichsvereinbarung sind überwiegend durch bilanzielle Vorsorgen gedeckt.

Netz und Regulierung

Regulatorische Risiken ergeben sich insbesondere aus den Vorgaben des EnWG einschließlich der Verordnungen sowie den Festlegungen der BNetzA zu den Kosten und Erlösen der Netzbetreiber. Diese zwingen die Netzbetreiber, die Kosten zu senken und gleichzeitig weiterhin eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Für die zweite Regulierungsperiode Gas (ab 2013) liegt die endgültige Festlegung der Erlösobergrenze aufgrund der Novellierung der Netzentgeltverordnungen noch nicht vor. Beim Strom hat die BNetzA die Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus für die zweite Regulierungsperiode durchgeführt. Mit dem anstehenden Effizienzvergleich sind dann die wesentlichen Schritte bei der Vorbereitung auf die zweite Regulierungsperiode abgeschlossen.

Die Position der BNetzA, die Personalzusatzkosten unserer Netzgesellschaft aufgrund der Mitarbeiterüberlassung in die Effizienzvergleiche einzubeziehen, hat den Kostensenkungsdruck weiter verschärft. Beim Stromnetz konnten wir einen Vergleich mit der BNetzA schließen, beim Gasnetz werden wir in Abhängigkeit von der Festlegung zur Erlösobergrenze reagieren.

Die geplanten Verordnungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) zum flächendeckenden Einsatz intelligenter Messsysteme können in der von deren Gutachtern empfohlenen Form zu erheblichem zusätzlichen Aufwand führen.

Bei der rechtlichen Sicherung der Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Strom- und Gasinfrastruktureinrichtungen müssen die konzessionsgebenden Städte und Gemeinden inzwischen strukturierte Vergabeverfahren umsetzen. Beim Auslaufen der Verträge ergibt sich durch die Vergabevorschriften ein höherer Anreiz für Wettbewerber, ein Angebot zu platzieren. Auch wir bewerben uns in einem definierten Radius rund um das Stammgebiet um weitere Strom- und Gaskonzessionen. Parallel tendieren Städte und Gemeinden im Umland dazu, die Konzession an eine kommunale Netzeigentumsgesellschaft zu vergeben, an der sie als Gesellschafter beteiligt sind. Der Netzbetrieb erfolgt dann in der Regel wiederum über einen etablierten Netzbetreiber, mit dem die kommunale Gesellschaft einen Pachtvertrag abschließt. Eine Variation

sind Kooperationsgesellschaften der Kommune mit einem anderen Energieversorgungsunternehmen, die sich im Rahmen der Vergabeverfahren gemeinsam um die Konzession bewerben. Dieser Konzessionswettbewerb bietet den etablierten Netzeigentümern sowie Netzbetreibern jeweils Wachstumschancen. Gleichzeitig birgt er aber auch das Risiko, eigene Konzessionen an andere Netzeigentümer und -betreiber vollständig zu verlieren oder die Konzession nur im Rahmen eines Kooperationsmodells mit dem Konzessionsgeber weiterführen zu können.

Finanzen und Beteiligungen

In der Kategorie „Finanzen und Beteiligungen“ werden finanzielle und steuerliche Risiken sowie Chancen und Risiken aus Beteiligungen erfasst. Die finanziellen Risiken umfassen Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken, Forderungsausfallrisiken und Risiken aus der Nichteinhaltung vereinbarter Finanzkennzahlen (Covenants) aus der Fremdkapitalaufnahme.

Liquiditätsrisiken können bestehen, wenn die erforderlichen Finanzmittel zur Einhaltung von Zahlungsverpflichtungen nicht zur Verfügung stehen. Durch die Einbindung in das systematische Liquiditätsmanagement der SWFH wirken wir diesen Risiken entgegen. Wir verfügen bei der SWFH über eine Kreditlinie in Höhe von 40 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Möglichkeit, mit der SWFH Termingelder zur Abdeckung von Liquiditätsunterdeckungen zu vereinbaren. Bei Banken liegen keine Kreditlinien vor.

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Bei uns bestehen diese Risiken für verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen. Wir begegnen derartigen Zinsänderungsrisiken zum Teil durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Zinsswaps abgeschlossen.

Forderungsausfallrisiken bestehen in Bezug auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einerseits bei den Kunden und andererseits bei den Kontrahenten im Energiehandel. Ein anforderungsgerechtes Forderungsmanagement sowie strenge Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen und die Gewährung von Ratenplänen führten hier zu einer Risikoreduktion.

Das Beteiligungscontrolling stellt im Rahmen der turnusmäßigen Berichterstattung die Überwachung der Chancen und Risiken aus Beteiligungsgesellschaften sicher. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die ne-

gative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, analysiert und, falls es erforderlich ist, gemeinsam mit der Gesellschaft Maßnahmen zur Risikominimierung erarbeitet. Darüber hinaus werden insbesondere mit den großen Beteiligungsgesellschaften regelmäßige Gespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung geführt, in denen auch die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben erörtert werden. Sofern Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hindeuten, dass die Buchwerte unserer Beteiligungsgesellschaften in ihrem Wert gemindert sind, wird eine Werthaltigkeitsprüfung vorgenommen.

Shared Service

In dieser Kategorie werden insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und IT erfasst. Im Personalbereich sind wir einem zunehmenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal ausgesetzt. Um Risiken aus der Abwanderung von Leistungsträgern in Schlüsselfunktionen und dem damit verbundenen Verlust von Know-how entgegenzuwirken, setzen wir auf eine bedarfsgerechte, stärkenorientierte Personalentwicklung und -förderung sowie die Weiterentwicklung der Unternehmenskultur. Ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie eine regelmäßige Mitarbeiterbefragung tragen ebenfalls dazu bei.

Im IT-Bereich entstehen Risiken aufgrund einer eingeschränkten Systemverfügbarkeit sowie aus Datenschutz- und Integritätsgründen. Diesen Risiken treten wir durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen. Die Aufrechterhaltung und Optimierung der komplexen IT-Systeme werden maßgeblich durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Fachkräfte sowie die kontinuierliche Modernisierung von Hard- und Software erreicht.

Recht, Compliance und Revision

Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen der Rechtslage durch das Inkrafttreten neuer oder geänderter Gesetze und Verordnungen sowie aus höchstgerichtlicher Rechtsprechung ergeben. Die seitens der EU-Kommission geforderte Novellierung der Finanzmarktrichtlinie, kurz MiFID (Markets in Financial Instruments Directive), sieht vor, dass Teile des Energiemarkts in die Finanzmarktregulierung einbezogen werden. Nach dem aktuellen Entwurf sind wir nicht unmittelbar betroffen. Mittelbar können jedoch Risiken entstehen, wenn Vorlieferanten unter die Finanzmarktregulierung fallen.

Durch die Einführung der REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) ergeben sich für uns als Energieerzeuger und -händler Ver-

pflichtungen zu Datenmeldungen und zur Datentransparenz, die unter anderem die Veröffentlichung von Kraftwerksdaten umfassen. Durch die Neugestaltung interner Prozesse, Initiierung von Projekten im IT-Bereich und im Handel sowie die Schulung aller relevanten Mitarbeiter kommen wir diesen neuen Anforderungen nach.

Die finale Ausgestaltung der EMIR (European Market Infrastructure Regulation)-Verordnung ist im März 2013 in Kraft getreten. Von Clearingpflichten sind wir derzeit nicht betroffen. Die Überprüfung der entsprechenden Schwellenwerte erfolgt für alle Konzerngesellschaften zentral durch die SWFH auf der Basis der von der MAINOVA gelieferten Daten. Von den Datenmeldepflichten ist der Handel ab dem 1. Januar 2014 betroffen.

Compliance-relevante Risiken umfassen Verstöße gegen interne Richtlinien und Verhaltensregeln sowie gesetzliche Vorgaben, wie z.B. Regelungen zu Korruption, Datenschutz oder Umweltschutz- und Arbeitssicherheitsbestimmungen. Zur Verminderung der Compliance-Risiken führt das Compliance Management regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt hieraus konzerneinheitliche Grundsätze und Maßnahmen, mit denen erreicht wird, dass sich MAINOVA und die für sie handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten. Zu diesen Maßnahmen zählen z.B. ein Verhaltenskodex und Compliance-Schulungen für Mitarbeiter und Führungskräfte. Zudem wird sichergestellt, dass für die betroffenen Compliance-Risiken ein hinreichender Versicherungsschutz besteht.

Sonstige Angaben

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess nach § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollen sicherzustellen. Das System beinhaltet Grundsätze, Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige, korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlage hierfür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil des Rechnungslegungsprozesses der MAINOVA und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer wie qualitativer Hinsicht angemessen ausgestattet sind. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen finden regelmäßig analytische Prüfungen statt. Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben.

Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen vor unbefugten Zugriffen geschützt. Soweit es möglich ist, wird Standardsoftware eingesetzt. Erhaltene oder weitergegebene Rechnungslegungsdaten werden regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Durch die eingesetzte Software finden programmierte Plausibilitätsprüfungen statt.

Der Konzernabschluss wird mithilfe einer SAP-Konsolidierungssoftware erstellt. Die von den einzelnen Gesellschaften nach den konzernweit geltenden Bilanzierungsrichtlinien erstellten Abschlüsse werden bei der MAINOVA AG zum Konzernabschluss zusammengefasst. Die MAINOVA AG trägt die Verantwortung für die Betreuung des Konsolidierungssystems, den konzerneinheitlichen Kontenrahmen und die Durchführung der Konsolidierungsmaßnahmen.

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Das Grundkapital der MAINOVA AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegt bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der MAINOVA. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der internen Revision im Rahmen von risikoorientierten Prüfungen überwacht.

Der Aufsichtsrat überwacht regelmäßig als übergeordnete Instanz das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystem auf seine Angemessenheit.

Grundzüge des Vergütungssystems für den Vorstand

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltstfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen. Diese umfassen im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzzielen gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses

gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Mitarbeiterzufriedenheit“ und „Kundenzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kapung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Übernahmerelevante Angaben nach § 315 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der MAINOVA AG beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 5.499.296 (rund 98,9 %) auf den Namen und 60.704 (rund 1,1 %) auf den Inhaber. Die Inhaberaktien sind zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem Aktiengesetz. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesellschaft beteiligten Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin SWFH 4.170.002 Namens-Stückaktien und 12.078 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 75,22 %). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Von der Minderheitsaktionärin Thüga Aktiengesellschaft, München (Thüga), werden nach Kenntnis der Gesellschaft 1.329.294 Namens-Stückaktien und 31.216 Inhaber-Stückaktien gehalten (insgesamt rund 24,47 %). Diese Aktien werden der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,31 %). Die SWFH und die Thüga stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarungen ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit diese nicht auf die SWFH übertragen werden. Die Hauptversammlung entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist nicht zur Ausgabe oder zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 MitbestG eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 3 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 48,2 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden. Dies würde sich belastend auf die Liquidität der Gesellschaft auswirken. Diese Kündigungsrechte bestehen jedoch nicht uneingeschränkt. So können sie bei einigen Darlehen nicht ausgeübt werden, wenn zusätzliche Sicherheiten gestellt werden (17,3 Mio. Euro) beziehungsweise bei anderen Darlehen keine Bonitätsverschlechterung des Darlehensnehmers eintritt (6,2 Mio. Euro). Bei weiteren Darlehen (24,7 Mio. Euro) ist der Darlehensgeber zwar zur Kündigung berechtigt, kann aber auch eine Anpassung der Sicherheiten verlangen.

Die MAINOVA hat mit ihren Mitgesellschaftern in der Thüga Holding Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB und des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 20 (DRS 20) liegt ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder anderweitig keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit beziehungsweise einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Nachfolgend sind die weiteren wesentlichen Vereinbarungen aufgeführt, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen:

Im Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerks am Standort Irsching haben die Vertragsparteien vereinbart, sich im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH gegenseitig zum Kauf anzubieten.

Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau und der Gesellschaftsvertrag der NRM stehen unter dem Vorbehalt der Kündbarkeit für den Fall des Kontrollwechsels.

Der Gesellschaftsvertrag der Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass es bei der MAINOVA oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, zu einem Kontrollwechsel kommt.

Im Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH ist die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellschafter durch Gesellschafterbeschluss vorgesehen, wenn dieser nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG sieht vor, dass die Kommanditisten einen der ihren aus der Gesellschaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. UmwG oder bei Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der SWFH unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amts. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Die maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Versicherung der gesetzlichen
Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 10. März 2014

			
DR. ALSHEIMER	PROF. DR. BIRKNER	BREIDENBACH	HERBST

KONZERNABSCHLUSS

S. 48	Gewinn- und Verlustrechnung
S. 49	Gesamtergebnisrechnung
S. 50	Bilanz
S. 52	Eigenkapitalveränderungsrechnung
S. 54	Kapitalflussrechnung
S. 56	Anhang
S. 56	1. Allgemeine Grundlagen
S. 57	2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
S. 74	3. Konsolidierungsgrundsätze
S. 75	4. Konsolidierungskreis und Änderungen des Konsolidierungskreises
S. 77	5. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
S. 82	6. Erläuterungen zur Bilanz
S. 93	7. Berichterstattung zu Finanzinstrumenten
S. 106	8. Segmentberichterstattung
S. 108	9. Angaben zur Kapitalflussrechnung
S. 108	10. Sonstiges
S. 118	Bestätigungsvermerk



Gewinn- und Verlustrechnung des Mainova-Konzerns
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

T 01			
TSD. €	ANHANG	2013	2012 ⁽¹⁾
Umsatzerlöse	(1)	2.211.161	2.009.155
Bestandsveränderungen		1.112	–2.248
Andere aktivierte Eigenleistungen		12.542	12.297
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	87.640	80.362
Materialaufwand	(3)	1.766.982	1.587.679
Personalaufwand	(4)	201.978	202.624
Abschreibungen und Wertminderungen	(5)	75.935	65.902
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	183.573	190.323
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	(7)	81.444	92.992
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)		165.431	146.030
Finanzerträge	(8)	9.769	11.098
Finanzaufwendungen	(9)	38.557	37.538
Ergebnis vor Ertragsteuern (EBT)		136.643	119.590
Ertragsteuern	(10)	20.594	23.732
Ergebnis nach Ertragsteuern		116.049	95.858
Gesellschaftern der Mainova AG zurechenbares Jahresergebnis		114.366	95.842
Nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis		1.683	16
Ergebnis je Stückaktie der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH als Organträger in Euro	Abschnitt 10		
Unverwässert		27,35	22,92
Verwässert		27,35	22,92

⁽¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen siehe Anhang Abschnitt 2 unter Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Gesamtergebnisrechnung des Mainova-Konzerns
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

T 02		
TSD. €	2013	2012 ⁽¹⁾
Ergebnis nach Ertragsteuern	116.049	95.858
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste aus leistungsorientierten Pensionszusagen und Deputaten ⁽²⁾	–1.148	–9.479
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen ⁽²⁾	639	–4.145
Erfolgsneutrale Aufwendungen und Erträge ohne zukünftige Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	–509	–13.624
Cashflow Hedges ⁽²⁾	–3.609	–18.561
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen ⁽²⁾	2.392	1.167
Erfolgsneutrale Aufwendungen und Erträge mit zukünftiger Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	–1.217	–17.394
Sonstiges Ergebnis	–1.726	–31.018
Gesamtergebnis	114.323	64.840
davon den Gesellschaftern der Mainova AG zurechenbares Gesamtergebnis	112.705	65.031
davon Anteile nicht beherrschender Gesellschafter am Gesamtergebnis	1.618	–191

⁽¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen siehe Anhang Abschnitt 2 unter Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

⁽²⁾ nach Steuern

Bilanz des Mainova-Konzerns

Summe Vermögenswerte

T 03			
TSD. €	ANHANG	31.12.2013	31.12.2012 ⁽¹⁾
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(11)	59.964	60.298
Sachanlagen	(11)	1.254.411	1.171.834
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	(12)	804.356	786.834
Langfristige sonstige finanzielle Vermögenswerte	(13)	115.108	119.348
Latente Steueransprüche	(17)	32.483	20.805
		2.266.322	2.159.119
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	(14)	43.834	30.579
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(15)	314.935	270.384
Forderungen aus Ertragsteuern	(16)	28.230	25.987
Sonstige Vermögenswerte	(13)	198.286	170.614
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		16.752	10.678
		602.037	508.242
		2.868.359	2.667.361

Summe Eigenkapital und Schulden

T 03			
TSD. €	ANHANG	31.12.2013	31.12.2012 ⁽¹⁾
Eigenkapital			
Anteile des Konzerns			
Gezeichnetes Kapital	(18)	142.336	142.336
Kapitalrücklage		207.082	207.082
Gewinnrücklagen	(19)	640.575	586.325
Gesellschaftern der Mainova zurechenbares Eigenkapital		989.993	935.743
Nicht beherrschende Anteile	(20)	25.163	24.132
		1.015.156	959.875
Langfristige Schulden			
Erhaltene Zuschüsse	(21)	87.531	70.911
Langfristige Finanzschulden	(24)	719.945	678.243
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	(25)	29.043	30.846
Pensionsrückstellungen	(22)	56.192	53.674
Andere langfristige Rückstellungen	(23)	94.206	96.863
Latente Steuerschulden	(17)	117.191	117.686
		1.104.108	1.048.223
Kurzfristige Schulden			
Kurzfristige Finanzschulden	(24)	40.579	61.938
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		236.527	213.801
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	(23)	134.705	124.050
Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern		11.301	6.465
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	(25)	325.983	253.009
		749.095	659.263
		2.868.359	2.667.361

⁽¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen siehe Anhang Abschnitt 2 unter Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Eigenkapitalveränderungsrechnung des Mainova-Konzerns

T 04

TSD. €	GEWINNRÜCKLAGEN							GESELLSCHAFT- TERN DER MAINOVA ZURECHENBARES EIGENKAPITAL	NICHT BEHERR- SCHENDE ANTEILE AM EIGENKAPITAL	EIGENKAPITAL GESAMT
	GEZEICHNETES KAPITAL	KAPITAL- RÜCKLAGE	PENSIONS-/ DEPUTATE- BEWERTUNG	CASHFLOW HEDGES	NACH DER EQUITY-METHODE BEWERTETE UNTERNEHMEN	SONSTIGE GEWINN- RÜCKLAGEN	GESAMT			
Stand 01.01.2012	142.336	207.082	-7.159	1.543	-4.002	595.574	585.956	935.374	27.840	963.214
Änderungen gem. IAS 8	-	-	-	-	-	-13.444	-13.444	-13.444	-2.171	-15.615
Stand 01.01.2012 nach Änderungen gem. IAS 8	142.336	207.082	-7.159	1.543	-4.002	582.130	572.512	921.930	25.669	947.599
Periodenergebnis	-	-	-	-	-	95.842	95.842	95.842	16	95.858
Im Eigenkapital erfasste erfolgsneutrale Wertänderungen	-	-	-9.479	-18.561	-2.771	-	-30.811	-30.811	-207	-31.018
Gesamtergebnis der Periode	-	-	-9.479	-18.561	-2.771	95.842	65.031	65.031	-191	64.840
Ergebnisabführung Mainova	-	-	-	-	-	-51.404	-51.404	-51.404	-	-51.404
Gewinnausschüttungen nicht beherrschende Anteile	-	-	-	-	-	-	-	-	-1.320	-1.320
Sonstige Veränderungen nicht beherrschende Anteile	-	-	-	-	-	186	186	186	-26	160
Stand 31.12.2012 nach Änderungen gem. IAS 8 ⁽¹⁾	142.336	207.082	-16.638	-17.018	-6.773	626.754	586.325	935.743	24.132	959.875
Stand 01.01.2013 nach Änderungen gem. IAS 8	142.336	207.082	-16.638	-17.018	-6.773	626.754	586.325	935.743	24.132	959.875
Periodenergebnis	-	-	-	-	-	114.366	114.366	114.366	1.683	116.049
Im Eigenkapital erfasste erfolgsneutrale Wertänderungen	-	-	-1.148	-3.609	3.096	-	-1.661	-1.661	-65	-1.726
Gesamtergebnis der Periode	-	-	-1.148	-3.609	3.096	114.366	112.705	112.705	1.618	114.323
Ergebnisabführung Mainova	-	-	-	-	-	-58.669	-58.669	-58.669	-	-58.669
Gewinnausschüttungen nicht beherrschende Anteile	-	-	-	-	-	-	-	-	-1.320	-1.320
Sonstige Transaktionen mit Minderheitsgesellschaftern	-	-	-	-	-	214	214	214	733	947
Stand 31.12.2013 nach Änderungen gem. IAS 8 ⁽¹⁾	142.336	207.082	-17.786	-20.627	-3.677	682.665	640.575	989.993	25.163	1.015.156

⁽¹⁾ siehe Erläuterungen Abschnitt 2 und Abschnitt 6 (18) bis (20)

Kapitalflussrechnung des Mainova-Konzerns⁽¹⁾
für das Geschäftsjahr 2013

	T 05	
TSD, €	2013	2012 ⁽²⁾
Ergebnis vor Ertragsteuern	136.643	119.590
Abschreibungen und Wertminderungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	75.935	65.902
Zinsergebnis	22.190	18.339
Veränderung der Rückstellungen	10.176	32.225
Ergebnis aus dem Abgang von Anlagevermögen	-16.251	471
Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Vermögenswerte	-40.989	-61.852
Veränderung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Schulden	75.277	1.069
Zahlungsunwirksame Effekte aus der Bewertung nach der Equity-Methode	-84.475	-90.344
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-527	-13.712
Einzahlungen aus Baukostenzuschüssen	18.361	28.092
Gezahlte Zinsen	-31.508	-28.085
Erhaltene Zinsen	9.360	9.773
Erhaltene Dividenden	64.409	61.532
Gezahlte Ertragsteuern	-27.159	-10.557
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	211.442	132.443
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen		
Auszahlungen für Investitionen	-119.450	-127.491
Einzahlungen aus Abgängen	24.163	1.932
Cash Pooling Stadtwerke Konzern	-43.043	53.456
Vollkonsolidierte Unternehmen (siehe Erläuterungen zu Abschnitt 4)		
Auszahlungen für Investitionen	-8.421	-26.478
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen		
Auszahlungen für Investitionen	-2.713	-7.247
Kapitalrückzahlungen	2.964	-
Sonstige Beteiligungen		
Auszahlungen für Investitionen	-1.053	-7.659
Langfristige Ausleihungen		
Auszahlungen für Dritten gewährte Darlehen	-5.041	-4.848
Einzahlungen aus der Tilgung von Dritten gewährten Darlehen	3.519	3.281
Einzahlung aus der Tilgung von Leasingforderungen	4.410	4.086
Sonstige Veränderungen	900	280
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-143.765	-110.688

	T 05	
TSD, €	2013	2012 ⁽²⁾
Gewinnabführung an das Mutterunternehmen	-51.404	-57.663
An nicht beherrschende Anteile gezahlte Dividenden	-1.320	-1.320
Aufnahme von Finanzschulden	33.523	56.671
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-46.044	-31.298
Termingeldaufnahmen	2.318	-1.485
Einzahlungen von Minderheitsgesellschaftern	1.324	108
Sonstige Veränderungen	-	13.546
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-61.603	-21.441
Veränderung des Finanzmittelfonds	6.074	314
Finanzmittelfonds zum Anfang der Berichtsperiode	10.678	10.364
Finanzmittelfonds zum Ende der Berichtsperiode ⁽³⁾	16.752	10.678

⁽¹⁾ siehe auch Erläuterungen zu Abschnitt 9
⁽²⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen siehe Anhang Abschnitt 2 unter Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
⁽³⁾ unter Berücksichtigung der Guthaben aus dem Cash Pooling bei der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH ergibt sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 172,6 Mio. Euro (Vorjahr 65,8 Mio. Euro)

Anhang des Mainova-Konzerns für das Geschäftsjahr 2013

1. Allgemeine Grundlagen

Der Konzernabschluss der MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA AG) mit Sitz in der Solmsstr. 38, Frankfurt am Main, wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB zu beachtenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Die MAINOVA AG sowie die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen werden im Folgenden als „Konzern“ oder „MAINOVA“ bezeichnet.

Das oberste Mutterunternehmen der MAINOVA ist die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), Frankfurt am Main, die einen Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen nach HGB aufstellt, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Das vollkonsolidierte Tochterunternehmen Hotmobil Deutschland GmbH (HMD) macht von der Befreiungsvorschrift des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch und verzichtet auf die Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Für die Bilanzierung, Bewertung und den Ausweis im Konzernabschluss 2013 haben wir die Anforderungen der am Abschlussstichtag veröffentlichten und verpflichtend anzuwendenden Standards des International Accounting Standards Boards (IASB) sowie die Interpretationen des IFRS Interpretations Committees (IFRS IC) – vormals International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) bzw. Standing Interpretations Committee (SIC) – ausnahmslos erfüllt.

Der Konzernabschluss der MAINOVA vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

MAINOVA erstellt diesen Konzernabschluss aufgrund der Aufstellungspflicht für börsennotierte Aktiengesellschaften nach § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB.

Der Konzernabschluss der MAINOVA wird vom Vorstand am 19. März 2014 zur Weitergabe an den Aufsichtsrat freigegeben. Der Aufsichtsrat wird am 2. April 2014 über die Billigung des Konzernabschlusses entscheiden. Anschließend wird der Konzernabschluss im Bundesanzeiger offengelegt.

MAINOVA ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie in artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg mit Energie und Wasser sowie Geschäftskunden bundesweit mit Strom und Gas. Zudem beliefern wir regionale Gas- und Stromversorger (Energiepartner). Als Betreiber von Versorgungsnetzen stellen wir den Netzzugang und Netzanschluss Dritten zur Verfügung und gewährleisten den sicheren Transport von Energie und Wasser. Weitere Informationen hierzu sind auch im Abschnitt 8 „Segmentberichterstattung“ enthalten.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert. Die Beträge werden, soweit dies nicht anderweitig vermerkt ist, auf Tsd. oder Mio. Euro gerundet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Der vorliegende Abschluss umfasst das Geschäftsjahr 2013 auf der Basis der Berichtsperiode vom 1. Januar bis 31. Dezember des Jahres mit einer Vergleichsperiode.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind – mit Ausnahme der in diesem Abschnitt unter „Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ beschriebenen Änderungen – unverändert zum Vorjahr. Die Erstellung des Konzernabschlusses der MAINOVA erfolgt grundsätzlich unter der Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Davon ausgenommen sind die derivativen Finanzinstrumente und die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Die Realisierung der **Umsatzerlöse** erfolgt grundsätzlich mit dem Übergang der wesentlichen Chancen und Risiken aus einem Verkaufsgeschäft bzw. mit der Erbringung einer Dienstleistung. Die Umsatzerlöse der MAINOVA bestehen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen. Sie werden zu dem Zeitpunkt realisiert, zu dem der Kunde die Energie bzw. das Wasser abnimmt. Ferner beinhalten die Umsatzerlöse auch die statistische Hochrechnung zwischen dem Abrechnungszeitpunkt und dem Bilanzstichtag.

Der **Geschäfts- oder Firmenwert** (Goodwill) wird zu Anschaffungskosten abzüglich Wertminderungen angesetzt. Der Geschäfts- oder Firmenwert unterliegt gemäß IAS 36 keiner planmäßigen Abschreibung, sondern wird mindestens einmal jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung unterzogen. Beim Eintritt besonderer Ereignisse, die dazu führen können, dass der Buchwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit (ZGE) bzw. von Gruppen von ZGE nicht mehr durch den erzielbaren Betrag gedeckt ist, wird auch unterjährig ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Der im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung verwendete Vorsteuerzinssatz liegt zum Stichtag zwischen 8,0 % und 9,8 % (Vorjahr 6,35 %). Der Ermittlung der diskontierten Cashflows liegt die vom Vorstand genehmigte und vom Aufsichtsrat gebilligte Fünfjahresplanung zugrunde. Eine Wertaufholung in späteren Perioden ist nicht möglich. Es wurden ein Eigenkapitalkostensatz von 6,25 % (Vorjahr 5,85 %) und ein Betafaktor von 0,6 berücksichtigt.

Sonstige **immaterielle Vermögenswerte** werden mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bilanziert und linear, entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer, abgeschrieben:

T 06	
	JAHRE
Software	3 – 10
Nutzungs- und Gestattungsverträge je nach Vertragslaufzeit	15 – 30

Nutzungsdauer und Abschreibungsmethoden werden jährlich überprüft. Es liegen keine immateriellen Vermögenswerte mit unbestimmbarer Nutzungsdauer vor. Bezüglich der Überprüfungen auf Wertminderungen verweisen wir auf die Erläuterungen zum Sachanlagevermögen in diesem Abschnitt.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger nutzungsbedingter Abschreibungen und Wertminderungen bewertet. Bei selbst erstellten Sachanlagen werden die Herstellungskosten anhand der direkt zurechenbaren Einzel- und Gemeinkosten ermittelt. Es wird die lineare Abschreibungsmethode angewandt. Wesentliche Ersatzinvestitionen sowie die Großrevisionen der Kraftwerke werden aktiviert. Aufwendungen für Reparaturen und Wartungen, die keine wesentlichen Ersatzinvestitionen darstellen, werden in dem Geschäftsjahr aufwandswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, in dem sie angefallen sind.

Jeder Teil einer Sachanlage mit wesentlichen Anschaffungs- und Herstellungskosten im Verhältnis zum gesamten Wert des Vermögenswerts wird hinsichtlich der Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode getrennt von den anderen Teilen der Sachanlage beurteilt und entsprechend abgeschrieben (Komponentenansatz).

Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden nur dann als Buchwert des Vermögenswerts erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass daraus dem Konzern zukünftig ein wirtschaftlicher Nutzen zufließen wird und die Kosten des Vermögenswerts zuverlässig ermittelt werden können.

Die planmäßigen linearen Abschreibungen für unsere typischen Anlagen werden nach folgenden konzerneinheitlichen Nutzungsdauern bemessen:

T 07	
	JAHRE
Gebäude	20 – 70
Kraftwerke und Heiz(kraft)werke	9 – 60
Stromverteilungsanlagen	12 – 60
Gasverteilungsanlagen	12 – 60
Wasserverteilungsanlagen	10 – 70
Wärmeverteilungsanlagen	15 – 45
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 – 30

Sachanlagen werden auf **Wertminderungen** überprüft, wenn Ereignisse oder veränderte Umstände vermuten lassen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte. Darauf können insbesondere neue energiepolitische Rahmenbedingungen, eine deutliche Änderung der Preissituation an den Absatz- und Beschaffungsmärkten, geänderte regulatorische Vorgaben sowie eine Verschlechterung der zugrunde gelegten Plandaten hinweisen. In solchen Fällen erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36.

Eine Wertminderung eines Vermögenswerts ist erforderlich, wenn der Buchwert über dem erzielbaren Betrag des Vermögenswerts liegt. Dabei ist gemäß IAS 36.6 der erzielbare Betrag der höhere Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten. Der Nutzungswert ergibt sich aus dem Barwert der geschätzten, zukünftig nachhaltig erzielbaren betrieblichen Cashflows aus der fortgeführten Nutzung des Vermögenswerts zuzüglich eines am Ende der Nutzungsdauer realisierbaren Restwerts. Als Grundlage für die Ermittlung des Nutzungswerts dient die vom Vorstand genehmigte und vom Aufsichtsrat gebilligte Fünfjahresplanung.

Ist es nicht möglich, den erzielbaren Betrag für einen einzelnen Vermögenswert zu bestimmen, wird die Wertminderung auf der Basis des erzielbaren Betrags der ZGE ermittelt. Diese ist als kleinste identifizierbare Gruppe von Vermögenswerten definiert, die unabhängig von anderen Vermögenswerten in der Lage ist, Mittelzuflüsse aus der fortgesetzten Nutzung zu erzielen. Bei MAINOVA bestehen im Wesentlichen ZGE für die Verteilnetze „Stromnetz“, „Gasnetz“ und „Wassernetz“ sowie „Kraftwerke“. Die ZGE „Kraftwerke“ setzt sich aus mehreren Heizkraftwerken (HKW West, Mitte, Niederrad und dem MHKW Nordweststadt) mit zugehörigen Verbindungsnetzen zusammen, da diese sowohl bei unvorhergesehenen Produktionsausfällen als auch bei geplanten Revisionen die Versorgung der Kunden des Wärmenetzes gegenseitig sicherstellen. Das MHKW Nordweststadt wurde im Geschäftsjahr 2013 aufgrund einer geänderten Erzeugungsstrategie erstmals in die ZGE „Kraftwerke“ einbezogen. Bei der ZGE „Kraftwerke“ wird eine begrenzte Nutzungsdauer der langfristigen Vermögenswerte unterstellt, sodass als Grundlage die Cashflow-Prognosen für die verbleibende Nutzungsdauer angesetzt werden. Bei den ZGE der Verteilnetze wird eine unbestimmbare Nutzungsdauer unterstellt, sodass die Planjahre um ein Normjahr als Basis für die ewige Rente ergänzt werden. Die dabei angesetzte Wachstumsrate von 0,5 % liegt unterhalb der angenommenen Inflationsrate, da damit gerechnet wird, dass auch zukünftig die inflationsbedingten Kostensteigerungen nicht vollständig weitergegeben werden können.

Die Barwerte werden unter Zugrundelegung folgender Parameter ermittelt:

T 08		
	2013	2012
Risikofreier Zinssatz (%)	2,65	2,25
Marktrisikoprämie (%)	6,00	6,00
Betafaktor (verschuldet)		
Wassernetz	0,60	0,60
Kraftwerke	0,75	0,75
Fremdkapital-Spread (%)	1,60	1,60
Fremdkapitalanteil (%)		
Wassernetz	33,33	33,33
Kraftwerke	33,33	33,33

Die verwendeten Parameter werden aus verfügbaren Marktdaten zum Teil direkt (risikofreier Zinssatz, Marktrisikoprämie und Fremdkapital-Spread) und zum Teil unter Verwendung einer Peergroup (Betafaktoren und Fremdkapitalanteil) abgeleitet. Durch die aufgeführten Parameter ergibt sich für die ZGE „Wassernetz“ ein Vorsteuerzinssatz von 7,45 % (Vorjahr 6,6 %) und für die ZGE „Kraftwerke“ von 7,76 % (Vorjahr 7,21 %).

Wenn der Grund für eine früher vorgenommene Wertminderung entfällt, werden die Vermögenswerte erfolgswirksam zugeschrieben, wobei der infolge der Zuschreibung erhöhte Buchwert nicht die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten übersteigen darf. An jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob ein Anhaltspunkt vorliegt, dass ein für einen Vermögenswert in früheren Perioden erfasster Wertminderungsaufwand nicht länger besteht oder sich vermindert haben könnte.

Fremdkapitalkosten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Herstellung eines sogenannten qualifizierten Vermögenswerts (qualifying asset) vom Zeitpunkt der Anschaffung bzw. ab dem Herstellungsbeginn bis zur Inbetriebnahme entstehen, werden als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten dieses Vermögenswerts aktiviert. Bei spezifischer Fremdfinanzierung werden die jeweiligen direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten berücksichtigt. Bei MAINOVA wird in der Regel nicht spezifisch finanziert, d. h., es besteht kein direkter Zusammenhang zwischen den aufgenommenen Fremdmitteln und den getätigten Investitionen. Zur Berechnung der zu aktivierenden Fremdkapitalkosten wird ein durchschnittlicher Fremdkapitalkostensatz ermittelt. Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein durchschnittlicher Fremdfinanzierungszinssatz von 3,03 % (Vorjahr 3,74 %) zugrunde gelegt. Andere Fremdkapitalkosten werden als Aufwand erfasst.

Leasingtransaktionen, bei denen MAINOVA Leasinggeber ist und die wesentlichen Chancen und Risiken aus der Nutzung des Leasingobjekts auf den Vertragspartner übertragen werden, sind als Finanzierungsleasingverhältnisse erfasst. Die Summe des Barwerts der ausstehenden Mindestleasingzahlungen und des nicht garantierten Restwerts werden als Leasingforderung bilanziert. Die Zahlungen des Leasingnehmers werden in Tilgungsleistungen sowie Zinserträge aufgeteilt. Werden die Chancen und Risiken nicht auf den Vertragspartner übertragen, liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor, d. h., dass das Leasingobjekt weiterhin bei MAINOVA bilanziert wird und die Leasingzahlungen als Ertrag erfasst werden. Bei den Geschäften, bei denen MAINOVA Leasingnehmer ist, liegen ausschließlich Operating-Leasingverhältnisse vor, d. h., das Leasingobjekt wird beim Leasinggeber bilanziert und MAINOVA erfasst die Leasingzahlungen aufwandswirksam.

IFRIC 4 „Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält“ beinhaltet Kriterien zur Identifikation von Leasingelementen in Verträgen, die formal nicht als Leasingverträge bezeichnet werden. Vertragselemente, welche die Kriterien des IFRIC 4 erfüllen, sind nach den Vorschriften des IAS 17 als Leasingverträge zu bilanzieren. Bei MAINOVA fallen Contracting-Projekte in den Anwendungsbereich des IFRIC 4. Bei diesen Projekten erstellt MAINOVA eine Energieerzeugungsanlage für einen Kunden bei gleichzeitigem Abschluss eines Energieliefervertrags.

Gemäß IFRIC 18 werden die von Kunden erhaltenen **Zuschüsse** gesondert unter den langfristigen Schulden ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögenswerte linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen werden zunächst zu Anschaffungskosten angesetzt und deren Buchwert in den Folgeperioden in Höhe der anteiligen Veränderungen des Nettovermögens fortgeschrieben. Dabei werden die Buchwerte jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschütteten Dividenden und sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht beziehungsweise vermindert. Ein bilanzierter Geschäfts- oder Firmenwert wird im Beteiligungsansatz ausgewiesen. Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen werden im sonstigen Ergebnis erfasst. Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen werden auf Wertminderungen überprüft, wenn Ereignisse oder veränderte Umstände vermuten lassen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der erzielbare Betrag den Beteiligungsbuchwert unterschreitet. Der erzielbare Betrag wird als Barwert der geschätzten, erwarteten künftigen Cashflows ermittelt. Als Grundlage für die Ermittlung des Nutzungswerts dienen die von den Gesellschaften erstellte und von deren Aufsichtsräten gebilligte Fünfjahresplanungen. Dabei wird ein risikofreier Zinssatz von 2,65 % (Vorjahr 2,25 %) zuzüglich einer Marktrisikoprämie von 6,00 % (Vorjahr 6,00 %) unter der Nutzung folgender Betafaktoren (verschuldet) verwendet:

	T 09	
	2013	2012
Beteiligungen mit Garantiedividende	0,40	0,40
Beteiligungen mit anteiligen Jahresergebnissen		
Erzeugung	0,75	0,71
Sonstige	0,60	0,60

Dabei wurde grundsätzlich ein Eigenkapitalkostensatz von 6,25 % (Vorjahr 5,85 %) und bei Erzeugungsgesellschaften ein Eigenkapitalkostensatz von 7,15 % (Vorjahr 6,75 %) verwendet sowie ein Wachstumsabschlag wie im Vorjahr in Höhe von 0,50 % angesetzt. Bei Beteiligungen mit einer Garantiedividende im Rahmen eines Ergebnisabführungsvertrags wird für den Anteil der Garantiedividende ein Eigenkapitalkostensatz von 5,05 % (Vorjahr 4,65 %) zugrunde gelegt.

Unter den **langfristigen finanziellen Vermögenswerten** werden im Wesentlichen Ausleihungen und sonstige Beteiligungen zusammengefasst.

Ausleihungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Marktüblich verzinsliche Ausleihungen sind zum Nominalwert und zinslose bzw. niedrig verzinsliche Ausleihungen werden mit dem Barwert bilanziert.

Die Anteile an den übrigen Beteiligungen gehören ausnahmslos der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ an. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert. Sofern die beizulegenden Zeitwerte der im Abschluss enthaltenen Beteiligungen nicht zuverlässig ermittelt werden können, werden diese sowohl bei der Erstabibilanzierung als auch in den Folgeperioden zu Anschaffungskosten bewertet. Liegen objektive und substantielle Hinweise auf eine Wertminderung eines Vermögenswerts vor, wird dieser in erforderlichem Umfang wertgemindert. Eine Wertminderung liegt vor, wenn der erzielbare Betrag den Beteiligungsbuchwert unterschreitet. Der erzielbare Betrag wird als Barwert der geschätzten, zukünftig nachhaltig erzielbaren Cashflows ermittelt. Die verwendeten Bewertungsparameter entsprechen den nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen. Sofern ein Börsenpreis verfügbar ist, wird dieser herangezogen.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten angesetzt. Fremdkapitalkosten werden nicht aktiviert, es sei denn, es liegt ein qualifizierter Vermögenswert vor. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich zu gewogenen Durchschnittskosten. Die Herstellungskosten enthalten gemäß IAS 2 die direkt zurechenbaren Einzelkosten zuzüglich angemessener Gemeinkosten. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit wird durch angemessene Abschläge Rechnung getragen. Soweit es erforderlich ist, wird der im Vergleich mit dem Buchwert niedrigere realisierbare Nettover-

äußerungswert angesetzt. Wertaufholungen bei früher abgewerteten Vorräten werden als Minderung des Materialaufwands erfasst.

Forderungen und sonstige Vermögenswerte werden bis auf derivative Finanzinstrumente und Leasingforderungen zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Erforderliche Wertberichtigungen orientieren sich am tatsächlichen Ausfallrisiko. Das tatsächliche Ausfallrisiko orientiert sich einerseits an der Überfälligkeit, wobei in Abhängigkeit vom Zeitraum des Zahlungsverzugs pauschalisierte Einzelwertberichtigungen vorgenommen werden. Andererseits werden Einzelwertberichtigungen aufgrund der wirtschaftlichen Situation eines Schuldners vorgenommen. Wertberichtigungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden auf separaten Wertberichtigungskonten erfasst. Eine direkte Absetzung vom Buchwert oder eine Ausbuchung von zuvor gebildeten Wertberichtigungen erfolgt erst, wenn eine Forderung uneinbringlich geworden ist. In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind erhaltene Abschlagszahlungen auf den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch unserer Kunden verrechnet.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden zu konzerneinheitlich vorgegebenen Umrechnungskursen, die den Mittelkursen am Bilanzstichtag entsprechen, bewertet. Nichtmonetäre Fremdwährungsposten sind bei MAINOVA nicht vorhanden. Zum Bilanzstichtag lagen keine Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten vor.

Die **Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente** umfassen Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten und werden zum Nennwert bilanziert.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte werden zum niedrigeren Wert aus dem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bilanziert. Diese Vermögenswerte werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Die **Pensionsrückstellungen** umfassen die Rückstellungen für Einzelpensionszusagen sowie für die Gewährung von Energiedeputaten an Mitarbeiter, Pensionäre und deren Hinterbliebene. Der Ermittlung der leistungsorientierten Verpflichtungen liegt zum Abschlussstichtag ein versicherungsmathematisches Gutachten eines qualifizierten versicherungsmathematischen Sachverständigen zugrunde. Die Berechnung erfolgt entsprechend IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren. Dieses Verfahren berücksichtigt neben den Renten und Anwartschaften auch zukünftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtung (sog. Neubewertungskomponente) werden in der Periode des Anfallens im sonstigen Ergebnis der Gesamtergebnisrechnung erfasst. Diese resultieren aus einer Abweichung der tatsächlichen Entwicklung von den unterstellten Annahmen oder aus einer Änderung der Annahmen. Die übrigen Komponenten des Pensionsaufwands (sog. Dienstzeit- und Nettozinskomponente) werden im Gewinn oder Verlust der Periode berücksichtigt.

Daneben sind alle Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an die Tarifverträge des öffentlichen Diensts sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert.

Nach IAS 19 handelt es sich bei dieser Form der Altersvorsorge um einen leistungsorientierten Plan (Defined Benefit Plan), da die individuellen Versorgungsleistungen der ZVK an frühere Mitarbeiter der Mitgliedsunternehmen nicht von eingezahlten Beiträgen abhängen. Da zudem in der ZVK Mitarbeiter mehrerer Mitgliedsunternehmen versichert sind, gilt diese Form der Altersvorsorge als gemeinschaftlicher Plan mehrerer Arbeitgeber (Multi-Employer Plan), für welche die besonderen Vorschriften des IAS 19 anzuwenden sind.

Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Aufgrund der Umverteilungen der Leistungen der ZVK auf die an ihr beteiligten Unternehmen und der unzureichenden Daten über die Altersstruktur, die Fluktuation und die Gehälter dieser Mitarbeiter liegen keine Informationen über den auf MAINOVA entfallenden Teil der zukünftigen Zahlungsverpflichtungen vor (wirtschaftliche Verpflichtung). Somit ist eine Rückstellungsbildung nach IFRS nicht zulässig und die Behandlung erfolgt wie bei einem beitragsorientierten Plan (Defined Contribution Plan) gemäß IAS 19.34(a). Die laufenden Zahlungen an die ZVK stellen demnach Aufwendungen des Geschäftsjahres dar. Der

Umlagesatz der ZVK Frankfurt am Main beläuft sich auf 6,0 %; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,6 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,4 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber ein steuerfreies Sanierungsgeld von 3,5 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über der tariflich festgesetzten Beitragsbemessungsgrenze liegt, eine zusätzliche Umlage von 9 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor, dass das Sanierungsgeld steigen wird. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen werden. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung ausgewiesen.

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Pensionsplänen ist die MAINOVA den allgemeinen versicherungsmathematischen Risiken wie beispielweise Langlebigkeits- und Zinssatzänderungsrisiko ausgesetzt.

Verpflichtungen für Beiträge zu beitragsorientierten Plänen werden als Aufwand erfasst, sobald die damit verbundene Arbeitsleistung erbracht wird.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen in der Vergangenheit, die der Höhe und/oder dem Eintrittszeitpunkt nach unsicher sind und wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden. Die Rückstellungen werden mit dem bestmöglichen Schätzbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert, wenn die zu bewertende Rückstellung eine große Anzahl von Positionen umfasst, bzw. mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt, wenn eine einzelne Verpflichtung bewertet wird. Für wesentliche Rückstellungen (Altlasten, Altersteilzeit u. a.) wurden Bewertungsgutachten bzw. Berechnungen von sachverständigen Dritten eingeholt.

Alle langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten bestmöglichen Schätzbetrag bilanziert, soweit der Zinseffekt nicht von untergeordneter Bedeutung ist. Der bestmögliche Schätzbetrag umfasst auch die am Bilanzstichtag zu berücksichtigenden Kostensteigerungen. Ausgenommen davon sind Pensionsrückstellungen, für die gemäß IAS 19 gesonderte Regelungen angewandt werden.

Die MAINOVA AG ist seit 2001 als Organgesellschaft in eine ertragsteuerliche Organschaft mit der SWFH eingebunden. **Tatsächliche Steuerzahlungen und -erstattungen** treten – mit Ausnahme der Körperschaftsteuerzahlung für Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre – auf der Ebene des Organträgers ein. Bei der MAINOVA AG werden die ermittelten laufenden Steuerverpflichtungen bzw. -ansprüche über Steuerumlagen abgebildet. Die Ermittlung der Steuerumlagebeträge erfolgt auf Einzelbasis, d. h., die MAINOVA AG wird wie ein selbstständiger Steuerzahler behandelt.

Latente Steuern werden gemäß der Verbindlichkeitsmethode auf sämtliche temporären Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz der einzelnen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften gebildet. Latente Steuern aus Konsolidierungsvorgängen werden gesondert ermittelt und angesetzt. Die latenten Steueransprüche umfassen grundsätzlich auch Steuererminderungsansprüche, die sich aus der erwarteten Nutzung bestehender Verlustvorträge in Folgejahren ergeben. Eine Aktivierung erfolgt, wenn deren Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist. Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch zur Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden. Die latenten Steuern werden auf der Basis der Steuersätze ermittelt, die zum Realisationszeitpunkt gelten bzw. erwartet werden. Der Steuersatz des Mutterunternehmens MAINOVA AG beträgt 30,70 %. Er ergibt sich aus dem Körperschaftsteuersatz von 15,00 %, dem Solidaritätszuschlag von 5,50 % auf den Körperschaftsteuersatz und dem Gewerbeertragsteuersatz von 14,88 %.

Verbindlichkeiten werden grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige finanzielle Verbindlichkeiten werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Die von Kunden **erhaltenen Anzahlungen** werden unter den übrigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente werden zur Sicherung von Commodity-Risiken eingesetzt, die mit den Aktivitäten des Unternehmens verbunden sind. Zudem werden derivative Finanzinstrumente im Rahmen des Strom- und Gashandels (zur Erzielung von Handelsmargen) eingesetzt. Verträge, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß dem erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen und in diesem Sinne gehalten werden (Eigenverbrauchsverträge), werden gemäß IAS 39 nicht als derivative Finanzinstrumente, sondern nach IAS 37 als schwebende Geschäfte bilanziert und sind insofern in der Angabe zu den sonstigen finanziellen Verpflichtungen enthalten. Ferner werden derivative Finanzinstrumente zur Begrenzung des Risikos marktbedingter Schwankungen der Zinssätze eingesetzt.

Die erstmalige Bilanzierung erfolgt zum Handelstag.

Derivate werden als finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten bilanziert, mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet und in die Kategorie „held for trading“ eingeordnet, sofern kein Hedge Accounting angewendet wird. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente werden auf Basis marktgängiger Bewertungsmodelle durch Abzinsung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Dabei basieren die Zahlungsströme der Commodityinstrumente auf Forward-Preisen. Die Zahlungsströme für Zinsswaps ergeben sich über die zum Stichtag gültige Zinsstrukturkurve und der daraus abgeleiteten Forward-Zinsen. Die verwendeten Preise spiegeln ähnliche am Hauptmarkt getätigte Transaktionen des jeweiligen Instruments wider. Bei finanziellen Vermögenswerten werden die Ausfallrisiken der Gegenpartei berücksichtigt, da aus Sicht der MAINOVA das Risiko besteht, dass die Gegenpartei ausfällt und demzufolge ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Neben der Berücksichtigung des Kreditrisikos der Gegenparteien im Falle von finanziellen Vermögenswerten wird bei finanziellen Schulden korrespondierend das eigene Ausfallrisiko berücksichtigt.

Bei den derivativen Finanzinstrumenten, die in einer Sicherungsbeziehung (Hedge Accounting) stehen, handelt es sich um Cashflow Hedges. Cashflow Hedges dienen der Absicherung einer mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden geplanten Transaktion gegen das Risiko schwankender Zahlungsströme.

Bei einem Cashflow Hedge werden die unrealisierten Gewinne und Verluste des Sicherungsgeschäfts zunächst in der Rücklage für Cashflow Hedges im sonstigen Ergebnis (Eigenkapital) erfasst und erst dann in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht, wenn das abgesicherte Grundgeschäft erfolgswirksam erfasst wird. Dabei darf nur der effektive Teil einer Sicherungsbeziehung erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis berücksichtigt werden. Der ineffektive Anteil der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts eines Sicherungsgeschäfts, für das zuvor ein Cashflow Hedge gebildet wurde, wird sofort erfolgswirksam erfasst. Entfällt das gesicherte Grundgeschäft, wird die im sonstigen Ergebnis für das Sicherungsgeschäft gebildete Rücklage sofort erfolgswirksam reklassifiziert. Diese wird ebenfalls als erfolgswirksam reklassifiziert, wenn das Hedge Accounting ineffektiv wird oder eine nominelle Übersicherung eintritt.

Für die Anwendung von Hedge Accounting gemäß IAS 39 ist eine ausführliche Dokumentation der Sicherungsbeziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie der Sicherungsstrategie erforderlich. Die Anforderungen umfassen weiterhin die regelmäßige retrospektive und prospektive Effektivitätsmessung (Regressionsanalyse). Bei der Beurteilung der Effektivität werden sämtliche Bestandteile der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts von Derivaten berücksichtigt. Das Hedge Accounting wird als effektiv angesehen, wenn die Veränderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsgeschäfts sowohl prospektiv als auch retrospektiv in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % der gegenläufigen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts liegt.

Von der Möglichkeit, Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert einzustufen (sog. Fair Value Option), wird kein Gebrauch gemacht.

Unentgeltlich zugeteilte **Emissionsrechte** werden mit null Euro und für den Eigenerzeugungsbedarf entgeltlich erworbene Emissionsrechte mit ihren Anschaffungskosten bilanziert. Werden sie zu Handelszwecken gehalten, erfolgt am Stichtag eine Bewertung zum Marktwert. Für eine etwaige Unterdeckung am Stichtag wird eine Rückstellung in Höhe des beizulegenden Zeitwerts am Bilanzstichtag für zusätzlich benötigte Emissionsrechte gebildet.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss nicht wahrscheinlich ist bzw. deren Höhe nicht verlässlich bestimmt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden in der Bilanz grundsätzlich nicht erfasst. Die im Anhang angegebenen Verpflichtungsvolumina bei den Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Zu den **finanziellen Vermögenswerten** gemäß IAS 39 (siehe Abschnitt 7) zählen die folgenden Klassen: Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, langfristige finanzielle Vermögenswerte, sonstige Vermögenswerte, Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.

In den langfristigen finanziellen Vermögenswerten sowie den sonstigen Vermögenswerten sind darüber hinaus Vermögenswerte enthalten, die nicht in den Anwendungsbereich des IAS 39 fallen.

Ein finanzieller Vermögenswert wird erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet, falls er zu Handelszwecken gehalten oder bei erstmaligem Ansatz entsprechend bestimmt wird. Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet und entsprechende Änderungen, welche auch alle Zins- und Dividendenerträge umfassen, werden im Gewinn oder Verlust erfasst.

Zu den **finanziellen Verbindlichkeiten** zählen die Finanzschulden, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die übrigen langfristigen Verbindlichkeiten sowie die kurzfristigen Verbindlichkeiten. Auch hier sind in den übrigen langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten solche Verbindlichkeiten enthalten, die ebenfalls nicht in den Anwendungsbereich des IAS 39 fallen.

Darüber hinaus gehören die ausgegebenen Finanzgarantien ebenfalls zu den Finanzinstrumenten.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten werden erstmals in der Bilanz angesetzt, wenn MAINOVA Vertragspartei des Finanzinstruments wird. MAINOVA bilanziert Kredite und Forderungen ab dem Zeitpunkt, in dem sie entstanden sind. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden erstmals am Handelstag erfasst.

Wesentliche Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS sind bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden **Ermessensentscheidungen** zu treffen. Diese betreffen insbesondere folgende Sachverhalte:

- › Beurteilung, ob Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen (vgl. Bilanzierungsmethoden von Sachanlagen und nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen in diesem Abschnitt)
- › Abgrenzung von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten für den Wertminderungstest (vgl. Bilanzierungsmethoden von Sachanlagen und nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen in diesem Abschnitt)
- › Klassifizierung von Termingeschäften als Derivate oder Eigenverbrauchsverträge
- › Klassifizierung von Finanzinstrumenten (z. B. zur Veräußerung verfügbar, zu Handelszwecken gehalten)
- › Klassifizierung von Leasingverträgen in Operating- und Finanzierungsleasingverhältnisse

Weiterhin sind Annahmen und **Schätzungen** aufgrund unbestimmter künftiger Ereignisse zum Bilanzstichtag erforderlich. Da die Schätzungen auf Annahmen und Prognosen beruhen, entstehen Risiken in Bezug auf den Wertansatz der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden sowie der Erträge und Aufwendungen.

Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Folgenden erläutert.

Bei der Bilanzierung und Bewertung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen (Deputate) sowie der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen sind hinsichtlich Abzinsungsfaktor, Gehaltstrends, Fluktuationsrate sowie Kostenschätzung der Erfüllungsbeträge Annahmen und Schätzungen erforderlich. Aufgrund des Umfangs an direkten Pensionszusagen und ähnlichen Verpflichtungen können sich aus möglichen Schätzungsänderungen in der Zukunft Auswirkungen ergeben (vergleiche Abschnitt 6 (22)). Bewertungsänderungen von Pensionsrückstellungen, welche auf Änderungen der versicherungsmathematischen Parameter beruhen, werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst (vergleiche Abschnitt 6 (19)).

Weiterhin sind bei der Durchführung von Werthaltigkeitstests zukunftsbezogene Schlüsselannahmen zu machen. Änderungen dieser Annahmen können aus heutiger Sicht zu einem zusätzlichen Wertminderungs- bzw. einem Wertaufholungsbedarf führen, da die Bewertung insbesondere auch von der Entwicklung der langfristigen Kapitalmarktzinsen und der verwendeten langfristigen Planungsrechnungen abhängt.

Bei den regulierten Strom- und Gasnetzen sind die künftigen Erträge und Aufwendungen durch die Änderungen der relevanten Gesetze und Verordnungen sowie durch Entscheidungen der Regulierungsbehörde stark beeinflusst. Für die Planung im Erzeugungsbereich sind energiepolitische Entscheidungen wie z. B. die Energiewende von Bedeutung. Auch künftige Steuerrechtsänderungen können zu Auf-/Abwertungen führen. Eine Erhöhung oder Verminderung des Zinssatzes um 0,25 % würde ebenfalls zu keinen Wertminderungen oder Wertaufholungen bei der ZGE „Kraftwerke“ oder der ZGE „Wassernetz“ führen.

Als Bewertungsgrundlage für den Werthaltigkeitstest von nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen und sonstigen Beteiligungen wird jeweils die verabschiedete Mehrjahresplanung der Beteiligungen herangezogen, welche jedoch in der langfristigen Planung gewisse Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Entwicklung enthält. Im Geschäftsjahr wurde eine Abschreibung in Höhe von 1,4 Mio. Euro vorgenommen. Eine Erhöhung des Zinssatzes um 0,25 % ergäbe eine

weitere Wertminderung um 3,5 Mio. Euro. Eine Verminderung des Zinssatzes um 0,25 % würde zu Zuschreibungen in Höhe von 3,8 Mio. Euro führen.

Bei sonstigen Beteiligungen wurden Wertminderungen in Höhe von 5,1 Mio. Euro vorgenommen. Eine Erhöhung des Zinssatzes um 0,25 % würde zu weiteren Abschreibungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro führen. Ein Rückgang des Zinssatzes hätte um 0,5 Mio. Euro geringere Abschreibungen zur Folge.

Eine Änderung des Zinssatzes um 0,25 % würde zu keiner Goodwillabschreibung führen.

Die Rückstellungen für Altlasten basieren auf externen Gutachten und Berechnungen, die jährlich aktualisiert werden. Diesen liegen Kostenschätzungen der Erfüllungsbeträge für die jeweilige Verpflichtung zugrunde. Schätzungsunsicherheiten ergeben sich insbesondere aus Änderungen des Verpflichtungsumfangs, Abweichungen von den angenommenen Kostenentwicklungen sowie aus Änderungen des Zinsniveaus und der Zahlungszeitpunkte. Weiterhin kann eine Änderung des Diskontierungszinses zu einer Anpassung der Altlastenrückstellungen führen. Bei einer Zinssatzänderung um 0,25 % würde sich die Rückstellung um 1,4 Mio. Euro erhöhen bzw. reduzieren.

Bei der Beurteilung von Rechtsstreitigkeiten im Hinblick auf die Bildung von Rückstellungen wurde eine Einschätzung des voraussichtlichen Prozessausgangs vorgenommen.

Es werden nur latente Steuern auf Verlustvorräte aktiviert, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann. Die Einschätzung der Nutzbarkeit erfolgt anhand von steuerlichen Ergebnisplanungen. Die zugrunde liegenden Annahmen und Schätzungen basieren auf den Gegebenheiten und Einschätzungen am jeweiligen Bilanzstichtag. Durch von den Annahmen abweichende Einschätzungen sowie Entwicklungen können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses ist keine wesentliche Änderung der getroffenen Annahmen und Schätzungen zu erwarten.

Kapitalmanagement

Die MAINOVA AG unterliegt keinen satzungsmäßigen Kapitalerfordernissen und keinen externen Mindestkapitalanforderungen.

Seit dem Abschluss des Gewinnabführungsvertrags mit der SWFH im Jahr 2001 und gemäß der in diesem Zusammenhang erlassenen Konzernrichtlinie ist die MAINOVA AG als Organgesellschaft in die zentrale Konzernfinanzierung der SWFH eingebunden. Die SWFH übernimmt das Cash Management aller Organgesellschaften mit dem Ziel, die Kosten der Finanzierung beziehungsweise die Geldanlageerlöse zu optimieren.

Da es sich bei der Rücklage aus Cashflow Hedges im sonstigen Ergebnis um eine reine IFRS-Accounting-Größe handelt, hat diese keine Auswirkungen auf das Kapitalmanagement der MAINOVA.

Maßnahmen zur Einhaltung einer soliden Eigenkapitalquote werden im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2013 belief sich die Eigenkapitalquote auf 35,4 % (Vorjahr 36,0 %). Aufgrund des bestehenden Gewinnabführungsvertrags sind Rücklagendotierungen nur begrenzt zulässig. Sofern im Rahmen von Kreditverträgen die Einhaltung bestimmter Kennzahlen gefordert wird, orientieren wir uns an diesen Vorgaben. Für durch Kommunalbürgschaften besicherte Darlehen sind keine Steuerungsmaßnahmen erforderlich.

Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Änderungen von Standards und Interpretationen

Das IASB und das IFRS IC haben Änderungen an Standards und Interpretationen verabschiedet, die ab dem Jahr 2013 verpflichtend anzuwenden waren und sich, wie im Folgenden dargestellt, auf den Konzernabschluss der MAINOVA ausgewirkt haben:

Änderung IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“

Die am 6. Juni 2012 veröffentlichten Änderungen des IAS 1 beziehen sich auf die Gesamtergebnisrechnung. Eine Aufspaltung des sonstigen Ergebnisses hat danach zu erfolgen, ob die darin erfassten Aufwendungen und Erträge nie oder zu einem späteren Zeitpunkt in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden. Der geänderte Standard ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2012 beginnen. Die Gesamtergebnisrechnung im Jahresabschluss der MAINOVA wurde im Einklang mit der Neufassung des Standards erstellt.

Änderung IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“

Die Änderung betrifft die Behandlung der Aufstockungsleistungen im Rahmen von Altersteilzeitverhältnissen. Diese werden nicht mehr als Abfindungsleistungen klassifiziert, sondern als andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer. Die geänderte Bilanzierung sieht vor, dass diese Aufstockungsleistungen nicht mehr einmalig und sofort in voller Höhe ergebniswirksam erfasst, sondern anteilig über einen bestimmten Zeitraum angesammelt werden. Ferner ist das bisherige Wahlrecht bei der Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste weggefallen. Der novellierte Standard schreibt für unerwartete Schwankungen der Pensionsverpflichtungen sowie etwaiger Planvermögensbestände (sog. versicherungsmathematische Gewinne und Verluste) künftig die unmittelbare Erfassung im sonstigen Ergebnis vor. Die weiteren Änderungen des Standards betreffen unter anderem die Verzinsung etwaiger Planvermögen, die Klassifizierung in Bezug auf die Fristigkeit sowie die Erweiterung der Anhangangaben. Der geänderte Standard ist für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen.

Durch die Neuregelungen im IAS 19 hat sich die Bilanzierung von Altersteilzeitverpflichtungen der MAINOVA geändert. Die ratierliche Ansammlung der Aufstockungsbeträge durch den Arbeitgeber hat zu einem erfolgsneutralen Rückgang der Rückstellung für Altersteilzeit geführt. Aufgrund der vorgeschriebenen retrospektiven Anwendung wurden die Saldovorräte angepasst. Der Wegfall des Wahlrechts bezüglich der bilanziellen Abbildung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste hatte keine Auswirkungen auf die Bilanzierung der Pensionsverpflichtungen der MAINOVA, da diese bereits in der Vergangenheit vollständig und periodengerecht im Eigenkapital erfasst wurden.

Änderung IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“

Der neue Standard präzisiert die Definition und regelt die einheitliche und konsistente Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts, sofern dessen Verwendung durch einen anderen Standard vorgeschrieben wird oder zulässig ist. Der Standard tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2013 beginnen, und ist prospektiv anzuwenden. Die Änderungen betreffen bei MAINOVA insbesondere die Bewertung der derivativen Finanzinstrumente im Bereich des Energiebezugs und der Zinssicherungsgeschäfte. Die Höhe der sich daraus ergebenden Anpassungen war zum Stichtag von untergeordneter Bedeutung.

Änderung IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ und IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“

Mit den Ergänzungen zu IFRS 7 und IAS 32 wurden Details in Bezug auf die Saldierung von Finanzaktiva mit -passiva klargestellt und die Angaben ergänzt. Diese Ergänzungen sind für Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2013 (IFRS 7) bzw. 1. Januar 2014 (IAS 32) beginnen. Wir verweisen hierzu auf Abschnitt 7.

Die nachfolgenden Standardänderungen hatten keine Auswirkungen auf den Jahresabschluss der MAINOVA:

Änderung IAS 12 „Ertragsteuern“

Die Änderung betrifft die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien. Für diese Vermögenswerte sind latente Steuern grundsätzlich auf Basis der steuerlichen Konsequenzen einer Veräußerung zu bilanzieren, soweit nicht ein eindeutiger Nachweis erbracht werden kann, dass der Buchwert dieser Vermögenswerte vollständig durch Nutzung realisiert wird.

Sammelstandard zur Änderung verschiedener IFRS

Das IASB überarbeitet in einem jährlichen Verbesserungsprozess („Annual Improvements Projects“) bestehende Standards. Diese Änderungen werden durch das IASB als kleine, nicht dringliche, aber notwendige Änderungen angesehen, die den Inhalt der Vorschriften konkretisieren, erläutern und unbeabsichtigte Inkonsistenzen zwischen den Abschlüssen beseitigen sollen. Das Ergebnis des Verbesserungsprozesses wird in einem Gesamtstandard zusammengefasst. Am 17. Mai 2012 veröffentlichte das IASB den letzten Sammelstandard „Verbesserungen an den IFRS 2009–2011“ (Annual Improvements), wodurch fünf Standards geändert wurden. Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

IAS 1 Darstellung des Abschlusses – Klarstellung zu Angaben von Vorjahresvergleichsinformationen; Zielsetzung der Rechnungslegung;

IAS 16 Sachanlagen – Regelung zur Klassifizierung von Wartungsgeräten;

IAS 34 Zwischenberichterstattung – Klarstellung im Hinblick auf Segmentangaben für das Gesamtvermögen und Schulden im Rahmen der Zwischenberichterstattung;

IFRS 1 Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards – erneute Anwendung von IFRS 1; Fremdkapitalkosten in Bezug auf qualifizierte Vermögenswerte, bei denen der Aktivierungszeitpunkt vor dem Übergang auf IFRS liegt.

Sonstige Bilanzierungsänderungen

Die nachfolgend aufgeführten Bilanzierungsänderungen wurden zum Zwecke einer transparenteren Darstellung des Konzernabschlusses vorgenommen. Lediglich bei der Anpassung des Minderheitenanteils am Eigenkapital, der geänderten Darstellung der Kapitalflussrechnung und der Anpassung der Anhangangabe zur Fälligkeitsanalyse handelt es sich um Fehlerkorrekturen.

Änderung der Bilanzierung regulatorischer Verbindlichkeiten

Im regulierten Netzgeschäft für Strom und Gas werden die von dem Netzbetreiber erzielbaren Erlöse durch die Regulierungsbehörde in Form einer Erlösobergrenze vorgegeben. Weichen die tatsächlichen Erlöse von den genehmigten Erlösen ab, so werden diese Über- bzw. Unterdeckungen in den Folgejahren über Preissenkungen bzw. Preiserhöhungen an die Kunden weitergegeben. In Vorjahren haben wir hierfür gemäß IAS 37 keine bilanziellen Abgrenzungen vorgenommen. Seit dem Geschäftsjahr 2013 haben wir die Vorgehensweise dahingehend geändert, dass wir bei vereinnahmten Erlösen aus Netzentgelten, die über den genehmigten Erlösen der Periode liegen, auf Basis des IAS 18 einen umsatzkürzenden passivischen Abgrenzungsposten bilden. Das Vorjahr wurde entsprechend angepasst.

Ausweisänderung der geleisteten Anzahlungen

Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen wurden von den sonstigen Vermögenswerten in die immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen umgegliedert.

Korrektur des Minderheitenanteils am Eigenkapital

Im Vorjahr wurde den Minderheiten bei einem Tochterunternehmen ein zu hoher Anteil am Eigenkapital und Jahresergebnis zugewiesen. Im aktuellen Jahr wurde eine Anpassung vorgenommen.

Änderung der Segmentzuordnung der Beteiligungen im Erzeugungssegment

Die Beteiligungsergebnisse der Erzeugungsbeteiligungen werden seit dem Geschäftsjahr 2013 im Segment Beteiligungen ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

Korrektur der Kapitalflussrechnung

Cash-Pooling-Guthaben oder Verbindlichkeiten werden nicht mehr dem Finanzmittelfonds zugeordnet, sondern der Investitionstätigkeit. Ferner wurden die Baukostenzuschüsse der laufenden Geschäftstätigkeit anstelle der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Änderung der Anhangangabe zur Fälligkeitsanalyse finanzieller Verbindlichkeiten

Die Angabe zur Fälligkeitsanalyse finanzieller Verbindlichkeiten wurde hinsichtlich der Zahlungsströme von Strom- und Gasforwards angepasst. Im Jahr 2012 wurden die negativen undiskontierten Marktwerte angegeben. Da es bei den Forwards allerdings zu einem Zahlungsabfluss in Höhe des Nominalbetrags kommt, werden seit dem Jahr 2013 die Nominalbeträge angegeben. Die Vorjahreszahl wurde entsprechend angepasst.

Änderung der latenten Steuern

Die geänderte Bilanzierung regulatorischer Verbindlichkeiten und die Anpassungen nach IAS 19 führten zu einer Anpassung der latenten Steuerschulden und des latenten Steueraufwands des Vorjahres.

Auswirkungen der Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Alle Änderungen wurden retrospektiv angepasst und stellen sich wie folgt dar:

Bilanz

31.12.2012						
TSD. €	VOR ANPASSUNGEN	ANPASSUNG IAS 19	BILANZIERUNGS- ÄNDERUNG REGULATORI- SCHE VERBIND- LICHKEITEN	KORREKTUR DES MINDERHEITEN- ANTEILS	GELEISTETE ANZAHLUNGEN	NACH ANPASSUNGEN
Langfristige Vermögenswerte						
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	1.230.737	–	–	–	1.395	1.232.132
Kurzfristige Vermögenswerte						
Sonstige Vermögenswerte	172.009	–	–	–	–1.395	170.614
Eigenkapital						
Gewinnrücklagen	582.585	1.116	–808	3.432	–	586.325
Langfristige Schulden						
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	30.753	–	93	–	–	30.846
Andere langfristige Rückstellungen	98.474	–1.611	–	–	–	96.863
Latente Steuerschulden	117.549	495	–358	–	–	117.686
Kurzfristige Schulden						
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	251.936	–	1.073	–	–	253.009

T 11

01.01.2012						
TSD. €	VOR ANPASSUNGEN	ANPASSUNG IAS 19	BILANZIERUNGS- ÄNDERUNG REGULATORI- SCHE VERBIND- LICHKEITEN	KORREKTUR DES MINDER- HEITEN-AN- TEILS	GELEISTETE AN- ZAHLUNGEN	NACH ANPASSUNGEN
Langfristige Vermögenswerte						
Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	1.122.146	–	–	–	2.312	1.124.458
Kurzfristige Vermögenswerte						
Sonstige Vermögenswerte	214.006	–	–	–	–2.312	211.694
Eigenkapital						
Gewinnrücklagen	585.956	2.064	–17.679	2.171	–	572.512
Langfristige Schulden						
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	18.834	–	160	–	–	18.994
Andere langfristige Rückstellungen	92.663	–2.978	–	–	–	89.685
Latente Steuerschulden	137.689	914	–7.832	–	–	130.771
Kurzfristige Schulden						
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	241.564	–	25.351	–	–	266.915

Gewinn- und Verlustrechnung

T 12

JANUAR BIS DEZEMBER 2012						
TSD. €	VOR ANPASSUNGEN	ANPASSUNG IAS 19	BILANZIERUNGS- ÄNDERUNG REGULATORI- SCHE VERBIND- LICHKEITEN	KORREKTUR DES MINDER- HEITEN- ANTEILS	NACH ANPASSUNGEN	
Ergebnis vor Ertragsteuern	96.612	–1.367	24.345	–	119.590	
Ergebnis nach Ertragsteuern	79.935	–948	16.871	–	95.858	
Nicht beherrschenden Anteilen zurechenbares Jahresergebnis	1.277	–	–	–1.261	16	
Gesellschaftern der Mainova AG zurechenbares Jahresergebnis	78.658	–948	16.871	1.261	95.842	
Umsatzerlöse	1.983.879	–	25.276	–	2.009.155	
Personalaufwand	201.167	1.457	–	–	202.624	
Finanzaufwendungen	36.697	–90	931	–	37.538	
Ertragsteuern	16.677	–419	7.474	–	23.732	

In 2013 würden sich aus der Bilanzierungsänderung regulatorischer Verbindlichkeiten und aus den Anpassungen nach IAS 19 keine wesentlichen Änderungen ergeben.

Aufgrund der Änderungen gem. IAS 8 erhöhte sich das Ergebnis je Aktie zum 31. Dezember 2012 von 18,81 Euro auf 22,92 Euro und das Gesamtergebnis der Periode von 48,9 Mio. Euro auf 64,8 Mio. Euro. Das den nicht beherrschenden Gesellschaftern zurechenbare Ergebnis verminderte sich hingegen von 2,5 Mio. Euro auf –0,2 Mio. Euro.

Durch die geänderte Kapitalflussrechnung des Jahres 2012 haben sich die Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit von 104,4 Mio. Euro auf 132,4 Mio. Euro und die Cashflows aus Investitionstätigkeit von –194,1 Mio. Euro auf –143,8 Mio. Euro erhöht. Vermindert haben sich die Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit, die von 8,1 Mio. Euro auf –21,4 Mio. Euro gesunken sind. Der Finanzmittelfonds hat sich von 147,4 Mio. Euro auf 6,1 Mio. Euro vermindert.

Neue Standards und Interpretationen

Das IASB und das IFRS IC haben folgende Standards und Interpretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2013 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Diese Standards und Interpretationen wurden im Konzernabschluss noch nicht vorzeitig angewendet.

Folgende Standards wurden von der EU übernommen, sind jedoch für das aktuelle Jahr noch nicht verpflichtend anzuwenden:

IFRS 10 „Konzernabschlüsse“

Ziel des Standards ist es, ein einheitliches und für alle Unternehmen anwendbares Beherrschungskonzept festzulegen und die hiermit verbundene Abgrenzung des Konsolidierungskreises zu schaffen. Der neue Standard ersetzt die geltenden Konsolidierungsregelungen des IAS 27 und SIC 12 und tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“

Mit dem Standard soll die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen gegenüber dem IAS 31 konsistenter und vergleichbarer geregelt werden. Zukünftig ist zwischen „joint operations“ und „joint ventures“ zu unterscheiden. Bei „joint operations“ ist die anteilmäßige Konsolidierung, bei „joint ventures“ die Equity-Methode anzuwenden. Der neue Standard ersetzt die für die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen bisher einschlägigen Vorschriften IAS 31 und SIC 13 und tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

IFRS 12 „Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen“

Der Standard regelt die Angabepflichten für Tochterunternehmen, Joint Ventures, assoziierte Unternehmen und strukturierte Unternehmen, sofern diese nicht in den Anwendungsbereich von IFRS 7 fallen. Der Standard tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

Änderung IAS 27 „Einzelabschlüsse“ (überarbeitet 2011)

Mit der Verabschiedung von IFRS 10 und IFRS 12 beschränkt sich der Anwendungsbereich von IAS 27 allein auf die Bilanzierung von Tochterunternehmen, gemeinschaftlich geführten und assoziierten Unternehmen in separaten Einzelabschlüssen eines Unternehmens. Der Konzern stellt einen solchen Einzelabschluss nicht auf.

Änderung IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“

Durch die Standardänderung wurde der Anwendungsbereich ausgedehnt und umfasst neben den Anteilen an assoziierten Unternehmen nun auch die Anteile an Gemeinschaftsunternehmen. Diese sind zukünftig zwingend nach der Equity-Methode zu bilanzieren.

Änderung IAS 36 „Wertminderung von Vermögenswerten“

Die Änderungen betreffen die Pflichtangabe des erzielbaren Betrags sowie Angaben bei Wertminderungen. Danach sind Angaben über den erzielbaren Betrag, wenn dieser Betrag auf dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten basiert, nur für in der aktuellen Periode wertgeminderte Vermögenswerte oder zahlungsmittelgenerierende Einheiten zu machen. Die Änderungen sind für Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 31. Dezember 2013 beginnen.

Änderung IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“

Durch die Änderung führt eine Novation eines Sicherungsinstruments auf eine zentrale Gegenpartei aufgrund gesetzlicher Anforderungen unter bestimmten Voraussetzungen nicht zur Auflösung einer Sicherungsbeziehung. Die Änderungen treten für Berichtsjahre in Kraft, die am oder nach dem 31. Dezember 2013 beginnen.

Änderung IFRS 10, IFRS 11, IFRS 12 und IAS 27

Die Änderungen betreffen zum einen die Übergangsvorschriften von IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 und beinhalten neben der Klarstellung der Übergangsvorschriften zusätzliche Erleichterungen beim Übergang auf die genannten IFRS. So werden angepasste Vergleichsinformationen lediglich für die vorhergehende Periode verlangt. Ferner entfällt im Zusammenhang mit Anhangangaben zu nicht kon-

solidierten strukturierten Unternehmen die Pflicht zur Angabe von Vergleichsinformationen für Perioden, die vor der Erstanwendung von IFRS 12 liegen. Ferner wurden Änderungen an IFRS 10, 12 und IAS 27 zu Investmentgesellschaften veröffentlicht. Durch die Änderungen an IFRS 10 soll dem Geschäftsmodell von Investmentgesellschaften besser Rechnung getragen werden. Die Änderungen sind spätestens mit Beginn des ersten am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnenden Geschäftsjahres anzuwenden.

Folgende IASB-Veröffentlichungen wurden von der EU noch nicht übernommen:

Änderung IAS 19 (2011) „Leistungen an Arbeitnehmer“

Die Änderungen an dem novellierten IAS 19 (2011) enthalten eine Klarstellung zu der Frage, wie Unternehmen Beiträge zu leistungsorientierten Plänen zu erfassen haben, die Mitarbeiter oder Dritte entrichten. Unter bestimmten Voraussetzungen soll künftig für Unternehmen die Möglichkeit und nicht die Verpflichtung bestehen, die Beiträge als Minderung des Dienstzeitaufwands in der Periode zu erfassen, in der die Arbeitsleistung erbracht wird. Die Änderungen sind rückwirkend anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen.

Änderung IFRS 9 „Finanzinstrumente“

Am 19. November 2013 hat das IASB im Rahmen der Überarbeitung des IFRS 9 Phase 3 finalisiert und das neue Kapitel zum Hedge Accounting bekannt gegeben. Die neuen Regelungen zum Hedge Accounting ersetzen die entsprechenden Regelungen in IAS 39. Zudem wurde die Möglichkeit eröffnet, den ergebnisneutralen Ausweis von bonitätsbedingten Fair Value-Änderungen für Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, vorzeitig umzusetzen, ohne die vollständigen Regelungen von IFRS 9 anzuwenden. Der Standard tritt voraussichtlich für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2015 beginnen.

Änderung IFRS 9 „Finanzinstrumente“

Der veröffentlichte Standard ist das Ergebnis der ersten Phase (Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten) des dreistufigen Projekts zur Ablösung des IAS 39 „Finanzinstrumente“. Die Änderung vom 16. Dezember 2011 betraf den Verzicht auf die Anpassung der Vorjahreszahlen bei Erstanwendung sowie die mit dieser Erleichterung einhergehenden zusätzlichen Anhangangaben nach IFRS 7 im Übergangszeitpunkt.

Sammelstandards zur Änderung verschiedener IFRS

Am 12. Dezember 2013 veröffentlichte das IASB die letzten Sammelstandards „Verbesserungen an den IFRS 2010–2012“ und „Verbesserungen an den IFRS 2011–2013“ (Annual Improvements). Die Änderungen betreffen im Einzelnen:

IFRS 1 Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards – Klarstellung zur Definition „alle IFRS, die am Ende der Berichtsperiode gelten“;

IFRS 2 Anteilbasierte Vergütung – Klarstellung zur Definition „Ausübungsbedingungen“;

IFRS 3 Unternehmenszusammenschlüsse – Klarstellung zur Bilanzierung bedingter Kaufpreiszahlungen bei Unternehmenserwerben; Klarstellung zur Ausnahme vom Anwendungsbereich für Gemeinschaftsunternehmen;

IFRS 8 Geschäftssegmente – Klarstellung zu Anhangangaben in Bezug auf die Zusammenfassung von Geschäftssegmenten und zur Überleitungsrechnung vom Segmentvermögen zum Konzernvermögen;

IFRS 13 Bemessung des beizulegenden Zeitwerts – Klarstellung zum Unterlassen der Abzinsung von kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten; Klarstellung zum Anwendungsbereich der sog. portfolio exception;

IAS 16 Sachanlagen / IAS 38 Immaterielle Vermögenswerte – Klarstellung zur proportionalen Anpassung der kumulierten Abschreibungen bei Verwendung der Neubewertungsmethode;

IAS 24 Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen – Klarstellung zur Definition von „nahestehenden Unternehmen“ und deren Einfluss auf die Auslegung des Begriffs „Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen“;

IAS 32 Finanzinstrumente: Darstellung – Bilanzierung von Steuereffekten bei Ausschüttungen an Eigenkapitalgeber und bei Transaktionskosten einer Eigenkapitaltransaktion im Einklang mit IAS 12 Ertragsteuern;

IAS 40 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien – Klarstellung, dass zur Beurteilung, ob der Erwerb von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien einen Unternehmenszusammenschluss darstellt, die Regelungen von IFRS 3 maßgeblich sind.

Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen.

Nach den aktuellen Erkenntnissen wird MAINOVA nur unwesentlich von diesen Änderungen betroffen sein.

3. Konsolidierungsgrundsätze

Die in die Konsolidierung einbezogenen Abschlüsse der Tochterunternehmen sowie die Abschlüsse der nach der Equity-Methode bilanzierten assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen wurden einheitlich nach den bei MAINOVA geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung für die Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode zum Erwerbszeitpunkt. Dabei werden die Anschaffungskosten für Anteile an Tochterunternehmen den Zeitwerten der erworbenen Vermögenswerte und Schulden gegenübergestellt. Sich ergebende Unterschiedsbeträge werden den Vermögenswerten und Schulden der einbezogenen Unternehmen zugeordnet. Der den Zeitwert der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden übersteigende Unterschiedsbetrag wird als Geschäftswert aktiviert. Negative Unterschiedsbeträge werden gemäß IFRS 3 nach erneuter Beurteilung der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten sofort erfolgswirksam erfasst. Die Anteile nicht beherrschender Gesellschafter werden nach der Neubewertungsmethode bewertet. Die mit einem Unternehmenszusammenschluss verbundenen Kosten werden als Aufwand in der Periode erfasst, in der sie angefallen sind. Diese Konsolidierungsgrundsätze gelten analog für die nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen.

Forderungen, Verbindlichkeiten und Rückstellungen zwischen vollkonsolidierten Unternehmen werden aufgerechnet. Konzerninterne Erträge werden mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet. Zwischenergebnisse werden eliminiert, sofern sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Steuerabgrenzungen werden vorgenommen.

4. Konsolidierungskreis und Änderungen des Konsolidierungskreises

Konsolidierungskreis

Nach der Vollkonsolidierungsmethode werden alle Mehrheitsbeteiligungen (Tochterunternehmen) der MAINOVA in den Konzernabschluss einbezogen, auf deren Finanz- und Geschäftspolitik ein beherrschender Einfluss ausgeübt werden kann.

Die Konsolidierung nach der Equity-Methode kommt bei assoziierten Unternehmen zur Anwendung, wenn ein maßgeblicher Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik des assoziierten Unternehmens vorliegt. Ferner werden Anteile an Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) nach der Equity-Methode bewertet.

Dem Anhang ist eine Liste über den Konsolidierungskreis und den Anteilsbesitz beigefügt, die alle wesentlichen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen der IFRS (Umsatz, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

Der Konsolidierungskreis entwickelte sich wie folgt:

T 13				
	01.01.2013	ZUGÄNGE	ABGÄNGE	31.12.2013
Vollkonsolidierte Unternehmen	18	7	–	25
Assoziierte Unternehmen (Equity-Methode)	16	1	–	17
Gemeinschaftsunternehmen (Equity-Methode)	5	2	–	7
T 14				
	01.01.2012	ZUGÄNGE	ABGÄNGE	31.12.2012
Vollkonsolidierte Unternehmen	15	5	2	18
Assoziierte Unternehmen (Equity-Methode)	13	3	–	16
Gemeinschaftsunternehmen (Equity-Methode)	5	–	–	5

Die Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH, Gasversorgung Offenbach GmbH sowie die Ohra Energie GmbH haben als abweichenden Stichtag den 30. September und wurden mit den Abschlüssen zu diesem abweichenden Stichtag einbezogen.

Die Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI) wird trotz eines Anteilsbesitzes von unter 20 % (die Beteiligung der MAINOVA beträgt 15,6 %) als assoziiertes Unternehmen nach der Equity-Methode bewertet, da der MAINOVA durch den Gesellschaftsvertrag maßgeblicher Einfluss eingeräumt wird. Bei sämtlichen wichtigen geschäftspolitischen Entscheidungen (z. B. Investitionen, Aufnahme von Krediten, Abschluss oder Änderung von Verträgen sowie Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern) ist die Einstimmigkeit der Gesellschafter erforderlich.

Änderungen des Konsolidierungskreises

Der Kreis der verbundenen Unternehmen wurde 2013 um die nachfolgend aufgeführten sieben Tochterunternehmen, davon sechs Photovoltaikparks und ein im Aufbau befindlicher Windpark, erweitert:

T 15			
	ANTEIL AM KAPITAL %	EIGENKAPITAL TSD. €	ERGEBNIS NACH STEUERN TSD. €
Erwerb			
Mainova PV_Park 2 GmbH & Co. KG	100,00	1.229	27
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	100,00	1.932	51
Mainova PV_Park 4 GmbH & Co. KG	100,00	2.119	56
Mainova PV_Park 5 GmbH & Co. KG	100,00	2.574	73
Mainova PV_Park 6 GmbH & Co. KG	100,00	2.892	53
Mainova PV_Park 7 GmbH & Co. KG	100,00	561	6
Ferme Eolienne de Migé SARL	100,00	–90	–90

Durch den Erwerb von Solar- und Windparks haben wir unsere Strategie, den Anteil der erneuerbaren Energien im Erzeugungsmix zu erhöhen, konsequent weiterverfolgt.

Der Ergebnisbeitrag der Gesellschaften ist von untergeordneter Bedeutung für den Konzernabschluss. Die Photovoltaikparks wurden zum Erwerbszeitpunkt 19. Februar 2013 zu einem Kaufpreis in Höhe von 11,8 Mio. Euro erworben. Im Rahmen des Erwerbs wurden stille Reserven in Höhe von 0,8 Mio. Euro aufgedeckt. Aus dem Erwerb der Gesellschaft Ferme Eolienne de Migé SARL, die zum 6. Juni 2013 erworben wurde, ergibt sich kein Geschäfts- oder Firmenwert, da sie zum beizulegenden Zeitwert des Nettovermögens übernommen wurde.

Die MAINOVA PV_Park 1 GmbH & Co. KG wurde 2012 zu einem vorläufig festgelegten Kaufpreis in Höhe von 6,8 Mio. Euro erworben. Grundlage für die Ermittlung des Kaufpreises war eine Unternehmensbewertung. Die Kaufpreisallokation war im Jahresabschluss 2012 nur vorläufig, da der Abschluss zum 31. Dezember 2012, der Basis für die Transaktion ist, noch nicht abschließend erstellt war. Im Jahr 2013 wurde der Kaufpreis endgültig festgelegt. Der Geschäfts- oder Firmenwert wurde dadurch um 0,1 Mio. Euro auf nun 0,3 Mio. Euro herabgesetzt.

Die identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden der erworbenen Gesellschaften zum Erwerbszeitpunkt werden in der unten stehenden Tabelle dargestellt:

T 16	
TSD. €	BEI ERSTKON- SOLIDIERUNG ANGESETZT
Sachanlagen	50.212
Vorräte, Forderungen, sonstige Vermögenswerte	1.120
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	3.397
Rückstellungen	340
Verbindlichkeiten	42.570
Beizulegender Zeitwert des Nettovermögens	11.819
Geschäfts- oder Firmenwert	–

Die Erlöse der sieben erworbenen Unternehmen belaufen sich im Geschäftsjahr auf 4,8 Mio. Euro, der Ergebnisbeitrag nach Ertragsteuern beläuft sich auf 0,2 Mio. Euro. Die Ergebnisbeiträge der erworbenen Gesellschaften stehen dem Konzern ab 1. Januar 2013 zu und sind deshalb in voller Höhe in den Konzernabschluss einbezogen worden.

Sämtliche Kaufpreisverpflichtungen wurden in bar beglichen.

Im Bereich der Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen wurden die eserv GmbH & Co. KG und die eserv Verwaltungsgesellschaft mbH sowie die ABO Wind WP Kirchhain GmbH & Co. KG als neue Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen.

5. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

T 17		
TSD. €	2013	2012
Stromverkauf	1.055.421	851.794
Stromsteuer	–91.429	–81.153
	963.992	770.641
Erlös Stromhandel	221.876	238.072
Gasverkauf	697.115	647.421
Erdgassteuer	–52.489	–48.670
	644.626	598.751
Wärme-, Dampf- und Kälteverkauf	142.893	125.088
Netzentgelte	90.340	118.329
Wasserverkauf	70.128	64.831
Materialverkauf, Installationen und sonstige Leistungen	77.306	93.443
	2.211.161	2.009.155

(2) Sonstige betriebliche Erträge

T 18		
TSD. €	2013	2012
Erträge aus Anlagenabgängen	21.017	673
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	20.274	36.799
Konzessionsabgabe	5.940	3.383
Mahnerträge	3.539	3.254
Erträge aus Schadensersatz	1.423	1.807
Erträge aus Mieten und Pachten	1.238	1.340
Übrige Erträge	34.209	33.106
	87.640	80.362

(3) Materialaufwand

T 19		
TSD. €	2013	2012
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.712.819	1.512.544
Aufwendungen für bezogene Leistungen	54.163	75.135
	1.766.982	1.587.679

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betreffen überwiegend den Gas-, Strom-, Wärme- und Wasserbezug, die Kosten für den Primärenergieeinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen entfallen im Wesentlichen auf von Dritten erbrachte Bauleistungen sowie Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen für Verteilungs- und Erzeugungsanlagen.

(4) Personalaufwand

T 20		
TSD. €	2013	2012
Löhne und Gehälter	160.883	160.167
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	28.672	28.721
Aufwendungen für Altersversorgung	12.423	13.736
	201.978	202.624

(5) Abschreibungen und Wertminderungen

Es wird auf die Ausführungen zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen in Abschnitt 6 (11) verwiesen. Im Geschäftsjahr 2013 haben die Werthaltigkeitstests wie im Vorjahr zu keinen Wertminderungen geführt.

(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

T 21		
TSD. €	2013	2012
Konzessionsabgabe	50.680	52.367
Zuführungen zu Rückstellungen	42.689	53.651
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	22.148	25.684
Mieten, Pachten, Gebühren	8.112	5.479
Wertminderungen auf Forderungen	7.317	5.137
Gutachten und Beratung	6.336	8.904
Verluste aus Anlageabgängen	4.766	1.245
Werbekosten	4.575	4.637
Sonstige Steuern	3.867	3.636
Versicherungen	3.230	2.374
Aus- und Fortbildungskosten	3.207	3.706
Prüfungs-, Gerichts- und Notarkosten	1.340	2.789
Übrige Aufwendungen	25.306	20.714
	183.573	190.323

Die Aufwendungen aus Operating-Leasingverträgen betragen im Geschäftsjahr 2013 7,4 Mio. Euro (Vorjahr 4,7 Mio. Euro).

Die übrigen Aufwendungen enthalten eine Vielzahl von Einzelsachverhalten.

(7) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen

Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

T 22		
TSD. €	2013	2012
Planmäßige Fortschreibung	82.844	88.359
Wertaufholungen	–	26.627
Wertminderungen	1.400	21.994
	81.444	92.992

Bezüglich der Wertaufholungen und Wertminderungen verweisen wir auf Abschnitt 2.

(8) Finanzerträge

T 23		
TSD. €	2013	2012
Zinserträge aus Leasing	7.103	7.484
Erträge aus Ausleihungen	745	762
Erträge aus Beteiligungen	155	1.345
Zinserträge aus Geldanlagen	35	709
Sonstige finanzielle Erträge	1.432	787
Sonstige nicht finanzielle Erträge	299	11
	9.769	11.098

(9) Finanzaufwendungen

T 24		
TSD. €	2013	2012
Zinsaufwand Fremddarlehen	27.739	24.337
Wertminderungen auf Beteiligungen	5.089	–
Zinsaufwand Pensionsverpflichtungen	1.696	1.790
Aufzinsung langfristige Rückstellungen	58	6.724
Sonstige finanzielle Aufwendungen	3.810	4.515
Sonstige nicht finanzielle Aufwendungen	165	172
	38.557	37.538

Unter den sonstigen finanziellen Aufwendungen werden überwiegend Avalprovisionen ausgewiesen.

(10) Ertragsteuern

T 25		
TSD. €	2013	2012
Tatsächliche Ertragsteuern	32.035	26.959
Latente Steuern	–11.441	–3.227
	20.594	23.732

Der laufende Steueraufwand und -ertrag teilt sich wie folgt auf:

T 26		
TSD. €	2013	2012
Laufender Steueraufwand	32.035	26.959
Steueraufwand für das laufende Jahr	32.213	26.726
Periodenfremder laufender Steueraufwand /-ertrag	–120	290
Minderung des laufenden Steueraufwands aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	–58	–57
Laufender Steuerertrag	–11.441	–3.227
Latente Steuern aus temporären Bewertungsunterschieden	–2.904	–14.102
Latente Steuern aufgrund des nachträglichen Ansatzes bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	–4.742	39
Latenter Steueraufwand aufgrund der Abwertung eines latenten Steueranspruchs aus Vorperioden	–	11.262
Periodenfremder latenter Steuerertrag	–3.795	–426
Steueraufwand	20.594	23.732

Aufgrund des am 29. August 2001 geschlossenen Gewinnabführungsvertrags ist MAINOVA verpflichtet, ihren gesamten Gewinn an die SWFH abzuführen. Dies hat nach geltendem Steuerrecht zur Folge, dass MAINOVA einen entstehenden Gewinn nur insoweit der Körperschaftsteuer unterwerfen muss, als dieser für Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre verwendet wird (§ 16 KStG). Der Gewerbeertrag wird bei MAINOVA unabhängig von der Leistung von Ausgleichszahlungen keiner Gewerbesteuer unterworfen.

MAINOVA verpflichtet sich mit dem 2004 abgeschlossenen Steuerumlagevertrag, den entstehenden Steuervorteil der SWFH im Wege einer Steuerumlage zuzuführen. Die Steuerumlagen werden nach der sogenannten Belastungsmethode (Stand-alone-Methode) entsprechend der hypothetischen Steuerbelastung der MAINOVA unter Berücksichtigung der bei MAINOVA direkt anfallenden Steuerbelastung (zurzeit Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag auf die Ausgleichszahlung an außenstehende Aktionäre) errechnet, als ob MAINOVA selbstständig zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer herangezogen würde.

Die Organgesellschaft (MAINOVA AG) hat ihr Einkommen in Höhe von 20/17 der geleisteten Ausgleichszahlungen an außenstehende Aktionäre selbst zu versteuern.

Die tatsächlichen Steuern enthalten im Wesentlichen Steuerumlagen für 2013 an die SWFH für Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag in Höhe von 14,0 Mio. Euro und Gewerbesteuer in Höhe von 15,7 Mio. Euro sowie die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag für die Ausgleichszahlung in Höhe von 2,4 Mio. Euro.

Der Steuersatz des Mutterunternehmens MAINOVA AG beträgt wie im Vorjahr 30,7 %.

Bei den in den Konzernabschluss einzubeziehenden Gesellschaften NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM), MAINOVA EnergieDienste GmbH (MED), MAINOVA ServiceDienste Gesellschaft mbH, SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH, Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH (BKF) und Energieversorgung Main-Spessart GmbH fallen aufgrund der ertragsteuerlichen Organschaft mit der MAINOVA AG keine laufenden Steuern an. Aufgrund der Verlustvorträge der Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH (EWT) sowie der MAINOVA Beteiligungsgesellschaft mbH entsteht im

Geschäftsjahr keine Steuerschuld. Kein laufender Steueraufwand entsteht ferner bei der HMD aufgrund der Organschaft mit der MED, die als Tochtergesellschaft der MAINOVA AG in den Konzernabschluss einbezogen wird.

Im Berichtsjahr wurden bisher nicht aktivierte steuerliche Verlustvorträge von 0,5 Mio. Euro genutzt.

Die Überleitung vom erwarteten Ertragsteueraufwand zum tatsächlichen Ertragsteueraufwand wird nachfolgend dargestellt:

T 27		
TSD. €	2013	2012
Ergebnis vor Ertragsteuern	136.643	119.590
Steuersatz	30,70 %	30,70 %
Erwarteter Ertragsteueraufwand	41.949	36.714
Steuereffekte durch:		
Erträge aus nach der Equity-Methode bilanzierten Beteiligungen	–24.369	–27.850
Steuerfreie Teilwertabschreibung auf at Cost-Beteiligung	1.562	–
Steuersatzeffekte aus Nicht-Organgesellschaften und Personengesellschaften	41	273
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	4.595	4.810
Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Kürzungen	267	105
Veränderung nicht bewerteter Verlustvorträge	–532	11.243
Steuerfreie Dividenden	51	240
Periodenfremde Steuern	–4.036	–136
Sonstige permanente Differenzen	430	–39
Sonstiges	636	–1.628
Tatsächlicher Ertragsteueraufwand	20.594	23.732
Tatsächlicher Konzernertragsteuersatz	15,07 %	19,84 %

Bei den steuerfreien Erträgen aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen wurde der Saldo aus Fortschreibungen abzüglich Wertminderungen zu 95 % (Kapitalgesellschaften) bzw. zu 100 % (Personengesellschaften für die Gewerbesteuer) unter Berücksichtigung der jeweils anzuwendenden Steuersätze angesetzt.

Bei den steuerfreien Dividenden handelt es sich um Ausschüttungen von sonstigen Beteiligungen, die nicht in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Diese sind laut § 8b KStG steuerfrei.

Die periodenfremden Steuern enthalten den Ertrag aus der Anpassung des steuerlichen Ausgleichspostens in Höhe von –3,8 Mio. Euro (Vorjahr –0,4 Mio. Euro). Darüber hinaus ist ein tatsächlicher Steueraufwand in Höhe von –0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,3 Mio. Euro) enthalten.

6. Erläuterungen zur Bilanz

(11) Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten der immateriellen Vermögenswerte und des Sachanlagevermögens sowie ihre Entwicklung sind auf den folgenden Seiten dargestellt:

T 28

TSD. €	ANSCHAFFUNGS- ODER HERSTELLUNGSKOSTEN							ABSCHREIBUNGEN UND WERTMINDERUNGEN				RESTBUCHWERT		
	STAND AM 01.01.2013	ZUGÄNGE	ZUGÄNGE KONSO- LIDIERUNGSKREIS	ABGÄNGE	ABGÄNGE KONSO- LIDIERUNGSKREIS	UMBUCHUNGEN		STAND AM 01.01.2013	ZUGÄNGE	ABGÄNGE	ABGÄNGE KONSO- LIDIERUNGSKREIS	STAND AM 31.12.2013	STAND AM 31.12.2013	STAND AM 31.12.2012
Immaterielle Vermögenswerte														
Konzessionen und ähnliche Rechte	99.406	7.676	–	5.018	–	2.341	104.405	47.550	6.838	1.030	–	53.358	51.047	51.856
Geschäfts- oder Firmenwert	7.810	–	–	88	–	655	8.377	–	–	–	–	–	8.377	7.810
Geleistete Anzahlungen	632	–	–	–	–	–92	540	–	–	–	–	–	540	632
	107.848	7.676	–	5.106	–	2.904	113.322	47.550	6.838	1.030	–	53.358	59.964	60.298
Sachanlagen														
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	384.331	862	–	1.147	–	3.654	387.700	169.139	8.621	702	–	177.058	210.642	215.192
Technische Anlagen und Maschinen														
a) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	645.851	35.215	45.208	8.050	–	60.519	778.743	495.485	16.586	2.778	–	509.293	269.450	150.366
b) Verteilungsanlagen	1.856.286	35.714	–	2.200	–	11.035	1.900.835	1.184.297	35.642	2.046	–	1.217.893	682.942	671.989
	2.502.137	70.929	45.208	10.250	–	71.554	2.679.578	1.679.782	52.228	4.824	–	1.727.186	952.392	822.355
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	167.469	3.496	–	2.772	–	3.228	171.421	123.604	8.248	2.602	–	129.250	42.171	43.865
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	90.422	36.487	5.004	1.367	–	–81.340	49.206	–	–	–	–	–	49.206	90.422
	3.144.359	111.774	50.212	15.536	–	–2.904	3.287.905	1.972.525	69.097	8.128	–	2.033.494	1.254.411	1.171.834
	3.252.207	119.450	50.212	20.642	–	–	3.401.227	2.020.075	75.935	9.158	–	2.086.852	1.314.375	1.232.132

T 29

TSD. €	ANSCHAFFUNGS- ODER HERSTELLUNGSKOSTEN							ABSCHREIBUNGEN UND WERTMINDERUNGEN				RESTBUCHWERT		
	STAND AM 01.01.2012	ZUGÄNGE	ZUGÄNGE KONSO- LIDIERUNGSKREIS	ABGÄNGE	ABGÄNGE KONSO- LIDIERUNGSKREIS	UMBUCHUNGEN		STAND AM 01.01.2012	ZUGÄNGE	ABGÄNGE	ABGÄNGE KONSO- LIDIERUNGSKREIS	STAND AM 31.12.2012	STAND AM 31.12.2012	STAND AM 31.12.2011
Immaterielle Vermögenswerte														
Konzessionen und ähnliche Rechte	92.123	8.090	–	3.113	49	2.355	99.406	44.666	5.978	3.088	6	47.550	51.856	47.457
Geschäfts- oder Firmenwert	7.378	432	–	–	–	–	7.810	–	–	–	–	–	7.810	7.378
Geleistete Anzahlungen	216	416	–	–	–	–	632	–	–	–	–	–	632	216
	99.717	8.938	–	3.113	49	2.355	107.848	44.666	5.978	3.088	6	47.550	60.298	55.051
Sachanlagen														
Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	365.665	5.130	–	4.557	–	18.093	384.331	164.767	8.350	3.978	–	169.139	215.192	200.898
Technische Anlagen und Maschinen														
a) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	613.940	7.794	25.523	6.849	–	5.443	645.851	494.120	7.669	6.304	–	495.485	150.366	119.820
b) Verteilungsanlagen	1.794.317	39.771	–	1.599	–	23.797	1.856.286	1.150.018	35.815	1.536	–	1.184.297	671.989	644.299
	2.408.257	47.565	25.523	8.448	–	29.240	2.502.137	1.644.138	43.484	7.840	–	1.679.782	822.355	764.119
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	161.862	6.577	–	3.854	784	3.668	167.469	119.002	8.090	3.451	37	123.604	43.865	42.860
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	61.530	56.012	27.024	788	–	–53.356	90.422	–	–	–	–	–	90.422	61.530
	2.997.314	115.284	52.547	17.647	784	–2.355	3.144.359	1.927.907	59.924	15.269	37	1.972.525	1.171.834	1.069.407
	3.097.031	124.222	52.547	20.760	833	–	3.252.207	1.972.573	65.902	18.357	43	2.020.075	1.232.132	1.124.458

In den Zugängen der Anschaffungs- oder Herstellungskosten sind aktivierte Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,7 Mio. Euro) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden 519 Tsd. Euro (Vorjahr 167 Tsd. Euro) für technische Innovationen aufgewendet. Es wurden wie im Vorjahr keine immateriellen Vermögenswerte selbst erstellt.

Aus dem jährlich vorzunehmenden Werthaltigkeitstest für den Geschäfts- oder Firmenwert der HMD hat sich keine Wertminderung ergeben. Die Geschäftstätigkeit dieser vollkonsolidierten Gesellschaft stellt eine eigene ZGE dar. Die Berechnung ergab einen erzielbaren Betrag von 17,5 Mio. Euro.

Bei der ZGE „Kraftwerke“ wurde ein Werthaltigkeitstest durchgeführt. Der Anlass hierfür waren einerseits die Überprüfung der in Vorjahren vorgenommenen Wertminderungen, andererseits die Entwicklung der Margen für die Stromerzeugung. Die Überprüfung hat im Geschäftsjahr weder zu einer Wertminderung noch zu einer Wertaufholung geführt.

Die Grundlagen und Parameter der Werthaltigkeitstests sind in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zum Sachanlagevermögen (Abschnitt 2) dargestellt.

Bei den immateriellen Vermögenswerten sowie im Sachanlagevermögen liegen zum Bilanzstichtag keine Beschränkungen hinsichtlich der Verfügungsrechte vor.

Ferner wurden im Geschäftsjahr 2013 wie im Vorjahr keine Entschädigungen von Dritten für immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagevermögen, die wertgemindert oder außer Betrieb genommen wurden, erfasst.

(12) Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen

Die folgende Übersicht zeigt die wesentlichen Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen:

T 30				
TSD. €	ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN		GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN	
	2013	2012	2013	2012
Bilanz				
Kurzfristige Vermögenswerte	2.632.466	2.589.804	30.779	29.284
Langfristige Vermögenswerte	5.062.265	5.050.291	201.651	211.397
Kurzfristige Schulden	2.436.015	2.454.599	30.621	31.178
Langfristige Schulden	1.885.125	1.831.675	148.427	161.477
GuV				
Umsatzerlöse	9.452.632	9.052.589	79.646	73.729
Periodenergebnis	363.079	336.608	7.168	2.217

Bei den Gemeinschaftsunternehmen beziehen sich die Angaben auf die Beteiligungsquote der MAINOVA.

Für die nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen bestehen keine öffentlich verfügbaren Preisnotierungen. Diese Unternehmen unterliegen keinen wesentlichen Beschränkungen hinsichtlich der Möglichkeit, Zahlungsmittel an die Eigentümer zu transferieren.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung des Buchwerts der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen:

T 31		
TSD. €	2013	2012
Anfangsbestand 01.01.	786.834	749.389
Jahresergebnisse	82.844	88.359
Aufwand aus Wertminderungen	–1.400	–21.994
Ertrag aus Wertaufholungen	–	26.627
Dividenden	–66.702	–60.146
Zugänge	2.713	10.229
Abgänge	–2.964	–2.652
Im Eigenkapital erfasste erfolgsneutrale Wertänderungen	3.031	–2.978
Endbestand 31.12.	804.356	786.834

(13) Langfristige sonstige finanzielle Vermögenswerte sowie sonstige Vermögenswerte

In den nachfolgenden Tabellen werden die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte aufgeschlüsselt:

T 32						
TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT
Forderungen aus Finanzierungsleasing	68.848	4.779	73.627	73.627	4.410	78.037
Sonstige Beteiligungen	24.763	–	24.763	29.699	–	29.699
Ausleihungen an Beteiligungen	13.917	–	13.917	12.494	–	12.494
Derivative Finanzinstrumente	4.208	5.155	9.363	256	3.197	3.453
Sonstige Ausleihungen	3.314	–	3.314	3.215	–	3.215
Forderungen aus Cash Pooling gegen den Stadtwerke-Konzern	–	166.505	166.505	–	123.464	123.464
Übrige finanzielle Vermögenswerte	58	16.906	16.964	57	31.674	31.731
Übrige nicht finanzielle Vermögenswerte	–	4.941	4.941	–	7.869	7.869
	115.108	198.286	313.394	119.348	170.614	289.962

Die derivativen Finanzinstrumente setzen sich wie folgt zusammen:

T 33						
TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT
Derivative Finanzinstrumente	4.208	5.155	9.363	256	3.197	3.453
davon ohne Sicherungsbeziehung	3.380	5.075	8.455	4	3.099	3.103
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	828	80	908	252	98	350

Im Jahr 2013 wurden wie im Vorjahr keine Wertberichtigungen auf sonstige Vermögenswerte vorgenommen.

(14) Vorräte

T 34		
TSD, €	31.12.2013	31.12.2012
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	37.321	24.189
Unfertige Leistungen	6.273	6.107
Waren	240	283
	43.834	30.579

In den **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen** sind hauptsächlich Bau- und Installationsmaterialien sowie der Bestand an Kohle, Heizöl und Emissionsrechten für den Betrieb der HKW ausgewiesen. Die kumulierten Gängigkeitsabschreibungen auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen insgesamt 6,1 Mio. Euro (Vorjahr 5,9 Mio. Euro). In 2013 wurden somit Abwertungen in Höhe von 0,2 Mio. Euro ergebniswirksam gebucht.

Die **unfertigen Leistungen** enthalten noch nicht abgerechnete Bau- und Reparaturleistungen.

Verfügungsbeschränkungen oder andere Belastungen liegen nicht vor. Zuschreibungen und Bewertungen zum Nettoveräußerungspreis wurden nicht vorgenommen.

(15) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 314,9 Mio. Euro (Vorjahr 270,4 Mio. Euro) sind abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmelieferungen zwischen Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 betrug der Buchwert der nicht wertgeminderten und nicht überfälligen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 272,9 Mio. Euro (Vorjahr 175,0 Mio. Euro). Bei diesen Forderungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Die folgende Tabelle zeigt den Buchwert der überfälligen Forderungen, die noch nicht wertgemindert wurden:

T 35					
TSD, €	Überfällig seit				GESAMT
	1–30 TAGEN	31–60 TAGEN	61–90 TAGEN	MEHR ALS 90 TAGEN	
31.12.2013	26.501	3.946	1.569	5.449	37.465
31.12.2012	60.387	6.588	3.626	25.099	95.700

Bei den fälligen Forderungen handelt es sich im Wesentlichen um Energieabrechnungen mit sofortiger Fälligkeit.

Die **Wertberichtigungen** (einschließlich pauschalierter Einzelwertberichtigungen) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

T 36		
TSD, €	2013	2012
Stand 01.01.	4.025	2.630
Im Berichtszeitraum als Aufwand erfasster Betrag	6.302	1.403
Ausbuchung von Forderungen	–1.146	0
Zahlungseingänge und Wertaufholungen auf ursprünglich abgeschriebene Forderungen	–1.544	–8
Stand 31.12.	7.637	4.025

(16) Forderungen aus Ertragsteuern

Die Forderungen aus Ertragsteuern betreffen mit 24,2 Mio. Euro (Vorjahr 20,6 Mio. Euro) anrechenbare Kapitalertragsteuer sowie mit 4,0 Mio. Euro (Vorjahr 4,9 Mio. Euro) Körperschaftsteuerguthaben.

(17) Latente Steuern

Die latenten Steueransprüche und -schulden resultieren aus folgenden Posten:

T 37						
TSD, €	31.12.2013			31.12.2012		
	LATENTE STEUER-ANSPRÜCHE	LATENTE STEUER-SCHULDEN	DAVON ER-FOLGSWIRK-SAME VER-ÄNDERUNGEN	LATENTE STEUER-ANSPRÜCHE	LATENTE STEUER-SCHULDEN	DAVON ER-FOLGSWIRK-SAME VER-ÄNDERUNGEN
Langfristige Vermögenswerte						
Immaterielle Vermögenswerte	–	2.429	–479	–	1.951	–266
Sachanlagen	1.836	123.853	–1.879	1.515	121.653	–3.191
Tochterunternehmen und nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	–	4.318	–437	–	3.881	–263
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	–	21.258	–1.097	–	19.969	1.528
Kurzfristige Vermögenswerte						
Vorräte	–	–	–	–	–	–
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	–	872	–322	–	550	–103
Sonstige Vermögenswerte	1.000	2.720	177	68	2.100	–1.255
Langfristige Schulden						
Erhaltene Zuschüsse	2.056	–	389	1.667	–	1.499
Langfristige Finanzschulden	4	–	20	9	25	1
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	8.955	–	–137	9.573	–	237
Pensionsrückstellungen	7.988	675	–29	7.480	646	–693
Andere langfristige Rückstellungen	16.691	149	966	15.716	606	8.608
Kurzfristige Schulden						
Kurzfristige Finanzschulden	242	–	251	–	10	–9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	50	–	50	–	–	–
Sonstige Rückstellungen	27.315	189	12.272	14.865	11	6.523
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	5.869	–	982	3.929	324	1.856
Verlustvorträge	736	–	714	23	–	–11.245
Zwischensumme	72.742	156.463	11.441	54.845	151.726	3.227
Wertberichtigung	987	–	–	–	–	–
Saldierung	39.272	39.272	–	34.040	34.040	–
Bilanzausweis	32.483	117.191	11.441	20.805	117.686	3.227

Von den latenten Steueransprüchen aus den Pensionsrückstellungen wurden 8,0 Mio. Euro (Vorjahr 7,5 Mio. Euro) erfolgsneutral gebildet. Von den latenten Steuerschulden aus den übrigen langfristigen Forderungen und finanziellen Vermögenswerten, den sonstigen Vermögenswerten und den langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten wurden latente Steuerschulden in Höhe von 8,8 Mio. Euro (Vorjahr 7,7 Mio. Euro) erfolgsneutral gebildet. Insgesamt ergab sich damit eine erfolgsneutrale Veränderung der latenten Steuern in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr 12,5 Mio. Euro).

Latente Steueransprüche und -schulden sind je Gesellschaft bzw. Organkreis miteinander saldiert. Latente Steuern auf temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen wurden mit den anzuwendenden Steuersätzen gebildet.

Auf temporäre Unterschiede aus Beteiligungen zwischen Steuerbilanz und Konzernabschluss wurden in Höhe von 5,6 Mio. Euro (Vorjahr 3,8 Mio. Euro) keine passiven latenten Steuern erfasst, da eine Umkehrung durch Dividendenausschüttungen oder Veräußerung von Gesellschaften in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich ist.

Es werden nur auf solche Verlustvorträge und Vorträge aus der Zinsschranke, von deren Nutzbarkeit mit ausreichender Sicherheit ausgegangen werden kann, latente Steueransprüche gebildet. Steuerliche Verlustvorträge bestehen zum 31. Dezember 2013 bei den Tochtergesellschaften NRM, MAINOVA Beteiligungsgesellschaft mbH, MAINOVA Wind-Beteiligungsverwaltungs GmbH, Zweite MAINOVA Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, MAINOVA Windpark Siegbach GmbH & Co. KG, MAINOVA Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG, MAINOVA PV_Park 3 GmbH & Co. KG, MAINOVA PV_Park 4 GmbH & Co. KG, MAINOVA PV_Park 5 GmbH & Co. KG, MAINOVA PV_Park 7 GmbH & Co. KG und EWT.

Für den bereits im Jahr 2004 eingetretenen steuerlichen Verlust der EWT wurde kein latenter Steueranspruch angesetzt, da die Gesellschaft als Beteiligungsholding nahezu ausschließlich steuerfreie Dividendenerträge erzielt und somit gegenwärtig nicht damit gerechnet wird, dass zukünftig ein steuerpflichtiges Ergebnis zur Nutzung der Verlustvorträge zur Verfügung stehen wird.

Aufgrund der seit dem 1. Januar 2012 bestehenden gewerbe- und körperschaftsteuerlichen Organschaft mit der NRM wird davon ausgegangen, dass diese steuerlichen Verluste nicht mehr nutzbar sind.

Latente Steueransprüche auf oben genannte Verlustvorträge wurden in folgender Höhe nicht angesetzt:

T 38		
TSD. €	2013	2012
Gewerbesteuer	5.206	5.551
Körperschaftsteuer	9.133	9.654
Zinsschranke	16.266	12.994

Eigenkapital

Die Gewinnabführung je Anteil für das Geschäftsjahr 2013 beträgt für die SWFH 10,91 Euro/Stück (Vorjahr 9,17 Euro/Stück) und die Dividende je Anteil für die außenstehenden Aktionäre wie im Vorjahr 9,48 Euro/Stück.

(18) Gezeichnetes Kapital

Der Nennwert des gezeichneten Kapitals beträgt unverändert 142,3 Mio. Euro und ist vollständig eingezahlt. Es ist eingeteilt in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, davon lauten 5.499.296 auf Namen und 60.704 auf Inhaber. Die Anzahl der Aktien ist im Geschäftsjahr unverändert.

(19) Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten neben dem Konzernjahresüberschuss abzüglich der Ergebnisabführung an die SWFH insbesondere die Anpassungseffekte auf IFRS sowie Ergebnisvorträge von Tochtergesellschaften. Darüber hinaus enthalten die Gewinnrücklagen das sonstige neutrale Ergebnis, das sich wie folgt zusammensetzt:

T 39						
TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	VOR STEUERN	LATENTE STEUERN	NACH STEUERN	VOR STEUERN	LATENTE STEUERN	NACH STEUERN
Versicherungsmathematische Verluste/ Gewinne aus leistungsorientierten Pensionszusagen und Deputaten	–25.774	7.988	–17.786	–24.118	7.480	–16.638
Cashflow Hedges	–28.396	7.769	–20.627	–24.768	7.750	–17.018
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	–3.677	–	–3.677	–6.773	–	–6.773
	–57.847	15.757	–42.090	–55.659	15.230	–40.429

Das sonstige Ergebnis in den Gewinnrücklagen hat sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt verändert:

TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	VOR STEUERN	LATENTE STEUERN	NACH STEUERN	VOR STEUERN	LATENTE STEUERN	NACH STEUERN
Versicherungsmathematische Verluste/ Gewinne aus leistungsorientierten Pensionszusagen und Deputaten	–1.656	508	–1.148	–13.678	4.199	–9.479
Cashflow Hedges	–3.628	19	–3.609	–26.889	8.328	–18.561
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	3.096	–	3.096	–2.771	–	–2.771
	–2.188	527	–1.661	–43.338	12.527	–30.811

(20) Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile zeigen den Anteilsbesitz Dritter an der MAINOVA. Sie betreffen die Minderheitenanteile an der BKF, der EWT und der WPH.

Die sonstigen Transaktionen mit Minderheitengesellschaften umfassen zum einen den Zugang aus der Veräußerung von 15 % der Anteile an der WPH. Zum anderen kam es durch die Ausgliederung der Hanau Netz GmbH aus der NRM zu einem Abgang von nicht beherrschenden Anteilen.

(21) Erhaltene Zuschüsse

Die von Kunden erhaltenen Zuschüsse (Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge) werden passiviert und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögenswerte linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Rückstellungen

(22) Pensionsrückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen umfassen die Altersversorgung für die Mitarbeiter der MAINOVA, arbeitsvertragliche Direktzusagen sowie Verpflichtungen aus Betriebsvereinbarungen (Deputate). Es handelt sich dabei um leistungsorientierte Versorgungszusagen.

Direktzusagen werden Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten gewährt. Es handelt sich um leistungsorientierte Versorgungspläne. Für diese werden Rückstellungen für Pensionen und Anwartschaften, entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften, und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiter.

Auf der Basis von Betriebsvereinbarungen sowie einzelvertraglichen Regelungen erhalten nahezu alle Mitarbeiter ein jährliches Energiedeputat.

Zudem wurde außertariflichen Mitarbeitern eine betriebliche Altersvorsorge im Rahmen einer Unterstützungskasse gewährt. Da MAINOVA über die Leistung der einkommensabhängigen Beiträge hinaus kein Risiko trägt, handelt es sich um eine beitragsorientierte Zusage.

Die Versorgungsverpflichtungen werden aus der operativen Tätigkeit der MAINOVA finanziert.

Der Berechnung der leistungsorientierten Versorgungszusagen werden folgende wesentliche versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

T 41		
%	31.12.2013	31.12.2012
Zins	2,93	3,23
Gehaltssteigerungen	2,00	2,00
Rentensteigerungen	2,00	2,00
Inflationsentwicklung für Deputate	2,00	2,00

Den Berechnungen für 2013 bezüglich der künftigen Sterblichkeit liegen wie im Vorjahr die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Der Barwert der versicherungsmathematischen Sollverpflichtung hat sich wie folgt entwickelt:

T 42		
TSD. €	2013	2012
Barwert der Pensionsverpflichtung am 01.01.	53.674	39.497
Rentenzahlungen	-2.401	-2.313
Zinsaufwand	1.696	1.790
Laufender Dienstzeitaufwand	1.567	1.022
Im sonstigen Ergebnis erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+)	1.656	13.678
davon aus Änderung der finanziellen Annahmen	1.675	10.208
davon aus erfahrungsbedingten Anpassungen	-19	3.470
Barwert der Pensionsverpflichtung am 31.12.	56.192	53.674

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung entfällt auf folgende Gruppen von Versorgungsberechtigten:

T 43		
TSD. €	2013	2012
Aktive Mitarbeiter	22.165	20.502
Ausgeschiedene Mitarbeiter mit unverfallbarer Anwartschaft	372	-
Rentenempfänger	33.655	33.172
Gesamt	56.192	53.674

Ein Anstieg bzw. Rückgang der wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen würde sich wie folgt auf den Barwert der Versorgungsverpflichtungen auswirken:

T 44		
TSD. €	LEISTUNGSORIENTIERTE VERPFLICHTUNG	
	MINDERUNG	ERHÖHUNG
Diskontierungszinssatz (1 % Veränderung)	10.701	-8.195
Gehaltstrend (0,5 % Veränderung)	-127	135
Rentenanpassungsfaktor (0,25 % Veränderung)	-2.092	2.220

Ferner halten wir eine Änderung der zugrunde gelegten Sterberaten bzw. Lebensdauern für möglich. Nach den aktuellen Berechnungen würde eine um ein Jahr verlängerte Lebensdauer der Versorgungsberechtigten zum Stichtag zu einem Anstieg der Pensionsverpflichtung um 1.613 Tsd. Euro führen. Bei einer Verkürzung der Lebensdauer um ein Jahr würde sich die Verpflichtung um 1.604 Tsd. Euro verringern.

Das Fälligkeitsprofil der Versorgungsleistungen stellt sich wie folgt dar:

T 45				
TSD. €	< 1 JAHR	1 – 5 JAHRE	> 5 JAHRE	GESAMT
31. Dezember 2013	2.470	9.978	13.337	25.785

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit zum 31. Dezember 2013 beläuft sich bei den Pensionsverpflichtungen auf 13,55 Jahre (Vorjahr 13,40 Jahre) und bei den Deputatsverpflichtungen auf 18,19 Jahre (Vorjahr 17,65 Jahre).

Der Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

T 46		
TSD. €	2013	2012
Beiträge zur ZVK aus beitragsorientiertem Plan	12.332	12.620
Zinsaufwand	1.696	1.790
Laufender Dienstzeitaufwand	1.567	1.022
Rentenzahlungen aus beitragsorientiertem Plan	-	111
	15.595	15.543

Neben den als beitragsorientierten Verpflichtungen behandelten Beiträgen zur ZVK (Multi-Employer Plan) erfolgten im Berichtsjahr weitere beitragsorientierte Leistungen an die gesetzliche Rentenversicherung in Höhe von 14,0 Mio. Euro (Vorjahr 14,7 Mio. Euro) sowie an eine betriebliche Altersvorsorge in Höhe von 1,1 Mio. Euro (Vorjahr 1,1 Mio. Euro). Die Gesamtaufwendungen, die im Folgejahr in der Gewinn- und Verlustrechnung erwartungsgemäß erfasst werden, belaufen sich auf 3,2 Mio. Euro.

(23) Andere langfristige Rückstellungen und sonstige kurzfristige Rückstellungen

Die Rückstellungen berücksichtigen gemäß IAS 37 alle am Bilanzstichtag erkennbaren Verpflichtungen gegenüber Dritten, die bezüglich ihrer Höhe oder Fälligkeit unsicher sind.

Die anderen langfristigen Rückstellungen und sonstigen kurzfristigen Rückstellungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

T 47							
TSD. €	BUCHWERT 01.01.2013	INANSPRUCH- NAHME	AUFLÖSUNG	ZUFÜHRUNG	AUF-/ ABZINSUNG	ZUGÄNGE KONSOLIDIE- RUNGSKREIS	BUCHWERT 31.12.2013
Personal	19.370	7.151	175	981	154	-	13.179
Umweltrückstellungen	70.537	169	719	2.422	-273	-	71.798
Rechtliche und konzessionsrechtliche Risiken	75.360	21.440	11.294	24.203	42	-	66.871
Sonstige Rückstellungen	55.646	9.479	8.086	38.508	134	340	77.063
	220.913	38.239	20.274	66.114	57	340	228.911

Die Personalarückstellungen entfallen überwiegend auf die Rückstellungen für Altersteilzeit. Diese werden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren bewertet. Dabei werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

T 48		
%	2013	2012
Zins	1,48	0,70
Gehaltssteigerungen	2,00	2,00
Gewichtung (potenzielle Mitarbeiter)	25,33	22,98

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben. Die wesentlichen Sanierungsarbeiten werden voraussichtlich innerhalb der nächsten zehn Jahre abgeschlossen. Aus der Änderung des bei der Abzinsung der Umweltrückstellungen zugrunde gelegten Zinssatzes hat sich ein Ertrag in Höhe von 1,7 Mio. Euro (Vorjahr 4,4 Mio. Euro) ergeben.

Bei den Rückstellungen für rechtliche und konzessionsrechtliche Risiken handelt es sich um mehrere Einzelrisiken, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme unsicher ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Die Rückstellungen für rechtliche und konzessionsrechtliche Risiken enthalten unter anderem die Rückstellung für das im Vorjahr durch Vergleich abgeschlossene Wasserkartellverfahren.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten zahlreiche Sachverhalte. Sie enthalten unter anderem Risikovorsorgen im Zusammenhang mit der Energiebeschaffung.

(24) Finanzschulden

T 49

TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	714.715	32.799	747.514	669.280	41.695	710.975
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	5.230	7.780	13.010	8.963	20.243	29.206
	719.945	40.579	760.524	678.243	61.938	740.181

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 42,0 Mio. Euro (Vorjahr 54,4 Mio. Euro) mit einer Negativklausel belegt und 457,5 Mio. Euro (Vorjahr 472,4 Mio. Euro) mit Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Zwei weitere sonstige verzinsliche Darlehen in Höhe von insgesamt 6,3 Mio. Euro (Vorjahr 12,5 Mio. Euro) sind ebenfalls durch eine entsprechende Negativklausel besichert.

Der durchschnittliche Effektivzins der Finanzschulden beträgt in der Berichtsperiode 4,21 % (Vorjahr 3,93 %).

(25) Übrige Verbindlichkeiten

Die übrigen Verbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

T 50

TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT
Personal- und sonstige Abgrenzungen	–	72.876	72.876	–	81.351	81.351
Verbindlichkeiten gegenüber SWFH aus Gewinnabführung	–	58.669	58.669	–	51.404	51.404
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	–	41.786	41.786	–	19.196	19.196
Derivative Finanzinstrumente	17.844	13.073	30.917	19.090	11.315	30.405
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	–	38.612	38.612	–	8.811	8.811
Erhaltene Anzahlungen	–	18.507	18.507	–	16.182	16.182
Verbindlichkeit Konzessionsabgabe	–	11.132	11.132	–	11.075	11.075
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Sicherheiten	–	3.943	3.943	–	3.714	3.714
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	9.595	31.206	40.801	10.493	19.526	30.019
Übrige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	1.604	36.179	37.783	1.263	30.435	31.698
	29.043	325.983	355.026	30.846	253.009	283.855

Die derivativen Finanzinstrumente gliedern sich in folgende Kategorien:

T 51

TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT	LANGFRISTIG	KURZFRISTIG	GESAMT
Derivative Finanzinstrumente	17.844	13.073	30.917	19.090	11.315	30.405
davon ohne Sicherungsbeziehung	545	2.016	2.561	833	4.054	4.887
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	17.299	11.057	28.356	18.257	7.261	25.518

Die übrigen finanziellen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen eine Abgrenzung im Rahmen eines Leasingverhältnisses in Höhe von 10,4 Mio. Euro (Vorjahr 11,2 Mio. Euro).

In den übrigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr Vorauszahlungen von Kunden für Baukostenzuschüsse enthalten.

7. Berichterstattung zu Finanzinstrumenten

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre und derivative Finanzinstrumente.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite im Wesentlichen die Forderungen, die übrigen finanziellen Vermögenswerte, Ausleihungen und Beteiligungen sowie die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente. Die übrigen finanziellen Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Auf der Passivseite enthalten die originären Finanzinstrumente im Wesentlichen die zu Anschaffungskosten bewerteten Verbindlichkeiten. Der Bestand an originären Finanzinstrumenten wird in der Bilanz ausgewiesen, die Höhe der finanziellen Vermögenswerte gibt das maximale Ausfallrisiko an. Soweit bei den finanziellen Vermögenswerten Ausfallrisiken erkennbar sind, werden diese Risiken durch Wertberichtigungen erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden in die folgenden Bewertungskategorien eingeteilt:

- › **Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden**, umfassen Derivate und andere Handelsinstrumente. Bei MAINOVA gehören dieser Bewertungskategorie ausschließlich Derivate an. Derivate sind in den langfristigen finanziellen Vermögenswerten sowie in den sonstigen Vermögenswerten bzw. in den übrigen lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Von der Möglichkeit, Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert einzustufen (sog. Fair Value Option), wird kein Gebrauch gemacht.
- › **Kredite und Forderungen** umfassen die nicht an einem aktiven Markt notierten finanziellen Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar en Zahlungen, die keine Derivate sind und nicht als zur Veräußerung verfügbar eingestuft werden. Dieser Bewertungskategorie werden die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die in den Posten „Langfristige finanzielle Vermögenswerte“ sowie in den sonstigen Vermögenswerten enthaltenen Ausleihungen und andere Forderungen und Darlehen zugeordnet.
- › **Die bis zur Endfälligkeit zu haltenden finanziellen Vermögenswerte** umfassen nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen bzw. bestimmbar en Zahlungen und fester Laufzeit, bei denen die Absicht und die Fähigkeit zum Halten bis zur Endfälligkeit bestehen und die keiner der anderen Bewertungskategorien zugeordnet sind. Bei MAINOVA sind keine finanziellen Vermögenswerte dieser Bewertungskategorie zugeordnet.
- › **Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte** umfassen finanzielle Vermögenswerte, die keine Derivate sind und keiner der zuvor genannten Bewertungskategorien zugeordnet sind. Dieser Bewertungskategorie sind die in dem Posten „Langfristige finanzielle Vermögenswerte“ enthaltenen, nicht nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen zugeordnet.
- › **Finanzielle Verbindlichkeiten**, die keine Derivate sind, umfassen die Finanzschulden, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die übrigen Verbindlichkeiten.

Die folgende Tabelle stellt die Buchwerte und beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) der in den einzelnen Bilanzposten enthaltenen Finanzinstrumente dar:

T 52

TSD. €	WERTANSATZ BILANZ NACH IAS 39						
	BEWERTUNGS- KATEGORIE NACH IAS 39	BUCHWERT 31.12.2013	FORTGEFÜHRTE ANSCHAFFUNGS- KOSTEN	FAIR VALUE ERFOLGS- WIRKSAM	DERIVATE IM HEDGE ACCOUNTING	WERTANSATZ NACH IAS 17	FAIR VALUE 31.12.2013
Vermögenswerte							
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	314.935	314.935	–	–	–	314.935
Langfristige finanzielle Vermögenswerte							
Ausleihungen	LaR	17.231	17.231	–	–	–	17.231
Leasingforderungen	n.a.	68.848	–	–	–	68.848	68.848
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FAHfT / n.a.	3.380	–	3.380	–	–	3.380
Derivative Finanzinstrumente Zinsen	FAHfT / n.a.	828	–	–	828	–	828
Sonstige Beteiligungen	AfS	24.763	18.940	5.823	–	–	5.823
Übrige langfristige finanzielle Vermögenswerte	LaR	57	57	–	–	–	57
Sonstige Vermögenswerte							
Forderungen aus Cash Pooling gegen den Stadtwerke-Konzern	LaR	166.505	166.505	–	–	–	166.505
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FAHfT / n.a.	5.155	–	5.075	80	–	5.155
Leasingforderungen	n.a.	4.779	–	–	–	4.779	4.779
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	LaR	16.906	16.906	–	–	–	16.906
Flüssige Mittel	n.a.	16.752	16.752	–	–	–	16.752
Eigenkapital und Schulden							
Finanzschulden	FLAC	760.524	760.524	–	–	–	666.771
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	236.527	236.527	–	–	–	236.527
Übrige langfristige Verbindlichkeiten							
Originäre Finanzinstrumente	FLAC	27	27	–	–	–	27
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FLHfT / n.a.	13.925	–	545	13.380	–	13.925
Derivative Finanzinstrumente Zinsen	FLHfT / n.a.	3.919	–	–	3.919	–	3.090
Leasingverbindlichkeiten	n.a.	9.568	–	–	–	9.568	9.568
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten							
Originäre Finanzinstrumente	FLAC	142.293	142.293	–	–	–	142.293
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FLHfT / n.a.	13.073	–	2.016	11.057	–	13.073
Leasingverbindlichkeiten	n.a.	797	–	–	–	797	797
Davon aggregiert nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39							
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Financial assets held for trading)	FAHfT	8.455					8.455
Kredite und Forderungen (Loans and receivables)	LaR	515.634					515.577
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for sale financial assets)	AfS	24.763					5.823
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (Financial liabilities measured at amortized cost)	FLAC	1.139.371					1.045.618
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Financial liabilities held for trading)	FLHfT	2.561					2.561

T 53

TSD. €	WERTANSATZ BILANZ NACH IAS 39						
	BEWERTUNGS- KATEGORIE NACH IAS 39	BUCHWERT 31.12.2012	FORTGEFÜHRTE ANSCHAFFUNGS- KOSTEN	FAIR VALUE ERFOLGS- WIRKSAM	DERIVATE IM HEDGE ACCOUNTING	WERTANSATZ NACH IAS 17	FAIR VALUE 31.12.2012
Vermögenswerte							
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	LaR	270.384	270.384	–	–	–	270.384
Langfristige finanzielle Vermögenswerte							
Ausleihungen	LaR	15.709	15.709	–	–	–	15.709
Leasingforderungen	n.a.	73.627	–	–	–	73.627	73.627
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FAHfT / n.a.	256	–	4	252	–	256
Derivative Finanzinstrumente Zinsen	FAHfT / n.a.	–	–	–	–	–	–
Sonstige Beteiligungen	AfS	29.699	29.699	–	–	–	–
Übrige langfristige finanzielle Vermögenswerte	LaR	57	57	–	–	–	57
Sonstige Vermögenswerte							
Forderungen aus Cash Pooling gegen den Stadtwerke-Konzern	LaR	123.464	123.464	–	–	–	123.464
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FAHfT / n.a.	3.197	–	3.099	98	–	3.197
Leasingforderungen	n.a.	4.410	–	–	–	4.410	4.410
Übrige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	LaR	31.674	31.674	–	–	–	31.674
Flüssige Mittel	n.a.	10.678	10.678	–	–	–	10.678
Eigenkapital und Schulden							
Finanzschulden	FLAC	740.181	740.181	–	–	–	723.170
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	213.801	213.801	–	–	–	213.801
Übrige langfristige Verbindlichkeiten							
Originäre Finanzinstrumente	FLAC	34	34	–	–	–	34
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FLHfT / n.a.	7.237	–	833	6.404	–	7.237
Derivative Finanzinstrumente Zinsen	FLHfT / n.a.	11.853	–	–	11.853	–	–
Leasingverbindlichkeiten	n.a.	10.366	–	–	–	10.366	10.366
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten							
Originäre Finanzinstrumente	FLAC	133.624	133.624	–	–	–	133.624
Derivative Finanzinstrumente Commodities	FLHfT / n.a.	11.315	–	4.054	7.261	–	11.315
Leasingverbindlichkeiten	n.a.	797	–	–	–	797	797
Davon aggregiert nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39							
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Financial assets held for trading)	FAHfT	3.103					3.103
Kredite und Forderungen (Loans and receivables)	LaR	441.288					441.231
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for sale financial assets)	AfS	29.699					–
Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten (Financial liabilities measured at amortized cost)	FLAC	1.087.640					1.070.629
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Financial liabilities held for trading)	FLHfT	4.887					4.887

Der Posten „Sonstige Beteiligungen“ umfasst zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, deren beizulegende Zeitwerte nicht zuverlässig ermittelt werden können und die zu Anschaffungskosten bewertet werden. Es handelt sich dabei um den Buchwert der nicht nach der Equity-Methode einbezogenen Unternehmen sowie sonstige Beteiligungen, die keinen notierten Marktpreis in einem aktiven Markt haben. MAINOVA beabsichtigt keine Veräußerung dieser Posten.

Aufgrund der kurzen Laufzeiten der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der übrigen kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten wird angenommen, dass die beizulegenden Zeitwerte den Buchwerten entsprechen.

Die beizulegenden Zeitwerte der Finanzschulden werden als Barwerte der zukünftig erwarteten Cashflows ermittelt. Zur Diskontierung werden marktübliche Zinssätze, bezogen auf die entsprechenden Fristigkeiten, verwendet. Zudem wird das eigene Ausfallrisiko berücksichtigt. Die Finanzschulden sind der Stufe 2 zugeordnet.

Darüber hinaus existieren finanzielle Garantien in Höhe von 26,9 Mio. Euro (Vorjahr 30,7 Mio. Euro). Da es sich hier im Wesentlichen um Eventualverbindlichkeiten und Sicherheiten für Adressausfallrisiken handelt, sind keine Buchwerte und Fair Values ermittelbar (siehe auch Erläuterungen in Abschnitt 10).

Die folgende Tabelle stellt für die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumente dar, anhand welcher Methoden die Bewertung erfolgt:

T 54						
TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	STUFE 1	STUFE 2	STUFE 3	STUFE 1	STUFE 2	STUFE 3
Übrige langfristige Forderungen und finanzielle Vermögenswerte						
Derivative Finanzinstrumente						
ohne Sicherungsbeziehung	–	3.380	–	–	4	–
mit Sicherungsbeziehung (Cashflow Hedge)	–	828	–	–	252	–
Sonstige Beteiligungen	5.823	–	–	–	–	–
Sonstige Vermögenswerte						
Derivative Finanzinstrumente						
ohne Sicherungsbeziehung	–	5.075	–	–	3.099	–
mit Sicherungsbeziehung (Cashflow Hedge)	–	80	–	–	98	–
	5.823	9.363	–	–	3.453	–
Übrige langfristige Verbindlichkeiten						
Derivative Finanzinstrumente						
ohne Sicherungsbeziehung	–	545	–	–	833	–
mit Sicherungsbeziehung (Cashflow Hedge)	–	17.299	–	–	18.257	–
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten						
Derivative Finanzinstrumente						
ohne Sicherungsbeziehung	–	2.016	–	–	4.054	–
mit Sicherungsbeziehung (Cashflow Hedge)	–	11.057	–	–	7.261	–
	–	30.917	–	–	30.405	–
	5.823	–21.554			–26.952	

Die einzelnen Stufen sind gemäß IFRS 7 wie folgt definiert:

In Stufe 1 sind die Vermögenswerte und Schulden eingruppiert, deren Notierungen an aktiven und zugänglichen Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verfügbar sind.

In Stufe 2 erfolgt die Bewertung anhand von Inputfaktoren, bei denen es sich nicht um die in Stufe 1 berücksichtigten notierten Preise handelt, die sich aber für den Vermögenswert oder die Schuld entweder mittelbar oder unmittelbar beobachten lassen.

In Stufe 3 wird die Bewertung der Vermögenswerte und Schulden auf der Basis von Modellen mit nicht am Markt beobachtbaren Inputparametern vorgenommen.

Soweit MAINOVA Geschäfte mit Finanzinstrumenten vereinbart, erfolgt dies auf der Grundlage von marktüblichen Rahmenverträgen. Insoweit hat MAINOVA mit verschiedenen Marktpartnern Rahmenverträge auf der Grundlage des von der EFET (European Federation of Energy Traders) bzw. auf der Grundlage des vom Bankenverband veröffentlichten DRV FT (deutscher Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte) vereinbart. Dieser enthält die Möglichkeit, im Falle eines Ausfalls des Vertragspartners oder einer berechtigten außerordentlichen Kündigung durch MAINOVA alle unter dem jeweiligen Rahmenvertrag abgeschlossenen Geschäfte gegeneinander aufzurechnen. Die nachfolgende Übersicht zeigt diejenigen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten, die gemäß IAS 32 saldiert werden können oder rechtlich durchsetzbaren Globalverrechnungssverträgen oder ähnlichen Vereinbarungen unterliegen.

T 55						
TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	BRUTTO-BETRÄGE VON FINANZ-INSTRUMENTEN IN DER BILANZ	BETREF-FENDE FINANZ-INSTRUMENTE, DIE NICHT SALDIERT WURDEN	NETTO-BETRAG	BRUTTO-BETRÄGE VON FINANZ-INSTRUMENTEN IN DER BILANZ	BETREF-FENDE FINANZ-INSTRUMENTE, DIE NICHT SALDIERT WURDEN	NETTO-BETRAG
Finanzielle Vermögenswerte						
Strom- und Gasforwards	8.394	–479	7.915	3.101	–436	2.665
Kohle-, Öl- und Gasswaps	141	–140	1	352	–352	–
Zinsswaps	828	–162	666	–	–	–
	9.363	–781	8.582	3.453	–788	2.665
Finanzielle Schulden						
Strom- und Gasforwards	528	–479	49	2.940	–436	2.504
Kohle-, Öl- und Gasswaps	26.470	–140	26.330	15.612	–352	15.260
Zinsswaps	3.919	–162	3.757	11.853	–	11.853
	30.917	–781	30.136	30.405	–788	29.617
	40.280	–1.562	38.718	33.858	–1.576	32.282

Die folgende Tabelle stellt die in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigten Nettogewinne bzw. -verluste von Finanzinstrumenten, gegliedert nach den Bewertungskategorien des IAS 39, dar:

T 56		
TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Kredite und Forderungen	–3.611	–1.395
Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente	7.131	–256
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	–4.344	1.345
	–824	–306

Die Nettogewinne bzw. -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie „Kredite und Forderungen“ beinhalten im Wesentlichen die Ergebnisse aus Wertminderungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 6,3 Mio. Euro (Vorjahr 1,4 Mio. Euro) und erfolgswirksame Wertaufholungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr 8 Tsd. Euro). Wie im Vorjahr wurden keine Wertberichtigungen auf sonstige finanzielle Vermögenswerte vorgenommen.

Die Nettogewinne bzw. -verluste aus „Zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumenten“ beinhalten die Ergebnisse aus freistehenden Energiederivaten mit einem Ertrag in Höhe von 7,1 Mio. Euro (Vorjahr Aufwand 0,3 Mio. Euro).

Das Nettoergebnis der „Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte“ umfasst Erträge aus Beteiligungen sowie Wertminderungen.

T 57		
TSD. €	2013	2012
Gesamtzinserträge	9.315	9.742
Gesamtzinsaufwendungen	31.549	28.852

Die Gesamtzinserträge und -aufwendungen resultieren aus finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Hier handelt es sich im Wesentlichen um Zinserträge aus Finanzierungsleasingverhältnissen, Darlehen, Tages- und Festgeldanlagen sowie Ausleihungen. Die Zinsaufwendungen resultieren insbesondere aus Fremddarlehen. Aufgelaufene Zinserträge auf wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte bestehen nicht, da die wertberichtigten Vermögenswerte ausschließlich kurzfristig sind.

Die hier veröffentlichten Zahlen weichen vom Finanzergebnis ab, da u. a. die Zinskomponenten aus Rückstellungen und Pensionsverpflichtungen nicht unter die Angabepflichten des IFRS 7 fallen.

Finanzrisikomanagement

Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten

Überblick

Im Rahmen des operativen Geschäfts ist MAINOVA finanzwirtschaftlichen Preisrisiken im Commodity-Bereich ausgesetzt. Unternehmenspolitik ist es, diese Risiken durch ein Risikomanagement auszuschaalten oder zu begrenzen. Hierzu werden seitens der MAINOVA derivative Finanzinstrumente eingesetzt, z. B. Swaps und Forwards. Sie unterliegen den im Risikomanagementhandbuch des Marktrisikokomitees für den Bereich Energiebezug und -handel aufgeführten Arbeitsanweisungen. Das Marktrisikokomitee setzt die Rahmenbedingungen für die Energiebeschaffung und -vermarktung in Bezug auf den zulässigen Risikogehalt und das Value-at-Risk-Limit. Zur Absicherung der Risiken und zur Erzielung von Handelsmargen werden im Commodity-Bereich physisch zu erfüllende Termingeschäfte sowie finanzielle Sicherungsgeschäfte eingesetzt. Die Risikoposition der Stromgeschäfte wird durch einen Value-at-Risk-Ansatz (VaR) sowie Volumenlimits begrenzt. Ferner wird auf die Erläuterungen zum Risikomanagement im Lagebericht verwiesen. Anzeichen von Risikokonzentrationen liegen zum 31. Dezember 2013 nicht vor.

Des Weiteren ist MAINOVA dem Risiko marktbedingter Schwankungen der Zinssätze ausgesetzt. Das Treasury-Gremium legt Rahmenbedingungen und Richtlinien für die Treasury-Aufgaben fest. Dazu gehört unter anderem die Festlegung der Zinsabsicherungsstrategie. MAINOVA setzt zur Begrenzung des Risikos Zinsswaps ein.

Bei der Bilanzierung von Derivaten wendet MAINOVA Hedge Accounting an. Voraussetzung für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting) ist es, dass der eindeutige Sicherungszusammenhang zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft dokumentiert und deren Effektivität nachgewiesen ist. Derivative Finanzinstrumente, welche die strengen Anforderungen des IAS 39 nicht erfüllen, werden als freistehende Derivate bilanziert, d. h., alle Marktwertänderungen werden unmittelbar erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Das Nominalvolumen der im Folgenden dargestellten Geschäfte wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Die Höhe des Nominalvolumens erlaubt Rückschlüsse auf den Umfang des Einsatzes von Derivaten, gibt aber nicht das Risiko des Konzerns aus dem Einsatz von Derivaten wieder.

Derivate ohne Sicherungsbeziehung

T 58									
TSD. €	NOMINAL				MARKTWERT				
	< 1 JAHR	1–5 JAHRE	SUMME	SUMME VORJAHR	POSITIV	NEGATIV	SUMME	< 1 JAHR	SUMME VORJAHR
Strom									
Forward (long)	42.697	14.245	56.942	13.264	3	–363	–360	–348	–1.944
Forward (short)	33.758	14.941	48.699	13.485	8.276	–	8.276	4.915	2.018
Gas									
Forward (long)	11.082	589	11.671	8.498	38	–146	–108	–127	–433
Forward (short)	10.432	–	10.432	8.584	77	–19	58	58	520
Kohle									
Swap (Payer)	4.333	–	4.333	1.332	–	–902	–902	–902	–65
Öl									
Swap (Payer)	37	–	37	549	–	–1	–1	–1	–93
Swap (Receiver)	38	–	38	–	2	–	2	2	–
Gas									
Swap (Payer)	19.519	15.383	34.902	60.134	–	–1.130	–1.130	–597	–1.787
Swap (Receiver)	4.816	–	4.816	–	59	–	59	59	–
	126.712	45.158	171.870	105.846	8.455	–2.561	5.894	3.059	–1.784

Derivate mit Sicherungsbeziehung

T 59									
TSD. €	NOMINAL				MARKTWERT				
	< 1 JAHR	1–5 JAHRE	> 5 JAHRE	SUMME	SUMME VORJAHR	POSITIV	NEGATIV	SUMME	SUMME VORJAHR
Kohle									
Swap (Payer)	42.149	63.695	–	105.844	122.358	–	–22.297	–22.297	–10.846
Öl									
Swap (Payer)	–	–	–	–	15.971	–	–	–	–161
Gas									
Swap (Payer)	20.452	44.922	–	65.374	103.604	80	–2.140	–2.060	–131
Zinsen									
Swap (Payer)	–	–	200.000	200.000	200.000	828	–3.919	–3.091	–
	62.601	108.617	200.000	371.218	441.933	908	–28.356	–27.448	–10.977

Cashflow Hedges (Hedge Accounting)

Im Gasgeschäft werden Öl- und Gasswaps zur Gaspreisfixierung von Bezugsmengen und zur Sicherung des Eigenbedarfs abgeschlossen. Ferner werden Kohleswaps zur Sicherung des Kohleindex aus einem Virtual-Power-Plant-Vertrag sowie auch zur Sicherung der Eindeckungsmengen für die Kraftwerke eingesetzt. Die Laufzeiten der Grundgeschäfte betragen in der Regel bis zu drei Jahre. Bei den Sicherungsinstrumenten handelt es sich um Swaps, die während der gesamten Vertragslaufzeit Zahlungsströme generieren.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos setzt MAINOVA Forward-Starting-Zinsswaps ein. Durch diese Instrumente werden Zahlungsströme aus variabel verzinslichen langfristigen Finanzschulden gesichert. Dabei sind die Laufzeiten der Zinsswaps auf die erwartete Rückzahlung der Darlehen abgestimmt. Die Zahlungsströme der Zinsswaps beginnen mit dem Auslaufen der Zinsbindungsfrist der entsprechenden Darlehen.

Beim Cashflow Hedge Accounting werden Bewertungsänderungen des effektiven Teils des Derivats zunächst erfolgsneutral in der Rücklage für Cashflow Hedges im sonstigen Ergebnis erfasst und erst bei der Realisierung des Grundgeschäfts in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Der ineffektive Teil eines Hedges wird sofort erfolgswirksam ausgewiesen.

Der bilanzierte beizulegende Zeitwert der im Rahmen von Cashflow Hedges eingesetzten Sicherungsinstrumente betrug zum Abschlussstichtag –27,5 Mio. Euro (Vorjahr –25,2 Mio. Euro).

Die diskontierten Zahlungen aus den Cashflow Hedges werden nach den am Bilanzstichtag vorliegenden Informationen in den folgenden Zeitspannen aus der Rücklage für Cashflow Hedges im sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

T 60					
TSD. €	BUCHWERT 31.12.2013	2014	2015	2016	> 2016
Kohleswaps	–23.196	–12.122	–8.841	–2.233	–
Ölswaps	–	–	–	–	–
Gasswaps	–2.110	–1.654	–456	–	–
Zinsswaps	–3.091	–	–	–	–3.091

Die Ergebnisse aus der Umgliederung werden in dem Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, in dem auch das gesicherte Grundgeschäft erfasst wird, d. h. im Materialaufwand bzw. in den Finanzaufwendungen. Die Ergebnisse aus den ineffektiven Anteilen von Cashflow Hedges werden ebenfalls im Materialaufwand bzw. in den Finanzaufwendungen erfasst. Im Jahr 2013 wurde ein Aufwand in Höhe von 16,5 Mio. Euro (Vorjahr 22,5 Mio. Euro) im sonstigen Ergebnis erfasst. Ein Aufwand in Höhe von 12,8 Mio. Euro (Vorjahr Ertrag in Höhe von 4,4 Mio. Euro) wurde aus dem sonstigen Ergebnis in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Die Rücklage für Cashflow Hedges hat sich demnach wie folgt entwickelt:

T 61		
TSD. €	2013	2012
Stand 01.01.	–17.018	1.543
Zugänge aus Marktwertänderungen	9.379	3.257
Cashflow Hedges Kohle	159	1
Cashflow Hedges Öl	48	2.477
Cashflow Hedges Gas	410	779
Cashflow Hedges Zinsen	8.762	–
Abgänge aus Marktwertänderungen	–25.847	–25.738
Cashflow Hedges Kohle	–24.095	–17.203
Cashflow Hedges Öl	–127	–246
Cashflow Hedges Gas	–1.625	–2.365
Cashflow Hedges Zinsen	–	–5.924
Zugänge aus der Umgliederung in Gewinn- und Verlustrechnung	13.402	8.354
Cashflow Hedges Kohle	11.940	5.960
Cashflow Hedges Öl	239	450
Cashflow Hedges Gas	1.223	1.944
Abgänge aus der Umgliederung in Gewinn- und Verlustrechnung	–562	–12.762
Cashflow Hedges Kohle	–	–103
Cashflow Hedges Öl	–562	–12.520
Cashflow Hedges Gas	–	–139
Latente Steuer auf erfolgsneutrale Veränderungen der Cashflow Hedges	19	8.328
Stand 31.12.	–20.627	–17.018

Aus dem ineffektiven Teil von Cashflow Hedges ergab sich zum 31. Dezember 2013 insgesamt ein Aufwand in Höhe von 1,2 Mio. Euro (Vorjahr Ertrag in Höhe von 459 Tsd. Euro).

Das Ergebnis in der Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich demnach wie folgt dar:

T 62		
TSD. €	2013	2012
Realisiertes Ergebnis	–12.840	4.408
davon aus Cashflow Hedges Kohle	–11.940	–5.857
davon aus Cashflow Hedges Öl	323	12.070
davon aus Cashflow Hedges Gas	–1.223	–1.805
Ineffektivität Sicherungsbeziehung	–1.239	–459
davon aus Cashflow Hedges Kohle	–1.298	–533
davon aus Cashflow Hedges Öl	9	78
davon aus Cashflow Hedges Gas	50	–4
Ergebnis aus Cashflow Hedge Accounting	–14.079	3.949

Preisrisiken aus Commodities

Vertrieb Strom und Gas, Eigenhandel sowie Eigenerzeugung

Auf der Erzeugungsseite ergeben sich Risiken vor allem aus der Stromproduktion. Diese wird in starkem Maße von der Entwicklung der Marktpreise für Strom, fossile Brennstoffe (insbesondere Kohle und Gas) und CO₂-Zertifikate beeinflusst. Ein Risiko liegt beispielsweise darin, dass höhere Rohstoffnotierungen nicht durch entsprechend höhere Stromerlöse kompensiert werden können. Neben der Erzeugungsseite ist auch das Vertriebsgeschäft für Strom und Gas mit Risiken verbunden. Diese resultieren z. B. aus unerwarteten Nachfrageschwankungen aufgrund von Wettbewerbs- und Konjunktureinflüssen sowie Temperaturänderungen. Die Preisrisiken auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten ermittelt MAINOVA fortlaufend. Zur Risikominderung auf der Absatz- und Beschaffungsseite setzt MAINOVA unter anderem derivative Finanzinstrumente ein. Der Vorstand wird monatlich über den aktuellen Bestand an Derivaten informiert.

Alle Strom-Forwards, die zu Handelszwecken abgeschlossen worden sind, werden als finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten (freistehende Derivate) bilanziert. Die derivativen Finanzinstrumente sind zu Marktwerten bewertet. Als Marktwert eines Finanzinstruments gilt der Betrag, der im Geschäftsverkehr zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Vertragspersonen unter aktuellen Marktbedingungen erzielt werden kann. Die Marktwerte werden aus Börsenkursen oder anhand anerkannter Bewertungsmethoden abgeleitet. Als Teil des Risikomanagementsystems von Preisrisiken aus Stromderivaten setzt MAINOVA eine VaR-Analyse ein, bei der die Risikoposition gegenüber Änderungen der Marktpreise für Strom, Gas, Kohle und Emissionen regelmäßig gemessen wird. Unter Vorgabe eines Konfidenzniveaus und einer Halteperiode wird ein maximaler Verlust berechnet. Folgende Annahmen liegen der Ermittlung des VaR zugrunde:

- › Potenzielle Verluste resultieren aus Marktwertänderungen.
- › Die bei der VaR-Berechnung verwendete Volatilität wird nach statistischen Verfahren aus historischen Marktpreisen ermittelt.
- › Das Konfidenzniveau beträgt 99 % bei einer Halteperiode von fünf Tagen.

Der VaR ergibt sich aus den Marktwerten der offenen Positionen unter Berücksichtigung der Volatilitäten für die einzelnen Commodities. Das 99 %ige Konfidenzniveau und die Halteperiode von fünf Tagen implizieren, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 % der Portfolioverlust nach fünf Tagen größer sein wird als der Betrag des VaR. Die MAINOVA berechnet regelmäßig einen Gesamt-VaR für das Handelsportfolio, der sich aus den VaR für Strom- und Gasbeschaffung, Eigenerzeugung (einschließlich der Brennstoffe für Wärmeerzeugung), virtuelles Kraftwerk, Kraftwerk Irsching und dem Eigenhandel für Gas und CO₂ zusammensetzt.

Der maximale Verlust, der mit 99 %iger Wahrscheinlichkeit und einer Halteperiode von fünf Tagen nicht überschritten wird, verteilt sich auf kurz- und langfristige Termingeschäfte wie folgt:

T 63						
TSD. €	31.12.2013			31.12.2012		
	< 1 JAHR	1–5 JAHRE	GESAMT	< 1 JAHR	1–5 JAHRE	GESAMT
Value-at-Risk Strombeschaffung	9	2.839	2.848	12	2.516	2.528
Value-at-Risk Gasbeschaffung	587	5.536	6.123	1.649	3.376	5.025
Value-at-Risk Eigenerzeugung	159	2.049	2.208	135	2.187	2.322
Value-at-Risk Gemeinschaftskraftwerk Irsching	401	144	545	152	325	477
Value-at-Risk virtuelle Kraftwerksverträge	7	182	189	17	525	542
Value-at-Risk Eigenhandel Gas	13	13	26	–	–	–
Value-at-Risk Eigenhandel CO ₂	–	–	–	34	–	34

Absicherung durch Kohle-, Öl- und Gasswaps

Sowohl für Kohle-, Öl- als auch Gasswaps wird durch Sensitivitätsanalysen ermittelt, welche Auswirkungen hypothetische Änderungen der jeweiligen Risikovariablen (Änderung des Kohle- bzw. Öl- und Gaspreises um 10 %) auf das Jahresergebnis sowie auf das Eigenkapital zum Bilanzstichtag hätten. Die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente werden auf der Basis einer hypothetischen Änderung des Marktpreisniveaus neu berechnet. Die Abweichungen von den tatsächlich angesetzten beizulegenden Zeitwerten der derivativen Finanzinstrumente stellen die potenziellen Effekte auf das Jahresergebnis sowie auf das Eigenkapital zum Bilanzstichtag dar.

Kohle-, Öl- und Gaspreisänderungen würden sich nach Steuern wie folgt auswirken:

T 64				
TSD. €	2013		2012	
	ERGEBNIS-EFFEKT	EIGEN-KAPITAL-EFFEKT	ERGEBNIS-EFFEKT	EIGEN-KAPITAL-EFFEKT
Kohle				
Preissteigerung um 10 %	1.654	4.328	1.083	6.677
Preissenkung um 10 %	–238	–5.743	–107	–7.653
Öl				
Preissteigerung um 10 %	–	–	32	1.089
Preissenkung um 10 %	–	–	–417	–705
Gas				
Preissteigerung um 10 %	2.087	4.275	4.013	6.957
Preissenkung um 10 %	–1.998	–4.364	–4.011	–6.959

Es wurden nicht in vollem Umfang der Grundgeschäfte Sicherungsgeschäfte (Swaps) auf die Rohstoffe bzw. auf die Preisindizes Kohle, Öl und Gas abgeschlossen.

Zinsänderungsrisiko

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Bei MAINOVA bestehen Zinsänderungsrisiken für variabel verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, für welche die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen, in denen der Zinssatz fixiert ist. Der Buchwert der variabel verzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ohne Berücksichtigung der Darlehen für den Anteilserwerb an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) beträgt zum Zeitpunkt des Auslaufens der Zinsbindungsfristen 36,0 Mio. Euro (Vorjahr 61,6 Mio. Euro). MAINOVA begegnet derartigen Zinsänderungsrisiken durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Bei einer Änderung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt würde sich das Ergebnis im Jahr 2014 um 307 Tsd. Euro (Vorjahr 65 Tsd. Euro) verändern.

Die im Rahmen der langfristigen Finanzierung des Anteilserwerbs an der Thüga Holding abgeschlossenen Darlehensverträge haben eine Laufzeit bis zum Jahr 2035. Die Zinsbindung läuft zwischen den Jahren 2014 und 2020 aus. Das Risiko potenziell steigender Zinsen und höherer Zinszahlungen wird bei dem überwiegenden Teil der Darlehen durch den Abschluss von Zinsswaps begrenzt. Die Zinsswaps haben eine Laufzeit von zehn Jahren ab dem Zeitpunkt des Auslaufens der Zinsbindung. Bei einer Erhöhung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt würde sich der Marktwert der Zinsswaps um 14,7 Mio. Euro (Vorjahr 16,2 Mio. Euro) erhöhen, bei einer Senkung des Zinssatzes um einen Prozentpunkt würde sich der Marktwert und damit das Eigenkapital um 18,6 Mio. Euro (Vorjahr 21,0 Mio. Euro) reduzieren. Der Buchwert der Darlehen zum Zeitpunkt des Auslaufens der Zinsbindungsfristen, bei denen das Zinsänderungsrisiko nicht durch Zinsswaps begrenzt wurde, beträgt 100,0 Mio. Euro (Vorjahr 175,0 Mio. Euro).

Währungsrisiko

Alle Beschaffungs- und Handelsgeschäfte werden derzeit in Euro abgerechnet. Somit ist MAINOVA keinen Währungsrisiken ausgesetzt.

Kreditrisiko

Das Kredit- oder Ausfallrisiko der MAINOVA liegt in der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum einen auf der Kundenseite und zum anderen bei den Kontrahenten im Energiehandel begründet.

Ausfallrisiken von Forderungen gegenüber Kunden begegnet MAINOVA durch eine Straffung der Prozesse im Forderungsmanagement sowie durch verschärfte Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen und für Gewährung von Ratenplänen. Weiterhin sind die 300 größten Kunden an ein „Online-Ratingsystem“ angeschlossen. Jegliche Veränderung von externen Ratings dieser Kunden erhält das Forderungsmanagement von einer Wirtschaftsauskunftei umgehend online mitgeteilt. Beim Ausfall von Kontrahenten im Energiehandel besteht gleichfalls ein Kreditrisiko. MAINOVA kauft und verkauft Strom-, Gas- und CO₂-Forwards mit physischer Erfüllung und Derivate auf Kohle, Öl und Gas mehrere Jahre im Voraus. Fällt ein Lieferant aus, besteht ein Wiedereindeckungsrisiko für den Fall, dass zwischenzeitlich die Marktpreise gestiegen sind, da die Menge zu einem höheren Preis wieder eingedeckt werden muss. Um dieses Risiko zu minimieren, schließt MAINOVA die Geschäfte überwiegend mit der Syneco Trading GmbH (Syneco Trading) ab. In einer Art Haftungspool für das Adressrisiko für Strom- und Nichtstrom-Geschäfte werden hier die Kreditrisiken aus allen Geschäften, die über Syneco Trading abgeschlossen werden, zusammengeführt und im Schadensfall zunächst von der Thüga Aktiengesellschaft getragen und im Weiteren auf die Kunden der Syneco verteilt. Aufgrund des umfangreichen Handelspartnerportfolios bestehen für Syneco Trading zudem deutlich höhere Netting-Möglichkeiten, wodurch Risiken reduziert werden können. Die (anteilige) Haftung betrifft nicht nur Ausfälle von Handelspartnern, sondern auch (als wenig wahrscheinlich angesehene) Ausfälle von Poolpartnern. Die Haftungsanteile der einzelnen Poolpartner sind nicht statisch, sondern sie bemessen sich nach deren offenen Geschäftsvolumina. Es wird u. a. auch auf Abschnitt 10 verwiesen.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, dass MAINOVA nicht genügend Finanzmittel besitzt, vertragsgemäß durch Lieferung von Zahlungsmitteln oder anderen finanziellen Vermögenswerten ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Dem Liquiditätsrisiko wird durch ein systematisches Liquiditätsmanagement durch das Konzern-Treasury der SWFH, basierend auf der Finanzplanung der MAINOVA, begegnet. Dabei wird die Liquidität durch die Planung der individuellen Ein- und Auszahlungsströme für das laufende und die vier darauf folgenden Jahre ermittelt, um die zukünftige Liquiditätsentwicklung aufzuzeigen und frühzeitig einen möglichen Liquiditätsbedarf zu erkennen. Zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit verfügt MAINOVA bei der SWFH über eine vom Konzern-Treasury-Gremium genehmigte Kreditlinie von 40 Mio. Euro (Vorjahr 40 Mio. Euro). Kreditlinien bei Banken bestehen nicht.

Die nachfolgende Tabelle zeigt alle zum 31. Dezember 2013 bzw. 31. Dezember 2012 vertraglich fixierten Zins- und Tilgungszahlungen für die bilanzierten finanziellen Verbindlichkeiten sowie Zahlungsströme aus derivativen Finanzinstrumenten. Für Kohle-, Öl-, Gas- und Zinsswaps, bei denen ein negativer Nettozahlungsausgleich („Net Settlement“) mit den Vertragspartnern erfolgt, werden negative undiskontierte Marktwerte angegeben. Jederzeit rückzahlbare finanzielle Verbindlichkeiten sind dem frühesten Zeitband zugeordnet.

T 65

TSD. €	31.12.2013					31.12.2012			
	< 1 JAHR	1 – 5 JAHRE	> 5 JAHRE	GESAMT		< 1 JAHR	1 – 5 JAHRE	> 5 JAHRE	GESAMT
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–81.153	–288.329	–656.908	–1.026.390		–59.576	–208.032	–772.539	–1.040.147
Sonstige verzinsliche Verbindlichkeiten	–18.415	–12.005	–	–30.420		–17.082	–19.045	–	–36.127
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	–236.527	–	–	–236.527		–213.801	–	–	–213.801
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	–143.090	–3.216	–6.379	–152.685		–118.146	–11.234	–	–129.380
Derivative Finanzinstrumente									
Strom-Forwards	–42.697	–14.245	–	–56.942		–13.264	–	–	–13.264
Gas-Forwards	–11.082	–589	–	–11.671		–7.887	–611	–	–8.498
Kohleswaps	–12.945	–10.300	–	–23.245		–6.047	–4.766	–	–10.813
davon ohne Sicherungsbeziehung	–903	–	–	–903		–65	–	–	–65
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	–12.042	–10.300	–	–22.342		–5.982	–4.766	–	–10.748
Ölswaps	–1	–	–	–1		–370	–	–	–370
davon ohne Sicherungsbeziehung	–1	–	–	–1		–95	–	–	–95
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	–	–	–	–		–275	–	–	–275
Gasswaps	–2.284	–991	–	–3.275		–2.561	–1.912	–	–4.473
davon ohne Sicherungsbeziehung	–597	–535	–	–1.132		–954	–838	–	–1.792
davon in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge	–1.687	–456	–	–2.143		–1.607	–1.074	–	–2.681
Zinsswaps (in Sicherungsbeziehung Cashflow Hedge)	–	–1.941	–2.670	–4.611		–	–1.771	–13.212	–14.983
Finanzielle Garantien	–26.886	–	–	–26.886		–30.645	–	–	–30.645
	–575.080	–331.616	–665.957	–1.572.653		–469.379	–247.371	–785.751	–1.502.501

8. Segmentberichterstattung

T 66

	WÄRME- & STROM- ERZEUGUNG		STROMVERSORGUNG		GASVERSORGUNG		WÄRMEVERSORGUNG			WASSERVERSORGUNG		BETEILIGUNGEN		SONSTIGE AKTIVITÄTEN/ KONSOLIDIERUNG		KONZERN	
TSD, €	2013	2012 ⁽¹⁾	2013	2012 ⁽¹⁾	2013	2012 ⁽¹⁾	2013	2012 ⁽¹⁾		2013	2012 ⁽¹⁾	2013	2012 ⁽¹⁾	2013	2012 ⁽¹⁾	2013	2012 ⁽¹⁾
Außenumsatz	46.309	28.069	1.229.050	1.087.314	692.721	664.207	126.610	113.030		74.361	75.095	489	517	41.621	40.923	2.211.161	2.009.155
Innenumsatz	210.656	136.493	8.314	7.817	93.550	96.499	2.822	2.649		373	362	3.334	3.913	-319.049	-247.733	-	-
Gesamtumsatz	256.965	164.562	1.237.364	1.095.131	786.271	760.706	129.432	115.679		74.734	75.457	3.823	4.430	-277.428	-206.810	2.211.161	2.009.155
Segmentergebnis	15.631	18.822	-8.647	-29.201	73.264	82.676	2.962	-149		-1.016	-9.955	57.547	77.436	-3.098	-20.039	136.643	119.590
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	-	-		-	-	81.444	92.992	-	-	81.444	92.992
Planmäßige Abschreibungen	17.805	8.729	14.652	15.501	12.837	12.457	5.725	5.770		5.895	5.847	-	-	19.021	17.598	75.935	65.902
Wertminderungen	-	-	-	-	-	-	-	-		-	-	1.400	21.993	-	-	1.400	21.993
Wertaufholungen	-	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-	26.627	-	-	-	26.627
Wesentliche nicht zahlungswirksame Posten	-11.636	188	-3.327	32.583	-512	163	3.087	-252		18.726	19.631	68	-	4.319	6.698	10.725	59.011
Zinserträge	6.937	6.520	1.159	1.151	176	250	29	26		5	29	154	143	409	872	8.869	8.991
Zinsaufwendungen	7.358	2.478	1.731	2.180	1.641	8.580	563	908		793	1.036	19.088	18.363	2.088	3.152	33.262	36.697

⁽¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen siehe Anhang Abschnitt 2 unter Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Segmentberichterstattung der MAINOVA hat das Ziel, Informationen über die wesentlichen Geschäftssegmente des Konzerns zur Verfügung zu stellen. Die Abgrenzung der berichtspflichtigen Segmente ist nach dem verpflichtend anzuwendenden „Management Approach“ allein auf die intern vom Management zur Steuerung des Konzerns verwendete Berichtsstruktur ausgerichtet. Bei dem Segmentergebnis handelt es sich um das Ergebnis vor Steuern (EBT). Da MAINOVA stark regional eingegrenzt und ausschließlich innerhalb Deutschlands tätig ist, wurde auf eine Darstellung nach geographischen Merkmalen verzichtet.

Die Segmentberichterstattung untergliedert sich in die im Folgenden genannten Geschäftssegmente:

- › Wärme- und Stromerzeugung
- › Stromversorgung
- › Gasversorgung
- › Wärmeversorgung
- › Wasserversorgung
- › Beteiligungen
- › Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung

Das Segment **Wärme- und Stromerzeugung** umfasst das Geschäft der Wärme- und Stromerzeugungsanlagen der MAINOVA AG und der Tochterunternehmen.

Die Segmente **Strom-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung** decken jeweils die Wertschöpfungskette vom Bezug bzw. Handel über die Verteilung und den Vertrieb unserer Produkte ab.

Dem Segment **Beteiligungen** ist unser gesamtes Beteiligungsportfolio von 23 nach der Equity-Methode einbezogenen Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie 17 weiteren Beteiligungsgesellschaften zugeordnet.

Unter **Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung** werden Konsolidierungseffekte sowie andere, nicht den gesondert dargestellten Segmenten zuzuordnende Tätigkeiten von untergeordneter Bedeutung ausgewiesen; hierzu zählen Dienstleistungen der Zentralbereiche der MAINOVA für Dritte.

Die Segmentdaten wurden in Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss ermittelt. In den wesentlichen nicht zahlungswirksamen Effekten sind vor allem die Veränderungen der Rückstellungen einschließlich der erfolgsneutralen Veränderungen und die wesentlichen zahlungsunwirksamen sonstigen Aufwendungen und Erträge erfasst. Die segmentbezogenen Veränderungen des Working Capital wurden nicht ausgewiesen. Die Verrechnungspreise zwischen den Segmenten entsprechen im Wesentlichen den üblichen Marktpreisen.

Weitere Erläuterungen zu den Segmentergebnissen sind im Lagebericht enthalten.

Die Überleitung auf das Segmentergebnis ergibt sich wie folgt:

T 67

TSD, €	2013	2012 ⁽¹⁾
Ergebnis nach Ertragsteuern lt. GuV	116.049	95.858
Ertragsteuern	20.594	23.732
Segmentergebnis	136.643	119.590

⁽¹⁾ Anpassung der Vorjahreszahlen siehe Anhang Abschnitt 2 unter Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

9. Angaben zur Kapitalflussrechnung

Der Finanzmittelfonds in Höhe von 16,7 Mio. Euro (Vorjahr 10,7 Mio. Euro) besteht ausschließlich aus Kassenbeständen und Bankguthaben. Unter Berücksichtigung der Guthaben aus dem Cash Pooling bei der SWFH ergibt sich ein Finanzmittelbestand in Höhe von 172,6 Mio. Euro (Vorjahr 65,8 Mio. Euro).

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 79,0 Mio. Euro zu und beträgt 211,4 Mio. Euro. Neben einem gestiegenen Jahresüberschuss und höheren Abschreibungen ist der Anstieg insbesondere durch die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der Steuerverbindlichkeiten verursacht.

Im Geschäftsjahr 2013 liegen die Mittelabflüsse aus Investitionstätigkeit um 33,1 Mio. Euro über dem Vorjahr und betragen 143,8 Mio. Euro. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen höhere Auszahlungen aus Geldanlagen im Rahmen des Cash Poolings mit der SWFH. Gegenläufig haben sich die höheren Einzahlungen aus Anlageabgängen sowie die geringeren Investitionen in Sachanlagen und Tochterunternehmen ausgewirkt.

Der mit 61,6 Mio. Euro negative Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um 40,2 Mio. Euro gestiegen. Dies ist vor allem auf geringere Darlehensaufnahmen und höhere Darlehenstilgungen zurückzuführen.

Insgesamt konnten die Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden, sodass sich der Finanzmittelbestand um 6,0 Mio. Euro erhöht hat.

10. Sonstiges

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt waren bei MAINOVA 2.858 (Vorjahr 2.974) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Ergebnis je Aktie

T 68				
	31.12.2013		31.12.2012	
	UNVER- WÄSSERT	VERWÄSSERT	UNVER- WÄSSERT	VERWÄSSERT
Gesellschaftern der Mainova AG zurechenbares Ergebnis in Tsd. €	114.366	114.366	95.842	95.842
Gewichtete Anzahl der Aktien der SWFH als Organträger in Tsd.	4.182	4.182	4.182	4.182
Ergebnis je Stückaktie in €	27,35	27,35	22,92	22,92

Da nur die Stückaktien der SWFH als Organträger an der Gewinnverwendung teilnehmen, erfüllen nur diese Stückaktien die Definition „Ordinary Shares“ nach IAS 33. Die Anteile der anderen Gesellschafter partizipieren nicht am Gewinn und Verlust der Gesellschaft, sondern erhalten vom Organträger eine feste Garantiedividende in Höhe von 9,48 Euro je Stückaktie. Das Ergebnis je Aktie ist daher der Quotient aus dem Ergebnis der MAINOVA vor Gewinnabführung und der Anzahl der Stückaktien der SWFH.

Eventualverbindlichkeiten und finanzielle Verpflichtungen

Die **Eventualverbindlichkeiten** setzen sich zum 31. Dezember 2013 wie folgt zusammen:

TSD. €	2013		2012	
	NOMINAL- BETRAG	VALUTA	NOMINAL- BETRAG	VALUTA
Bürgschaften	23.525	16.317	25.525	19.910
Gewährleistungsverträge	9.440	10.569	12.726	10.790
	32.965	26.886	38.251	30.700

Für die Beteiligung GKI hat MAINOVA im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kraftwerks zugunsten einer Geschäftsbank eine selbstschuldnerische und unbefristete Teilbürgschaft für den Kreditrahmen bei der Bank abgegeben. Der Anteil der MAINOVA beträgt 20,3 Mio. Euro und entspricht 15,6 % des Kreditrahmens. Die Verpflichtung valutiert zum Stichtag mit 13,2 Mio. Euro.

Auf der Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die MAINOVA derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Eventualverbindlichkeiten zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldnern erfüllt werden können. Daher schätzt die MAINOVA bei allen Eventualverbindlichkeiten die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

Finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus den nachfolgend aufgeführten Sachverhalten:

TSD. €	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT			
	GESAMT- BETRAG	BIS ZU 1 JAHR	1–5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	596.298	351.035	245.263	–
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	14.231	14.231	–	–
Verpflichtungen durch Erwerb von Emissionsrechten	26.213	15.127	11.086	–
Verpflichtungen zur Einzahlung in die Kapitalrücklage der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	7.726	7.726	–	–
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen (Operating Leasing)	28.729	4.183	10.949	13.597
Nachschussverpflichtung MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	1.000	1.000	–	–
Verpflichtung zur Leistung einer Einlage in das Eigenkapital der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	134	134	–	–
Gesamt	674.331	393.436	267.298	13.597

Das Bestellobligo steht insbesondere in Zusammenhang mit diversen Bau- und Modernisierungsmaßnahmen.

Die Verpflichtungen zur Einzahlung in die Kapitalrücklage des Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG (GKB) entstehen im Rahmen der Inanspruchnahme von Baufinanzierungsmitteln durch die GKB im Zusammenhang mit dem Kraftwerksbau.

Die Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen (Operating Leasing) betreffen überwiegend langfristige Pachtverträge für Stromerzeugungs- und Versorgungsanlagen, Miet- und Leasingverpflichtungen für Lager- und Verwaltungsgebäude sowie für die Grundstücke unserer Windparks.

Die Nachschussverpflichtung bezüglich der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW) beruht auf § 17 des Gesellschaftsvertrags in der Fassung vom 11. November 2008. Danach kann die Gesellschafterversammlung mit Mehrheitsbeschluss von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu der Höhe von 2,0 Mio. Euro (davon MAINOVA 1,0 Mio. Euro) einfordern. Aufgrund der Beteiligungsverhältnisse kann eine Nachschusspflicht ohne Zustimmung der MAINOVA nicht beschlossen werden.

Leasing

Die nachstehende Tabelle stellt die Investitionen in Finanzierungsleasingverhältnisse dar:

T 71				
TSD. €	31.12.2013		31.12.2012	
	BRUTTO-INVESTITIONEN	BARWERT DER MINDEST-LEASING-ZAHLUNGEN	BRUTTO-INVESTITIONEN	BARWERT DER MINDEST-LEASING-ZAHLUNGEN
Fällig bis 1 Jahr	11.464	10.874	11.514	10.922
Fällig 1 bis 5 Jahre	44.792	33.256	45.210	33.624
Fällig über 5 Jahre	60.873	26.996	71.918	31.184
	117.129	71.126	128.642	75.730
Barwert des nicht garantierten Restwerts		2.501		2.307
Leasingforderungen		73.627		78.037

Die Bruttoinvestition lässt sich wie folgt in den Barwert der Mindestleasingzahlungen überleiten:

T 72		
TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	111.693	123.206
Nicht garantierte Restwerte	5.436	5.436
Bruttoinvestition	117.129	128.642
Nicht realisierter Finanzertrag	43.502	50.605
Nettoinvestition	73.627	78.037
Barwert der nicht garantierten Restwerte	2.501	2.307
Barwert der Mindestleasingzahlungen	71.126	75.730

Die im Jahr 2013 im Rahmen von Finanzierungsleasingverhältnissen als Ertrag erfassten bedingten Mietzahlungen betragen 0,3 Mio. Euro (Vorjahr 0,2 Mio. Euro).

Bei den Finanzierungsleasingverhältnissen handelt es sich um Pachtverträge über Kraftwerke und Versorgungsnetze sowie Contracting-Projekte, bei denen MAINOVA zwar rechtlicher Eigentümer ist, die wesentlichen Chancen und Risiken aus der Nutzung des Vermögenswerts aber beim Kunden liegen. Dies hat zur Folge, dass die Vermögenswerte nicht im Sachanlagevermögen der MAINOVA, sondern stattdessen in den Forderungen aus Finanzierungsleasing zu bilanzieren sind.

Mit der AVA GmbH besteht ein Vertrag über die Verpachtung eines HKW in Frankfurt am Main Nordweststadt einschließlich Grundstück. Die AVA GmbH verpachtet ihre Abfallverbrennungsanlage gemeinsam mit dem von MAINOVA gepachteten HKW an die MHKW zum Betrieb eines einheitlichen Müllheizkraftwerks. Das Vertragsverhältnis mit der AVA GmbH hat eine Laufzeit von 22,5 Jahren und endet am 30. Juni 2029.

Die AVA GmbH zahlt einen Pachtzins, der sich aus mehreren festen Bestandteilen und einem variablen Bestandteil zusammensetzt. Der Pachtzins ist hinsichtlich des festen Teils wertgesichert. Die jährliche Preisanpassung ist an die Entwicklung des Preisindex der Erzeugnisse von Investitionsgüterproduzenten gebunden.

Im Rahmen des mit der Süwag Energie AG abgeschlossenen Pachtvertrags verpachtet MAINOVA ihr in den Gebieten Unterliederbach, Sindlingen, Zeilsheim und Sossenheim liegendes Stromnetz. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren und endet am 31. Dezember 2026.

Bei den Contracting-Projekten handelt es sich insbesondere um einen bereits im Jahr 2001 abgeschlossenen Energieliefervertrag mit der Fraport AG, zu dessen Zweck die MAINOVA eigens ein Heiz-/Kältewerk errichtet hat und dieses betreibt. Der jährliche Grundpreis des Energieliefervertrags, der auch die Kosten für die Nutzungsüberlassung des Heiz-Kältewerks enthält, ist an die Entwicklung

des Investitionsgüterindex geknüpft. Der Vertrag hat eine Laufzeit von elf Jahren und endet am 31. Dezember 2020.

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die MAINOVA beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von MAINOVA beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, müssen angegeben werden.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über den Mehrheitsgesellschafter SWFH ist MAINOVA ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält MAINOVA mit seinen Tochterunternehmen Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen ist bei der MAINOVA nur der Vorstand anzusehen.

Mit den nahestehenden Unternehmen wurden in den Geschäftsjahren 2013 und 2012 Geschäfte getätigt, die zu folgenden Abschlussposten führten:

T 73										
	STADTWERKE FRANKFURT AM MAIN HOLDING GMBH SOWIE DEREN TOCHTER-, GEMEINSCHAFTS- UND ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN		STADT FRANKFURT AM MAIN SOWIE DEREN TOCHTER-, GEMEINSCHAFTS- UND ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN		THÜGA AG UND DEREN TOCHTER- UND GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN		GEMEINSCHAFTS-UNTERNEHMEN		ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN ^(*)	
TSD. €	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Energie- und Wasserdieferungen										
Umsatzerlöse	31.414	29.664	82.337	83.383	232.632	241.566	22.372	33.658	89.877	104.409
Materialaufwand	1.437	415	1.314	1.109	484.020	437.631	15.438	16.978	538.601	525.258
Forderungen	5.900	8.061	32.572	28.023	5.920	1	3.054	1.366	13.829	56.334
Verbindlichkeiten	18	1.089	526	800	333	769	2.012	3.463	77.182	110.116
Sonstiges										
Erträge	18.214	18.738	20.790	24.895	4.587	3.677	11.561	8.011	65.482	80.797
Aufwendungen	97.539	83.608	54.473	51.036	701	539	2.578	1.725	4.820	28.049
Forderungen	118.220	143.797	6.476	9.501	1	–	1.733	150	1.484	3.298
Verbindlichkeiten	49.180	86.780	45.965	33.790	25.527	3.298	10.667	8.502	410	4.716

(*) einschließlich der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Finanzierungsbedingungen bzw. den Liefer- und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

Grundzüge der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen. Diese umfassen im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzzielen gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Mitarbeiterzufriedenheit“ und „Kundenzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt bzw. Hinterbliebenenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon erhält ein Vorstandsmitglied aufgrund der hohen Versorgungsanswartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche angerechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grundvergütung. Der Anspruch von 35 % bzw. 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag. Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Die Bezüge des Vorstands im Geschäftsjahr 2013 gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

T 74								
€	FIXE VERGÜTUNG		VARIABLE VERGÜTUNG				BARWERT DER PENSIONS- VERPFLICH- TUNG	ZUFÜH- RUNG ZUR RÜCKSTEL- LUNG FÜR PENSIONS- VERPFLICH- TUNG
	GRUND- VERGÜTUNG	TANTIEME- ANTEIL	KURZ- FRISTIG	LANGFRIS- TIG (LAP)	SONSTIGE BEZÜGE	SUMME		
Dr. Constantin H. Alsheimer	264.996	46.000	53.238	108.640	41.195	514.069	520.625	82.123
Prof. Dr. Peter Birkner	199.992	46.000	35.302	66.080	10.261	357.635	212.066	87.673
Norbert Breidenbach	109.998	23.000	23.610	48.720	14.997	220.325	22.723	22.723
Lothar Herbst	199.992	46.000	36.482	78.400	21.211	382.085	1.051.051	158.657
Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig	100.002	23.000	–	–	9.246	132.248	261.066	–
Summe	874.980	184.000	148.632	301.840	96.910	1.606.362	2.067.531	351.176

Für das Geschäftsjahr 2012 wurden im Jahr 2013 erfolgsabhängige Tantiemen von 799.774,00 Euro ausbezahlt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA AG innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß §§ 190 ff. UmwG oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA AG der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Stadtwerke-Frankfurt-Konzerns unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA AG dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amts. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Im Geschäftsjahr 2013 bestand für die Unternehmensleitung sowie für die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D & O-Versicherung). Hierfür sind Versicherungsprämien in Höhe von 77.533,50 Euro aufgewendet worden.

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt und beträgt für 2013:

T 75			
€	FIXE VERGÜTUNG	SITZUNGSGELD	SUMME
Dr. h. c. Petra Roth	10.417	3.600	14.017
Uwe Becker	20.833	6.800	27.633
Peter Arnold	17.000	7.600	24.600
Ewald Woste	17.000	3.600	20.600
Peter Bodens	11.833	4.000	15.833
Hans-Dieter Bürger	15.000	4.400	19.400
Jutta Ebeling	12.000	2.800	14.800
Reinhold Falk	12.000	6.400	18.400
Markus Frank	12.000	3.600	15.600
René Gehringer	10.000	3.600	13.600
Dr. h. c. Ernst Gerhardt	12.000	4.400	16.400
Rosemarie Heilig	11.833	4.000	15.833
Holger Klingbeil	12.000	4.400	16.400
Cornelia Kröll	10.000	1.600	11.600
Klaus Oesterling	5.833	1.200	7.033
Bernd Rudolph	10.000	3.600	13.600
Nicole Salm	12.000	4.400	16.400
Edwin Schwarz	10.000	2.800	12.800
Ralf-Rüdiger Stamm	12.000	6.800	18.800
Jürgen Wachs	7.500	2.400	9.900
Frank Wiese	12.000	4.800	16.800
Thomas Wissgott	3.000	800	3.800
Summe	256.249	87.600	343.849

Die Bezüge des Beirats beliefen sich auf 62.400,00 Euro.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 648.404,06 Euro. Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 8.366.038,00 Euro zurückgestellt worden.

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Mainova AG gemäß § 161 AktG

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von MAINOVA für den Zeitraum bis zum 4. Dezember 2013 wurde am 5. Dezember 2013 im Internet (www.mainova.de/governance-bericht) abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

Honorare des Abschlussprüfers

Das im Geschäftsjahr 2013 für den Konzernabschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erfasste Honorar betrug für die Prüfung des Konzernabschlusses 408 Tsd. Euro. Ferner betrug das Honorar für sonstige Leistungen 247 Tsd. Euro.

Angaben zu Konzessionen und Gestattungen

Zwischen MAINOVA und der Stadt Frankfurt am Main sowie einer Reihe von weiteren Städten und Gemeinden bestehen Wegenutzungs- und Gestattungsverträge im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserbereich.

In den Wegenutzungsverträgen zur Strom- und Gasversorgung wird die Nutzung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen und städtischen bzw. gemeindeeigenen Grundstücken für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen sowie Anlagen zur Strom- bzw. Gasversorgung geregelt. Der Netzbetrieb zur allgemeinen Versorgung mit Strom und Gas erfolgt durch die NRM. Es besteht in den jeweiligen Stadt- bzw. Gemeindegebieten eine gesetzliche Pflicht des Netzbetreibers zur Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Netzanschlusses und -zugangs.

Die Laufzeit der Wegenutzungsverträge im Strom und Gas ist auf 20 Jahre begrenzt. Während der Laufzeit der Wegenutzungsverträge besteht die Verpflichtung zur Zahlung von Konzessionsabgaben, deren Höchstgrenzen nach der Verordnung über Konzessionsabgaben für Strom und Gas (KAV) festgesetzt sind. Die Konzessionsabgaben werden den Endkunden im Rahmen der Energielieferung von den jeweiligen Händlern in Rechnung gestellt und von diesen an den Netzbetreiber abgeführt. Der Netzbetreiber wiederum führt die eingezogenen Konzessionsabgaben an MAINOVA ab. MAINOVA leistet schließlich Konzessionsabgaben an die jeweilige Stadt oder Gemeinde auf der Grundlage des Wegenutzungsvertrags und im Rahmen der KAV.

Soweit eine Stadt oder Gemeinde nach dem Ablauf der Vertragslaufzeit den Wegenutzungsvertrag nicht mehr mit MAINOVA fortführen möchte, besteht eine gesetzliche Übereignungspflicht bezüglich der örtlichen Strom- bzw. Gasverteilungsanlagen an den neuen Konzessionsnehmer oder die Stadt bzw. Gemeinde, falls diese den Netzbetrieb selbst übernehmen will. Die Überlassung erfolgt gegen Zahlung einer wirtschaftlich angemessenen Vergütung an MAINOVA.

Mit den Gestattungs- und Konzessionsverträgen über Wasser und Fernwärme werden das Recht und die Verpflichtung zur Bereitstellung von Wasser- und Abwasserdienstleistungen bzw. zur Versorgung mit Fernwärme, zum Betrieb der entsprechenden Infrastruktur und zur Durchführung von Investitionen geregelt. Die Gestattungen und die Konzessionen laufen in der Regel über einen Zeitraum von 20 Jahren.

Frankfurt am Main, den 10. März 2014


DR. ALSHEIMER


PROF. DR. BIRKNER


BREIDENBACH


HERBST

Konsolidierungskreis und Anteilsbesitzliste des Mainova-Konzerns

T 76						
	SITZ	ANTEIL AM KAPITAL	EIGENKAPITAL	ERGEBNIS NACH STEUERN	UMSATZERLÖSE	JAHR
		%	TSD. €	TSD. €	TSD. €	
Verbundene Unternehmen						
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	Frankfurt am Main	90,00	12.953	633	9.161	2013
Energieversorgung Main-Spessart GmbH	Aschaffenburg	100,00	18.038	3.182	22.405	2013
Erdgas Westthüringen Beteiligungsges. mbH	Bad Salzungen	56,00	27.209	5.042	–	2013
Ferme Eolienne de Migé SARL	Toulouse	100,00	–90	–90	–	2013
Hotmobil Deutschland GmbH	Gottmadingen	100,00	4.088	1.306	11.097	2013
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	116.273	29.732	–	2013
Mainova EnergieDienste GmbH	Frankfurt am Main	100,00	4.795	–1.157	43.766	2013
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	30	3	12	2013
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	85,00	9.279	372	3.083	2013
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	28	2	–	2013
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	63	6.137	56.390	2013
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.150	–37	3.032	2013
Mainova PV_Park 2 GmbH & Co. KG ⁽⁴⁾	Eggebek	100,00	1.229	27	521	2013
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG ⁽⁵⁾	Eggebek	100,00	1.932	51	827	2013
Mainova PV_Park 4 GmbH & Co. KG ⁽⁶⁾	Eggebek	100,00	2.119	56	911	2013
Mainova PV_Park 5 GmbH & Co. KG ⁽⁷⁾	Eggebek	100,00	2.574	73	1.102	2013
Mainova PV_Park 6 GmbH & Co. KG ⁽⁸⁾	Eggebek	100,00	2.892	53	1.229	2013
Mainova PV_Park 7 GmbH & Co. KG ⁽⁹⁾	Eggebek	100,00	561	6	242	2013
Mainova Wind Beteiligungs GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	18	–16	–	2013
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG ⁽¹¹⁾	Frankfurt am Main	100,00	6.172	108	1.348	2013
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.622	284	2.457	2013
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	3.776	53	1.497	2013
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	Frankfurt am Main	90,00	5.051	2.522	543.314	2013
SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH	Frankfurt am Main	100,00	36	1.039	11.403	2013
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	36	9	19	2013
Assoziierte Unternehmen						
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG ⁽³⁾	Heidesheim	28,80	–6	–6	52	2012
ABO Wind WP Kirchhain GmbH & Co. KG	Heidesheim	30,00	–	–	–	2012
book’n’drive mobilitätssysteme GmbH ⁽³⁾	Wiesbaden	33,00	–215	–163	2.579	2012
Eisenacher Versorgungsbetriebe GmbH ⁽²⁾	Eisenach	23,90	26.429	2.753	38.855	2012
Gas-Union GmbH	Frankfurt am Main	34,27	179.397	37.723	1.979.651	2012
Gasversorgung Offenbach GmbH ⁽¹⁾	Offenbach am Main	25,10	20.323	3.197	39.562	2012
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	67	–4.787	–	2012
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	306.801	9.817	141.062	2012
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	90.855	862	67.555	2012
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	965	294	6.190	2012
Metegra GmbH	Laatzen	25,00	–243	–516	1.886	2012
Ohra Energie GmbH ⁽¹⁾	Hörselgau	49,00	36.075	5.213	37.155	2012
Stadtwerke Dreieich GmbH	Dreieich	26,25	41.101	4.539	50.162	2012
Stadtwerke Hanau GmbH	Hanau	49,90	66.314	5.103	204.060	2012
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA ⁽²⁾	München	20,53	2.574.900	297.700	6.846.200	2012
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	30.936	1.313	37.698	2012
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Wiesbaden	49,90	25	52	–	2013

T 76						
	SITZ	ANTEIL AM KAPITAL	EIGENKAPITAL	ERGEBNIS NACH STEUERN	UMSATZERLÖSE	JAHR
		%	TSD. €	TSD. €	TSD. €	
Gemeinschaftsunternehmen						
ENAG / Maingas Energieanlagen GmbH ⁽¹⁾	Eisenach	50,00	12.681	2.427	12.372	2012
eserv GmbH & Co. KG ⁽¹⁰⁾	Frankfurt am Main	50,00	–	–	–	2012
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH ⁽¹⁰⁾	Frankfurt am Main	50,00	–	–	–	2012
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	43.152	4.031	43.172	2012
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	27.774	5.476	71.669	2012
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg	50,00	22.404	2.372	28.936	2012
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	396	30	3.143	2012
Sonstige Beteiligungen						
8KU Renewables GmbH ⁽³⁾	Berlin	12,50	303	9	329	2012
ABGnova GmbH ⁽³⁾	Frankfurt am Main	50,00	129	11	753	2012
ABO Wind AG ⁽³⁾	Wiesbaden	10,37	39.899	5.488	51.920	2012
Dynega Energiehandel GmbH ⁽³⁾	Frankfurt am Main	13,34	257	20	451	2012
Hanau Netz GmbH	Hanau	10,00	50	–14	–	2012
Hessenwasser Verwaltungs GmbH ⁽³⁾	Groß-Gerau	36,33	62	3	–	2012
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	Frankfurt am Main	20,00	96	1	–	2012
Netzwerk Offshore Wind GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	–9	–39	–	2013
Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	15	–2	–	2013
Offshore Wind für Hessen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	60,00	8	–35	–	2013
Offshore Wind für Hessen Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	30	–	3	2013
SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG ⁽³⁾	München	12,50	90.172	2.257	41	2012
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH ⁽³⁾	Frankfurt am Main	29,90	4.036	77	20.343	2012
Syneco Verwaltungs GmbH ⁽³⁾	München	25,10	5.034	29	90	2012
Syneco GmbH & Co. KG ⁽³⁾	München	17,01	48.293	2.167	–	2012

⁽¹⁾ Bilanzstichtag 30. September
⁽²⁾ Konzernabschluss
⁽³⁾ Angaben nach HGB
⁽⁴⁾ ehemals: PV NordStrom Eggebek XIII GmbH & Co. KG
⁽⁵⁾ ehemals: PV NordStrom Eggebek XIV GmbH & Co. KG
⁽⁶⁾ ehemals: PV NordStrom Eggebek XV GmbH & Co. KG
⁽⁷⁾ ehemals: PV NordStrom Eggebek XVI GmbH & Co. KG
⁽⁸⁾ ehemals: PV NordStrom Eggebek XVII GmbH & Co. KG
⁽⁹⁾ ehemals: PV NordStrom Eggebek XVIII GmbH & Co. KG
⁽¹⁰⁾ Neugründung in 2013
⁽¹¹⁾ ehemals ABO Wind WP Niederhambach GmbH & Co. KG

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der MAINOVA Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 10. März 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hauptmann	Galic
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

ERGÄNZENDE
INFORMATIONEN

S. 122	Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht 2013
S. 128	Organe der Gesellschaft
S. 134	Vorstand
S. 136	Mitglieder des Beirats
S. 138	Ausschüsse des Aufsichtsrats der MAINOVA AG
S. 140	Bereichsleiter und Stabsstellenleiter der MAINOVA
S. 141	Geschäftsführer MAINOVA Verbund
S. 142	Glossar
S. 144	Grafik- und Tabellenverzeichnis

T Z G P Y O W G T V O
A I R L O M A L U I N U Z A D I
W A I N O V A H S I L Ü L D V K O
V A O C T C M Y H Ü G T S J D V D
W A I N O V A H S L L D V K O
V A O C Y H G S J D V D

K
J O C
T H Ä U
H Ä U N S O B X
O B X Y T Ä V M
Y I Ä V M Ö D V K
D V K V J D V
V V J D V O U M G

A T N E S C H A F T M R T V Y O H
Ä B K I J V I H X Ü K B A V O M I A F
M X B L E R G Ä N Z E N D E T I T R T
O S J I N F O R M A T I O N E N G J X
I H D O L S A U F S I C H T S R A T O
K G A U S S C H Ü S S E J N M A C G T
O C I F Ü H R U N G S K R Ä F T E O K
T H Ä U K N V S B B E I R A T T X J G
S T O C B X S N M G L O S S A R Ä V M
W A I N O V A H S I L Ü L D V K O
V A N O C T C M Y H Ü G T S J D V D
H Ä U N S O B X

Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht 2013

Gemäß § 289 a HGB und gemäß der Empfehlung in Ziff. 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex berichten Vorstand und Aufsichtsrat nachfolgend über die Unternehmensführung bzw. die Corporate Governance des MAINOVA-Konzerns.

Vorstand und Aufsichtsrat sind sich der großen Verantwortung der MAINOVA AG als kommunaler Energieversorger und Dienstleistungsunternehmen gegenüber Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Mitarbeitern, der Umwelt und der Rhein-Main-Region bewusst. Ziele unseres Handelns sind daher wirtschaftlicher Erfolg und moralische Integrität. Diese sehen wir als Basis einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung und einer transparenten Unternehmensführung und -kontrolle.

Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Unser unternehmerisches Handeln orientiert sich an den geltenden Rechtsvorschriften und den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex in seiner jeweils aktuellen Fassung.

Leitung und Überwachung

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, besteht bei der MAINOVA AG ein duales Führungssystem, das dem Vorstand die Leitung des Unternehmens und dem Aufsichtsrat die Beratung und Überwachung des Vorstands zuweist. Diese beiden Gremien sind sowohl personell als auch hinsichtlich ihrer Kompetenzen streng voneinander getrennt.

Zusammensetzung und Arbeitsweise des Vorstands

Unserem Vorstand gehören vier Mitglieder an. Aufgrund des Ausscheidens eines Vorstandsmitglieds war der Vorstand in der Zeit vom 16. Februar 2013 bis 30. Juni 2013 nur mit drei Mitgliedern besetzt. Nähere Informationen zur Zusammensetzung des Vorstands und zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern finden Sie im Nachgang zu diesem Bericht.

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und vertritt die Gesellschaft. Er entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für deren Umsetzung. Dabei ist er an das Unternehmensinteresse gebunden und der nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts verpflichtet. Die Satzung der MAINOVA AG sieht vor, dass Geschäfte, die für die weitere Entwicklung des Unternehmens von besonderer Bedeutung und nicht bereits in der dem Aufsichtsrat vorgelegten und von ihm gebilligten Unternehmensplanung enthalten sind, der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen.

Unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstands ist jedes Vorstandsmitglied im Rahmen seines Verantwortungsbereichs allein geschäftsführungsbefugt. Dem Vorstandsvorsitzenden obliegen insbesondere die Leitung des Gesamtvorstands sowie die Federführung in der Geschäftspolitik des Konzerns. Darüber hinaus trägt er die Verantwortung für verschiedene Bereiche, wie z. B. Recht, interne Revision, Unternehmensstrategie, Compliance und Finanzen. Die drei Bereiche „Technik“, „Personal“ sowie „Handel und Vertrieb“ sind jeweils einem anderen Vorstandsmitglied zugewiesen. Die Geschäftsordnung des Vorstands und der Geschäftsverteilungsplan regeln im Einzelnen die Aufgaben und Zuständigkeiten des Vorstands. In der Geschäftsordnung sind insbesondere Regelungen zu Sitzungen und Beschlussfassungen sowie zur Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat enthalten.

In den Aufsichtsratssitzungen berichtet der Vorstand schriftlich oder mündlich zu den ihn betreffenden Tagesordnungspunkten und Beschlussvorlagen und beantwortet die Fragen der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder. Des Weiteren berät der Vorstandsvorsitzende zusammen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden regelmäßig über die Strategie und die Geschäftsentwicklung des Konzerns. Der Vorstand

stellt den Jahres- und Konzernjahresabschluss auf. Vorstandsausschüsse bestehen nicht.

Zusammensetzung und Arbeitsweise des Aufsichtsrats und von dessen Ausschüssen

Unser Aufsichtsrat besteht in Übereinstimmung mit dem deutschen Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) aus jeweils zehn Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer. Nähere Informationen zu den Aufsichtsratsmitgliedern, ihren Mandaten und der Zusammensetzung der Aufsichtsratsausschüsse finden Sie im Nachgang zu diesem Bericht.

Der Aufsichtsrat weist mit Vertretern aus der kommunalen Verwaltung, der Thüga AG als deutschlandweitem Verbundnetzwerk sowie Vertretern der Arbeitnehmer eine hohe Vielfalt und breite Branchenkenntnis auf.

Gegenwärtig gehören dem Aufsichtsrat vier Frauen an. Der Aufsichtsrat hat seine klare Präferenz erklärt, dass die Quote künftig weiter steigen soll. Dabei herrscht jedoch auch Einigkeit darüber, dass neben dem Geschlecht die fachliche Eignung weiterhin das ausschlaggebende Kriterium sein soll.

Der Aufsichtsrat hat auch von der Festsetzung von Zielgrößen für eine Beteiligung ausländischer, international besonders erfahrener und unabhängiger Mitglieder, von Vorgaben zur Vermeidung potenzieller Interessenkonflikte und von der Festlegung einer Altersgrenze abgesehen. Der Aufsichtsrat hält derartige Vorgaben im Hinblick auf die nationale Tätigkeit der MAINOVA AG, deren besondere Aktionärsstruktur mit einem kommunalen Großaktionär und die Notwendigkeit fachlicher Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten seiner Mitglieder nicht für dem Interesse des Unternehmens dienlich und hat dies in der Entsprechenserklärung bekannt gemacht.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung. Er ist zuständig für die Bestellung der Mitglieder des Vorstands und den Widerruf der Bestellung. Die entsprechenden Beschlüsse erfordern eine Mehrheit, die mindestens zwei Drittel der Stimmen seiner Mitglieder umfasst.

Der Aufsichtsrat tagt mindestens zweimal im Kalenderhalbjahr. Er fasst seine Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Geschäftsentwicklung, die Planung sowie die Risikolage des Unternehmens und stimmt mit dem Aufsichtsrat die Strategie und deren Umsetzung ab. Ebenso legt er dem Aufsichtsrat die Jahresabschlüsse der MAINOVA AG und des MAINOVA-Konzerns unter Berücksichtigung der Berichte des Abschlussprüfers zur Feststellung bzw. Billigung vor. Bestimmte Geschäfte und Maßnahmen des Vorstands bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat zur Steigerung der Effizienz seiner Arbeit aus dem Kreise seiner Mitglieder vier ständige Ausschüsse gebildet, die unter anderem seine Beschlüsse vorbereiten und ihre Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit fassen.

Präsidium

Das Präsidium besteht aus sechs Mitgliedern. Es bereitet gemeinsam mit dem Vorstand die langfristige Nachfolgeplanung für die Besetzung des Vorstands vor und unterbreitet dem Aufsichtsrat mit vorbereitender Funktion Vorschläge:

- a) zur Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern sowie für den Inhalt der Geschäftsordnung des Vorstands,
- b) zu den Anstellungsbedingungen und dem Vergütungssystem der Vorstandsmitglieder.

Das Präsidium tagt mindestens einmal im Jahr, im Übrigen nach Bedarf.

Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss

Der Ausschuss besteht aus zehn Mitgliedern und berät

- a) Angelegenheiten, die der Beschlussfassung durch die Hauptversammlung unterliegen (Kapital- und Satzungsänderungen, Unternehmensverträge u. Ä.),
- b) Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Erteilung des Prüfungsauftrages an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung,
- c) den nach § 90 Abs. 1 AktG zu erstattenden Bericht des Vorstands über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Erfolgsplanung),
- d) nach der Satzung oder der Geschäftsordnung des Vorstands zustimmungsbedürftige Maßnahmen des Vorstands und gibt dem Aufsichtsrat Beschlussempfehlungen, soweit der jeweilige Gegenstand der Beschlussfassung des Aufsichtsrats unterliegt.

Darüber hinaus holt der Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss zur Vorbereitung der Wahl des Abschlussprüfers eine Erklärung des vorgeschlagenen Jahresabschlussprüfers ein, ob und ggf. welche beruflichen, finanziellen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und dem Unternehmen und seinen Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung hat sich auch darauf zu erstrecken, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für das Unternehmen, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Ausschuss tagt zweimal jährlich, im Übrigen bei Bedarf.

Personalausschuss

Der Personalausschuss besteht aus acht Mitgliedern und berät

- a) die Personalplanung und die ihr zugrunde liegende Personalpolitik des Unternehmens,
- b) den Bericht über die Personalentwicklung des Unternehmens (Personalbericht),
- c) die Erteilung von handelsrechtlichen Vollmachten (Handlungsvollmacht, Prokura).

Der Ausschuss tagt zweimal jährlich, im Übrigen bei Bedarf.

Vermittlungsausschuss

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz zu bildende Vermittlungsausschuss besteht aus vier Mitgliedern. Er unterbreitet Personalvorschläge an den Aufsichtsrat, wenn für die Bestellung oder Abberufung von Vorstandsmitgliedern eine Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Der Vermittlungsausschuss tagt nur bei Bedarf.

Die Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Gesamtaufichtsrat über die Arbeitsergebnisse der Ausschüsse.

Die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat regelt neben den Aufgaben und Zuständigkeiten das Prozedere der Sitzungen und Beschlussfassungen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Die Gesellschaft unterstützt den Aufsichtsrat im gesetzlich zulässigen Umfang, informiert ihn regelmäßig über aktuelle Gesetzesänderungen und stellt einschlägige Fachliteratur zur Verfügung.

Weitere Einzelheiten zu der konkreten Arbeit des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse können Sie dem Bericht des Aufsichtsrats entnehmen.

Relevante Unternehmensführungspraktiken

Die geschäftlichen Aktivitäten der MAINOVA AG unterliegen vielfältigen Rechtsvorschriften und selbst gesetzten Verhaltensstandards.

Verhaltenskodex

Der gute Ruf und die Reputation als leistungsfähiges Dienstleistungsunternehmen sowie verlässlicher und seriöser Energie- und Wasserversorger sind entscheidende Voraussetzungen im Wettbewerb. Um ein einheitliches und vorbildliches Handeln und Verhalten zu gewährleisten, statuiert der Verhaltenskodex für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des MAINOVA-Konzerns verbindliche Regeln für den Umgang mit den moralischen, wirtschaftlichen und juristischen Herausforderungen des Berufsalltags. Leitlinie sind unsere Grundwerte Rechtfähigkeit, Eigenverantwortung, Aufrichtigkeit, Vertrauenswürdigkeit, Loyalität, Fairness sowie Respekt gegenüber den Mitmenschen und der Umwelt. Von daher verpflichtet der Verhaltenskodex insbesondere zu gesetzes- und regelkonformem Verhalten, zur Verschwiegenheit bei allen vertraulichen Angelegenheiten, zu parteipolitischer Neutralität, zur Förderung des Gemeinwohls, zum Schutz der Umwelt, zur Schonung der natürlichen Ressourcen, zu Arbeits- und Anlagensicherheit, zum Gesundheitsschutz, zur Achtung der Würde und Persönlichkeit eines jeden Mitarbeiters, zu Diversity, Loyalität, Transparenz, Datenschutz und Datensicherheit und zur Beachtung der Insider-Regeln.

Der Verhaltenskodex kann im Internet unter www.mainova.de/verhaltenskodex eingesehen werden.

Compliance

Unser Compliance-System schafft die organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass das jeweils geltende Recht sowie unsere internen Regelungen und Richtlinien konzernweit bekannt sind und ihre Einhaltung sichergestellt wird. Klar strukturierte Audit- und Meldesysteme gewährleisten eine rechtzeitige Entdeckung potenzieller Verstöße und die notwendige Vertraulichkeit von Hinweisen. Das Compliance-Management ist als Stabsstelle mit dem Chief Compliance Officer organisatorisch direkt unter dem Vorstand angesiedelt.

Umweltverantwortung und Mitgestaltung der Energiewende

Nachhaltiges Handeln ist für den MAINOVA-Konzern eine maßgebliche Voraussetzung für eine langfristig erfolgreiche Unternehmensführung, die insbesondere soziale und ökologische Verantwortung für gegenwärtige und zukünftige Generationen umfasst.

Vorstand und Aufsichtsrat sind sich bewusst, dass der MAINOVA AG als Energieversorgungsunternehmen eine besondere Verantwortung im Hinblick auf die Bewahrung unserer Umwelt zukommt, und wir arbeiten gerne daran mit, die Energieversorgung in Deutschland sowohl umweltschonend als auch zukunftssicher neu zu gestalten. Die MAINOVA AG begrüßt daher grundsätzlich die Entscheidung der Bundesregierung zum Ausstieg aus der Atomenergie, weist aber auch auf die Herausforderungen hin, vor die unsere Gesellschaft durch die Energiewende gestellt wird.

Mit unserer Erzeugungsstrategie, die die Strom- und Wärmeversorgung mit höchsten Anforderungen an Ökologie und Energieeffizienz regelt, streben wir eine signifikante Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien in unserem Erzeugungsmix an.

Als regional verwurzeltes Unternehmen sehen wir es auch als unsere Aufgabe an, den Bürgern die Notwendigkeit der Anpassungsmaßnahmen zur erfolgreichen Energiewende nahezubringen. Durch Modelle, wie etwa die Beteiligung von Bürgern an Windparks in ihrer Gemeinde, versuchen wir, den Bürger an den Gewinn

nen, die ein überlegter Umstieg auf erneuerbare Energien bringen kann, zu beteiligen.

Transparenz und Wahrung der Aktionärsinteressen

Unser Ziel ist es, unsere Aktionäre durch regelmäßige, offene und aktuelle Kommunikation gleichzeitig und gleichberechtigt über die Lage des Unternehmens zu informieren. Alle wesentlichen Informationen, wie z.B. Presse-, Ad-hoc- und Stimmrechtsmitteilungen, sowie sämtliche Finanzberichte veröffentlichen wir im Internet. Darüber hinaus stehen dort auch sämtliche Dokumente und Informationen zu unserer Hauptversammlung zur Verfügung. Bei unserer nächsten Hauptversammlung, die am 21. Mai 2014 in Frankfurt am Main stattfinden wird, werden wir unseren Aktionären erneut einen bestmöglichen Service bieten. Durch unsere aktive Investor-Relations-Tätigkeit stehen wir in enger Verbindung mit unseren Aktionären.

Angemessenes Risikomanagement

Unternehmerisches Handeln, das auf Wachstum ausgerichtet ist, beinhaltet naturgemäß gewisse Risiken. Zur optimalen Benennung und Bewertung von Risiken hat die MAINOVA AG ein Risikomanagement-System geschaffen, in dem klare Verantwortlichkeiten für Risikobereiche zugewiesen, eindeutige Verhaltensrichtlinien kommuniziert sowie geeignete Risikosteuerungs- und Kontrollprozesse entwickelt und bereitgestellt werden.

Das Risikomanagement dient der Beherrschung von Risiken und ist Ausdruck des Prinzips des nachhaltigen Wirtschaftens. Unsere Investitionsentscheidungen werden konsequent daran gemessen, ob das dabei einzugehende Risiko in angemessenem Verhältnis zu den erwarteten Vorteilen steht.

Aktienbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der MAINOVA AG betrug am Ende des Geschäftsjahres 2013 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien. Die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder haben keine Geschäfte mit MAINOVA-Aktien i. S. d. § 15 a WpHG getätigt.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die MAINOVA AG erstellt den Jahresabschluss nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG). Der Konzernabschluss wird nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt.

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss und den Konzernabschluss 2013 wurde die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, von der Hauptversammlung gewählt.

Umsetzung des Deutschen Corporate Governance Kodex

Mindestens einmal jährlich erörtern wir die in der MAINOVA AG gelebte Corporate Governance. Zuletzt geschah dies in der Aufsichtsratssitzung am 4. Dezember 2013. In seiner Sitzung am 28. Februar 2013 hatte sich der Aufsichtsrat zuvor intensiv mit dem Thema *Diversity* befasst.

Erfüllung der Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Die MAINOVA AG entspricht freiwillig den Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 mit im Wesentlichen folgenden Ausnahmen:

- Die Hauptversammlung wird nicht über moderne Kommunikationsmedien, wie z.B. das Internet, übertragen (Ziffer 2.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex). Die Aktionäre haben so die Möglichkeit, unbelastet von einer weitgehend öffentlichen Übertragung mit der Verwaltung zu diskutieren.
- Die Mitglieder des Vorstands werden auch bei der Erstbestellung regelmäßig für die maximal mögliche Bestelldauer von fünf Jahren bestellt (Ziffer 5.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex). Eine derartige Bindung wird in einem besondere Fachkenntnisse erfordernden Markt den Interessen des Unternehmens gerecht.

Entsprechenserklärung

Die MAINOVA AG erfüllt einen Großteil der Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Befolgung sämtlicher Empfehlungen ist für ein kommunales Unternehmen mit einem Großaktionär nicht interessengerecht.

Die nach § 161 AktG zu veröffentlichende jährliche Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex kann im Internet unter www.mainova.de/unternehmen/unternehmensprofil/unternehmensführung/gremien/corporate_governance.html eingesehen werden.

Sie lautet wie folgt:

Deutscher Corporate Governance Kodex

Erklärung gemäß § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der MAINOVA Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, erklären, dass seit der Abgabe der letzten Entsprechenserklärung vom 28. Februar 2013 den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers am 15. Juni 2012 bekannt gemachten Fassung vom 15. Mai 2012 und am 10. Juni 2013 bekannt gemachten Fassung vom 13. Mai 2013 mit folgenden Abweichungen entsprochen wurde und wird:

Keine Vereinbarung eines Selbstbezahls in der D & O-Versicherung für Mitglieder des Aufsichtsrats (Abschnitt 3.8 Abs. 3 i. V. m. Abs. 2):

Die D & O-Versicherungen für Aufsichtsratsmitglieder der MAINOVA sehen derzeit keinen Selbstbehalt vor. Die MAINOVA AG ist nicht der Auffassung, dass durch die Vereinbarung eines solchen Selbstbezahls die Leistungsbereitschaft, die Motivation, die Loyalität und das Verantwortungsbewusstsein ihrer Aufsichtsratsmitglieder zusätzlich gefördert werden.

Diversity in Führungspositionen (Abschnitt 4.1.5):

Der Vorstand der MAINOVA AG implementiert aktuell ein Konzept mit Maßnahmen für alle Führungsebenen, um die in Abschnitt 4.1.5 genannte Empfehlung umzusetzen, und wird dieses permanent weiterentwickeln.

Vertikaler Abgleich der Vorstandsvergütung sowie Festlegung des Versorgungsniveaus und Berücksichtigung des daraus abgeleiteten Aufwands für das Unternehmen (Abschnitt 4.2.2 Abs. 2 S. 3 und Abschnitt 4.2.3 Abs. 3):

Der Aufsichtsrat wird nach den Vorgaben der Neufassung des Kodex vom 10. Juni 2013 prüfen, ob und inwieweit bei der Festsetzung der Vergütung des Vorstands ein vertikaler Abgleich mit einer Vergleichsgruppe aus dem oberen Führungskreis oder der Belegschaft und ob und inwieweit bei Versorgungszusagen die Festlegung eines jeweils angestrebten Versorgungsniveaus unter Berücksichtigung des daraus abgeleiteten jährlichen und langfristigen Aufwands für das Unternehmen angemessen ist. Die entsprechenden Entscheidungen erfordern eine eingehende Beratung und Abstimmung im Aufsichtsrat sowie im vorberatenden Fachausschuss (Präsidium).

Keine Höchstgrenzen bei der Vergütung des Vorstands (Abschnitt 4.2.3 Abs. 2):

Die bestehenden Vorstandsverträge weisen aktuell keine betragsmäßigen Höchstgrenzen auf, wie diese in der Neufassung des Kodex vom 10. Juni 2013 empfohlen werden. Der Aufsichtsrat wird sich bei seinen Erwägungen im Hinblick auf die Anpassung der Vergütungssystematik (s. Abschnitt 4.2.2 Abs. 2 S. 2 und Abschnitt 4.2.3 Abs. 3) auch mit der Angemessenheit der Implementierung von Höchstgrenzen befassen.

Keine Altersgrenzen für Mitglieder des Vorstands (Abschnitt 5.1.2):

Altersgrenzen für Mitglieder des Vorstands wird für die MAINOVA AG aufgrund der notwendigen Flexibilität in einem besondere Fachkenntnisse erfordernden Markt als nicht den Unternehmensinteressen gerecht werdend erachtet.

Gleichzeitiger Vorsitz von Aufsichtsrat und Prüfungsausschuss (Abschnitt 5.2 Abs. 2):

Der mit Wirkung zum 30. Mai 2013 bestellte neue Aufsichtsratsvorsitzende hat schon seit Jahren den Vorsitz im Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss inne. Der Vorsitzende weist zu dem Vorstand keine größere Nähe auf als die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats. Er verfügt über sehr gute Kenntnisse über das Unternehmen und eine hohe Fachkompetenz.

Die Arbeit des Prüfungsausschusses wird durch den doppelten Vorsitz ebenso wenig beeinträchtigt wie die des Aufsichtsrats selbst. Die unmittelbare Kenntnis des Inhalts der Vorberatungen im Prüfungsausschuss erleichtert vielmehr die Sitzungsleitung. Von daher bestehen auch im Hinblick auf die Arbeitsbelastung keinerlei Bedenken gegen einen Doppelvorsitz.

Vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachte Leistungen (Abschnitt 5.3.2):
Die MAINOVA AG ist dabei, ein System zur zentralen Erfassung sämtlicher im Unternehmen durch die Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen zur regelmäßigen Vorlage an den Prüfungsausschuss und den Aufsichtsrat zu erarbeiten. Vor dem Hintergrund der Komplexität eines entsprechenden Systems und des Anspruchs des Unternehmens auf eine möglichst lückenlose Erfassung ist für die Implementierung eine ausführliche Umsetzungszeit erforderlich.

Keine Bildung eines Nominierungsausschusses durch den Aufsichtsrat (Abschnitt 5.3.3):
Nach den bisherigen Erfahrungen erachtet der Aufsichtsrat der MAINOVA AG die Bildung eines Nominierungsausschusses nicht für erforderlich, um geeignete Kandidaten vorzuschlagen. Die Entscheidung über die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung soll dem gesamten Aufsichtsrat obliegen.

Keine Benennung konkreter Ziele zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Abschnitt 5.4.1 Abs. 2 und 3):

Der Aufsichtsrat der MAINOVA AG weist aktuell einen Frauenanteil von 20 % auf. Bei der MAINOVA als mitbestimmtem kommunalen Unternehmen sind mehrere voneinander unabhängige Gruppen an der Vorbereitung der Empfehlungen an die Wahlgremien beteiligt. Der Aufsichtsrat empfiehlt diesen Gruppen, bei der Vornahme der Vorbereitungshandlungen den weiteren Ausbau des vorhandenen Anteils von Frauen zu berücksichtigen. Auf eine diesbezügliche Umsetzung hat der Aufsichtsrat keine direkte Einflussmöglichkeit und sieht daher von einer Benennung konkreter Ziele und deren Darstellung im Corporate-Governance-Bericht ab. Bei diesen Erwägungen werden auch die Eigentumsrechte der Anteilseigner im Hinblick auf die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder berücksichtigt.

Keine Notwendigkeit sieht der Aufsichtsrat für die Benennung von Zielen im Hinblick auf einen festen Anteil von ausländischen oder international besonders erfahrenen Mitgliedern, die Vermeidung von potenziellen Interessenkonflikten und eine festzulegende Altersgrenze für Aufsichtsratsmitglieder. Ersteres ist für die MAINOVA AG als hauptsächlich national tätiges Unternehmen nicht sinnvoll. Eine Vorgabe im Hinblick auf potenzielle Interessenkonflikte ist aufgrund der besonderen Aktionärsstruktur der MAINOVA AG mit einem kommunalen Großaktionär nur eingeschränkt umsetzbar. Eine Altersgrenze ist angesichts der besonderen Anforderungen an die Fachkenntnisse der Aufsichtsratsmitglieder eine nicht mit dem Unternehmensinteresse zu vereinbarende Einschränkung der Rechte unserer Aktionäre und Arbeitnehmer. Der Aufsichtsrat sieht auch davon ab, sich entsprechend der Empfehlung in Abschnitt 5.4.1 des Kodex in seiner Neufassung vom 15. Mai 2012 auf eine bestimmte Anzahl unabhängiger

Aufsichtsratsmitglieder als Ziel für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats festzulegen. Der Aufsichtsrat hält eine solche formalisierte Zielvorgabe für die Anzahl unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder für nicht erforderlich, da es im Interesse der Gesellschaft liegt, dass die Entscheidung über einen Aufsichtsratskandidaten weiterhin im Wesentlichen danach zu treffen ist, ob der jeweilige Kandidat über die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner Aufsichtsrats Tätigkeit verfügt. Insoweit würden konkrete Zielvorgaben nach der Ansicht des Aufsichtsrats sein Auswahlmessen zu stark einschränken. Im Übrigen sieht es der Aufsichtsrat als entscheidend an, bei seiner Arbeit stets dafür Sorge zu tragen, dass die Unabhängigkeit seiner Mitglieder vom Vorstand gegeben ist. Da entsprechende Ziele nicht festgelegt werden, entfällt eine eigene Darstellung in einem Corporate-Governance-Bericht.

Keine Beschränkung der Mitglieder des Aufsichtsrats hinsichtlich Tätigkeiten bei wesentlichen Mitbewerbern (Abschnitt 5.4.2 Satz 4):

Die Mitglieder des Aufsichtsrats der MAINOVA AG üben Organfunktionen bei Unternehmen aus, die je nach Betrachtungsweise als Wettbewerber der MAINOVA AG beurteilt werden könnten. Ihre Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der MAINOVA AG ist jedoch aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung und hohen fachlichen Qualifizierung im Unternehmensinteresse überaus wichtig. Nach der Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat begründen die ausgeübten Organfunktionen keinen Interessenkonflikt zum Nachteil des Unternehmens, der die erforderliche Unabhängigkeit für die Erfüllung der Kontroll- und Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats beeinträchtigen würde.

Keine Beschränkung der Mitglieder des Vorstands hinsichtlich Mandaten in Aufsichtsgremien (Abschnitt 5.4.5):

Aufgrund der besonderen Erfordernisse des Geschäftshandelns kommunaler Energieversorger entspricht es nicht dem Unternehmensinteresse, die Sitze der Vorstandsmitglieder in Aufsichtsräten konzernexterner börsennotierter Gesellschaften oder in Aufsichtsgremien von konzernexternen Gesellschaften mit vergleichbaren Anforderungen auf drei zu limitieren. Zur Wahrung der erforderlichen Flexibilität hat die MAINOVA AG daher die Übernahme von Nebentätigkeiten durch die Vorstandsmitglieder, insbesondere von Aufsichtsratsmandaten in konzernexternen Unternehmen, nicht von der Anzahl der Mandate, sondern der Zustimmung des Aufsichtsrats abhängig gemacht.

Die Unterstützung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Aufsichtsratsmitglieder erfolgt im gesetzlich zulässigen Umfang.

Kein Bericht des Aufsichtsrats über Interessenkonflikte und deren Behandlung (Abschnitt 5.5.3 Satz 1):

Der Aufsichtsrat berichtet in seinem Bericht an die Hauptversammlung nicht über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung, sondern räumt dem Grundsatz der Vertraulichkeit von Beratungen im Aufsichtsrat (vgl. § 116 Satz 2 AktG und Abschnitt 3.5 des Kodex) den Vorrang ein. Im Übrigen gelten die Regelungen des Kodex und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats zur Offenlegung von Interessenkonflikten durch einzelne Aufsichtsratsmitglieder gegenüber dem Gesamtplenum des Aufsichtsrats sowie die sonstigen aktienrechtlichen Vorgaben.

Keine Beendigung des Aufsichtsratsmandats bei Interessenkonflikten (Abschnitt 5.5.3 Satz 2):

Vorstand und Aufsichtsrat streben angesichts der Unbestimmtheit der Regelung an, bei etwaigen Interessenkonflikten in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds eine der jeweiligen Situation angemessene individuelle Lösung zu finden, durch welche die Unabhängigkeit des Aufsichtsrats gewährleistet bleiben soll.

Keine öffentliche Zugänglichmachung des Konzernabschlusses binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende und des Zwischenberichts binnen 45 Tagen nach dem Ende des Berichtszeitraums (Abschnitt 7.1.2):

Die sachbedingten besonderen Schwierigkeiten der Erstellung des Konzernabschlusses und der Zwischenberichte erfordern eine eingehende Zusammenstellung und Prüfung des Zahlenmaterials, die in den kurzen Fristen von 90 Tagen nach dem Geschäftsjahresende bzw. 45 Tagen nach dem Ende des Berichtszeitraums nicht in der gebotenen Gründlichkeit durchgeführt werden können.

Frankfurt am Main, den 19. Februar 2014

Für den Aufsichtsrat der MAINOVA AG



UWE BECKER
(VORSITZENDER DES AUFSICHTSRATS)

Für den Vorstand der MAINOVA AG



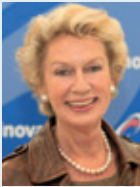
DR. CONSTANTIN H. ALSHEIMER
(VORSITZENDER DES VORSTANDS)



LOTHAR HERBST
(VORSTANDSMITGLIED)

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Uwe Becker Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main Vorsitzender des Aufsichtsrats (ab 30. Mai 2013)	• ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K) • Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K) • Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K) (ab 31. Mai 2013) • Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K) • Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (V) • Süwag Energie AG, Frankfurt am Main (K)	• AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (bis 21. März 2013 (stv V)) • Betriebskommission der Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (stv V) • Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main • Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (stv V) • Betriebskommission der Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (ab 6. November 2013 (V)) • Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main • Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main • RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (bis 31. Oktober 2013) • Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main • Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main • Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH, Frankfurt am Main • Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main
	Dr. h. c. Petra Roth Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Frankfurt am Main Vorsitzende des Aufsichtsrats (bis 29. Mai 2013)	• AXA Konzern Aktiengesellschaft, Köln • EUREX Frankfurt Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main • EUREX Zürich Aktiengesellschaft, Zürich • Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K) (bis 30. Mai 2013) • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München (stv V)	• Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (bis 6. November 2013 (V)) • Grontmij GmbH, Bremen
	Peter Arnold Freigestellter Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main 1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	• Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main	• Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (ab 1. April 2013) • Hanau Netz GmbH, Hanau (ab 5. März 2013) • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (ab 5. März 2013)

Aufsichtsrat

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Ewald Woste Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München 2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	• ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden (stv V) (bis 31. Dezember 2013) • Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft, Koblenz (stv V) • N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg (stv V) • Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel • Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen (stv V) • Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover • Thüringer Energie AG, Erfurt (V) (ab 1. Januar 2013) • WEMAG AG, Schwerin (V)	• EKO2 GmbH, Koblenz (stv V) • Energie Südbayern GmbH, München (bis 31. Dezember 2012 (stv V)) (ab 1. Januar 2013 (V)) • Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz (stv V) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (bis 31. Dezember 2013) • RhönEnergie Fulda GmbH (bis 27. Juni 2013 Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH), Fulda (stv V) • Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (bis 7. Januar 2013 Kasseler Fernwärme GmbH), Kassel • Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel • Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena • Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss • Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München
	Peter Bodens Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Hans-Dieter Bürger Beamter im Ruhestand Stadtrat a.D. der Stadt Frankfurt am Main	keine	keine
	Jutta Ebeling Bürgermeisterin a.D. der Stadt Frankfurt am Main	keine	• Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH, Frankfurt am Main (bis 2. September 2013) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (bis 5. November 2013)
	Reinhold Falk Freigestellter stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	• Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main	keine

Aufsichtsrat			
		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Markus Frank Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main	Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K)	- AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main - BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) - Betriebskommission der Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main - Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main - Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) - FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (V) - FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main - Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main (V) - HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main - House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main (stv V) - Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V) - Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 6. Dezember 2013) - Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH Frankfurt am Main (stv V)
	René Gehringer Anwendungsberater Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Dr. h. c. Ernst Gerhardt Unternehmensberater Beamter im Ruhestand Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main	keine	WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat			
		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Rosemarie Heilig Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main	- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (bis 21. März 2013) - Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (ab 28. Januar 2013)	- AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) - Betriebskommission der Hafenbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main - Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main - Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main - Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main - Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) - DRK - Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim - FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main (ab 19. März 2013) (ab 23. April 2013 (V)) - Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) - FÄZ Fachärzteezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ - Hospital-Service & Catering GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ - HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ - Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ - Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) - Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽²⁾ - Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Flörsheim am Main - Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe - RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main - Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Wiesbaden - Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V)
	Holger Klingbeil Anwendungsberater Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Cornelia Kröll Stellv. Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main	- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main (ab 23. Mai 2013) (ab 27. Juni 2013 (stv VI)) - APS Airport Personal Service GmbH, Frankfurt am Main (ab 19. März 2013)	keine

⁽¹⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main

⁽²⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat			
	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen	
	Klaus Oesterling (ab 30. Mai 2013) Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Römer, Frankfurt am Main	• Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K)	• tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH, Frankfurt am Main (ab 14. Oktober 2013) • traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (ab 14. Oktober 2013)
	Bernd Rudolph Stellv. Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München	• N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg • Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover • SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V) • WEMAG AG, Schwerin	• DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH, Dresden • eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz (stv V) • Energie Südbayern GmbH, München • Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland (Sylt) (stv V) • erdgas schwaben gmbh, Augsburg (bis 31. Dezember 2012 (stv V), ab 1. Januar 2013 (V)) • Freiburger Erdgas GmbH, Freiberg (stv V) • GEW Wilhelmshaven GmbH, Wilhelmshaven (stv V) • Harz Energie GmbH & Co. KG, Osterode am Harz (stv V) • Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH, Plauen (stv V) • Stadtwerke Bad Harzburg GmbH, Bad Harzburg (stv V) • Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG, Freudenstadt • Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Zweibrücken (stv V) • SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, Pforzheim (stv V) • Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München (V) • Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mit beschränkter Haftung, Hannover • Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau (stv V)
	Nicole Salm Referentin Abschluss und Berichterstattung Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Edwin Schwarz Stadtrat a. D. der Stadt Frankfurt am Main	keine	• Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (stv V)

Aufsichtsrat			
	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen	
	Ralf-Rüdiger Stamm Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main	• Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg • Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main	• FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main
	Jürgen Wachs (ab 1. April 2013) Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Friedberg	keine	keine
	Frank Wiese Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Thomas Wissgott (bis 31. März 2013) Geschäftsführer ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Frankfurt am Main	• Lufthansa Cargo Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (bis 31. März 2013) • Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (stv V) (bis 31. März 2013) • Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (stv V) (bis 31. März 2013)	keine

(K) Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG
(V) Vorsitz
(stv V) stellvertretender Vorsitz

Vorstand

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Dr. Constantin H. Alsheimer bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2018 Vorsitzender des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	• Eisenacher Versorgungs-Betriebe Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Eisenach (ab 16. September 2013 (stv V)) • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (V) • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach (ab 06. März 2013 (stv V)) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main ⁽⁴⁾ • Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V) • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (ab 01. Januar 2013 (V)) • Ohra Energie GmbH, Hörsel • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (ab 14. März 2013 (stv V)) • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (stv V) • Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München • Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München ⁽¹⁾ • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)
	Prof. Dr. Peter Birkner bestellt vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2016 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	• Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main ⁽²⁾ • Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (ab 04. März 2013 (V)) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (ab 21. Juni 2013) • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (bis 31. Juli 2013) • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen ⁽³⁾ • Hanau Netz GmbH, Hanau • Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (ab 14. März 2013) • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau • Südwestdeutsche Rohrleitungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V) • Syneco GmbH & Co. KG, München (vom 21. März bis 17. Oktober 2013)
	Norbert Breidenbach bestellt vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2018 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	• Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (ab 18. Juli 2013) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (ab 06. November 2013) ⁽⁴⁾ • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (ab 01. August 2013) • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (ab 09. August 2013) • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen (ab 18. Juli 2013) ³ • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (ab 01. Juli 2013) • Ohra Energie GmbH, Hörsel (vom 18. Juli bis 27. November 2013) • Syneco GmbH & Co. KG, München (ab 17. Oktober 2013) • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (ab 18. Juli 2013)

⁽¹⁾ Gesellschafter- und Finanzausschuss (V)
⁽²⁾ Gesellschafterausschuss
⁽³⁾ Konsortialausschuss
⁽⁴⁾ Koordinierungsausschuss

		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Lothar Herbst bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2015 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	• Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain, Frankfurt am Main	• Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg • Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main ⁴ • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (stv V) • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (vom 01. März 2013 bis 12. Juni 2013 (stv V); ab 13. Juni 2013 (V)) • Ohra Energie GmbH, Hörsel (stv V) • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen
	Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig bestellt vom 1. Oktober 2009 bis 16. Februar 2013 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	• Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (bis 20. Februar 2013 (V)) • Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (bis 20. Februar 2013) • Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (bis 20. Februar 2013) • Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (stv V) (bis 20. Februar 2013) • Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen (bis 20. Februar 2013) • Hanau Netz GmbH, Hanau (bis 05. März 2013) • Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (stv V) (bis 20. Februar 2013) • Ohra Energie GmbH, Hörsel (bis 20. Februar 2013) • Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (stv V) (bis 20. Februar 2013) • Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (bis 05. März 2013) • Syneco GmbH & Co. KG, München (bis 21. März 2013) • Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (bis 20. Februar 2013)

(K) Konzernmandate gem. § 100 Abs. 2 S. 2 AktG
(V) Vorsitz
(stv V) stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2013 bzw. den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der Mainova.

Mitglieder des Beirats

Stand 31. Dezember 2013

	Claus Kaminsky Oberbürgermeister der Stadt Hanau, Vorsitzender
	Wilhelm Speckhardt Bürgermeister der Stadt Eschborn, stellv. Vorsitzender
	Joachim Arnold Landrat des Wetteraukreises
	Christiane Augsburger Bürgermeisterin der Stadt Schwalbach am Taunus
	Prof. Dr.-Ing. Gerd Balzer Professor (emer.) der TU Darmstadt, Fachbereich Elektrotechnik und Informationstechnik
	Heinz-Peter Becker Bürgermeister der Stadt Mörfelden-Walldorf
	Helmut Becker Leiter HA Finanz- und Rechnungswesen Thüga Aktiengesellschaft
	Hans-Georg Brum Bürgermeister der Stadt Oberursel (Taunus)
	Horst Burghardt Bürgermeister der Stadt Friedrichsdorf
	Bernd Ehinger Präsident der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main und geschäftsführender Gesellschafter der Firma Elektro Ehinger GmbH
	Herbert Hans Grüntker Vorsitzender des Vorstands der Frankfurter Sparkasse
	Michael Haack Geschäftsführer der GWH Immobilien Holding GmbH
	Leonhard Helm Bürgermeister der Stadt Königstein im Taunus
	Hans-Jürgen Hielscher Erster Kreisbeigeordneter des Main-Taunus-Kreises
	Thomas Horn Bürgermeister der Stadt Kelkheim (Taunus)
	Frank Junker Geschäftsführer der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungs- gesellschaft mbH
	Peter Knapp Geschäftsführer der Interxion Deutschland GmbH
	Antje Köster Bürgermeisterin der Stadt Hattersheim am Main
	Michael Korwisi Oberbürgermeister der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe
	Ulrich Krebs Landrat des Hochtaunuskreises
	Matthias Kruse Managing Direktor der Lazard Asset Management GmbH

	Wolfgang Marzin Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe Frankfurt GmbH
	Peter Mensinger Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main
	Dr. Roland Mohr Geschäftsführer der Infraseriv GmbH & Co. Höchst KG
	Prof. Achim Morkramer Professor (emer.) der FH Frankfurt, Dekan des Fachbereichs Informatik
	Dr. Ulrich Reuter Landrat des Landkreises Aschaffenburg
	Karl-Christian Schelzke Geschäftsführender Direktor des Hessischen Städte- und Gemeindebundes
	Horst Schneider Oberbürgermeister der Stadt Offenbach
	Dr. Norbert Schraad Mitglied des Vorstands der Landesbank Hessen-Thüringen
	Georg Friedrich Sommer Managing Director der Commerzbank AG
	Gregor Sommer Bürgermeister der Gemeinde Wehrheim
	Gisela Stang Bürgermeisterin der Stadt Hofheim am Taunus
	Ludger Stüve Verbandsdirektor Regionalverband FrankfurtRhein- Main
	Klaus Temmen Bürgermeister der Stadt Kronberg im Taunus
	Claus Wisser Vorsitzender des Aufsichtsrats der AVECO Holding AG
	Dr. Matthias Zieschang Mitglied des Vorstands der Fraport AG
	Dieter Zimmer Bürgermeister der Stadt Dreieich

Ausschüsse des Aufsichtsrats der Mainova AG

Präsidium

Uwe Becker

Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Ausschusses

Peter Arnold

Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main
stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Reinhold Falk

Freigestellter stellv. Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main

Rosemarie Heilig

Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main

Dr. h. c. Petra Roth (bis 29. Mai 2013)

Oberbürgermeisterin a.D. der Stadt Frankfurt am Main

Ralf-Rüdiger Stamm

Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung
ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main

Ewald Woste

Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München

Wirtschafts-, Finanz- und Prüfungsausschuss

Uwe Becker

Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Ausschusses

Peter Arnold

Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main
stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Peter Bodens

Kfm. Angestellter Finanzen der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Markus Frank

Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main

Dr. h. c. Ernst Gerhardt

Unternehmensberater
Beamter im Ruhestand
Stadtkämmerer a.D. der Stadt Frankfurt am Main

Rosemarie Heilig

Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main

Nicole Salm

Referentin
Abschluss und Berichterstattung
der Mainova AG, Frankfurt am Main

Ralf-Rüdiger Stamm

Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung
ver.di – Landesbezirk Hessen,
Frankfurt am Main

Frank Wiese

Bereichsleiter der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Ewald Woste

Vorsitzender des Vorstands
der Thüga Aktiengesellschaft, München

Personalausschuss

Hans-Dieter Bürger

Beamter im Ruhestand,
Stadtrat a.D. der Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Ausschusses

Reinhold Falk

Freigestellter stellv. Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG,
Frankfurt am Main
stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Peter Arnold

Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Jutta Ebeling

Bürgermeisterin a.D. der Stadt Frankfurt am Main

Markus Frank

Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main

Holger Klingbeil

Anwendungsberater der Mainova AG,
Frankfurt am Main

Cornelia Kröll

Stellv. Landesleiterin
ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main

Thomas Wissgott (bis 31. März 2013)

Geschäftsführer
ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Frankfurt am Main

Ewald Woste

Vorsitzender des Vorstands
der Thüga Aktiengesellschaft, München

Ausschuss gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz (musste im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht einberufen werden)

Uwe Becker

Stadtkämmerer der Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Peter Arnold

Vorsitzender des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main
1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Ewald Woste

Vorsitzender des Vorstands
der Thüga Aktiengesellschaft, München
2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Aufsichtsratsmitglied der Anteilseigner

Reinhold Falk

Freigestellter stellv. Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main
Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmer

Bereichsleiter und Stabsstellenleiter der Mainova

Stand 31. Dezember 2013

Bereichsleiter	Stabsstellenleiter
Dr. Jörg Becker Asset Netze und Regulierung	Julia Antoni Innovations- und Wissensmanagement
Lothar Huber Asset und Anlagenbau Erzeugung	Björn Broda Unternehmensstrategie, M & A-Projekte und Nachhaltigkeit
Jürgen Kellner Energiebezug und -handel	Martina Butz Recht
Uwe Kettner Finanzen, Rechnungswesen und Controlling	Peter Dorosz Arbeitssicherheit und Umweltschutz
Philipp Lübcke IT	Martin Kronenberger Datenschutz und Unternehmenssicherheit
Mirko Maier Beteiligungsmanagement und -controlling	Dorothea Leidner Verbände
Kersten Paul Nebel Personal	Francisco Rodriguez Kommunalmanagement
Thomas Riemenschneider Vertrieb Geschäftskunden	Stefan Schlink Vorstandsangelegenheiten und Compliance Management
Peter Springer Zentraleinkauf	Alexander Zell Konzernkommunikation
Dr. Klaus Stallmann Betrieb und Instandhaltung Kraftwerke	
Bernhard Vogt Konzernmarketing, Vertrieb Privatkunden	
Frank Wiese Interne Dienste und Immobilienmanagement	

Geschäftsführer Mainova-Verbund

Stand 31. Dezember 2013

Mainova EnergieDienste GmbH	Netzdienste Rhein-Main GmbH
Christoph Armbruster Technischer Geschäftsführer	Dr. Stefan Herz (komm.) Kaufmännischer Geschäftsführer
Johannes Kofler Kaufmännischer Geschäftsführer	Dr. Bernhard Müller Technischer Geschäftsführer
Mainova ServiceDienste GmbH	Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH
N. N. Sprecher der Geschäftsführung und Kaufmännischer Geschäftsführer	Thomas Erfert Technischer Geschäftsführer
Bertram May Technischer Geschäftsführer	Johannes Kofler Kaufmännischer Geschäftsführer

Glossar

Barrel

Weltweite Maßeinheit für Rohöl. Dabei entspricht 1 US-Barrel 158,987 Liter.

Base

Grundlastprodukt mit konstanter Leistung über den Lieferzeitraum.

Betafaktor

Der Betafaktor ist das Maß für das relative Risiko einer einzelnen Aktie im Vergleich zum Gesamtmarkt. Bei einem Faktor größer als eins besteht ein höheres Risiko und bei einem Faktor kleiner als eins ein niedrigeres Risiko als im Vergleichsmarkt.

Biogas

Gas z. B. aus Bioabfallvergärungsanlagen, welches zur Erzeugung von Strom und Wärme verwendet wird. Biogas entsteht bei der bakteriellen Zerstörung von organischen Stoffen. Es besteht vorwiegend aus Methan (ca. 60 %), Kohlendioxid (ca. 35 %) sowie Stickstoff, Wasserstoff und Schwefelwasserstoff. Bevor es als Heizgas verwendet wird, wird es teilweise entschwefelt.

Biomassekraftwerk

Ein Biomassekraftwerk (BMKW) erzeugt Strom und/oder Wärme durch die Verbrennung von Biomasse. Wird nur Wärme erzeugt, spricht man von Biomasseheizwerk (BMHW), wird neben Strom auch Wärme abgegeben, von Biomasseheizkraftwerk (BMHKW).

Blockheizkraftwerk (BHKW)

Ein BHKW ist ein modular aufgebautes kleineres Heizkraftwerk. Blockheizkraftwerke nutzen, wie auch Heizkraftwerke, das Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Dabei verwerten sie die bei der Stromerzeugung anfallende Abwärme zu Heizzwecken. Übliche BHKW-Module sind mit einer elektrischen Leistung zwischen 5 kW und 5 MW deutlich kleiner als Heizkraftwerke mit 500 MW und mehr elektrischer Leistung. BHKW mit einer elektrischen Leistung unter 15 kW dienen zur Versorgung von einzelnen Gebäuden. Als Antrieb für die Stromerzeugung werden meistens Verbrennungsmotoren (Diesel- oder Gasmotoren), aber auch Gasturbinen verwendet. Durch die Kraft-Wärme-Kopplung wird die eingesetzte Primärenergie mit einem Gesamtwirkungsgrad bis über 90 % genutzt.

Bündelkunden

Mehrere Energiekunden können sich zusammenschließen, um durch die Summe ihres Bedarfs als Großabnehmer aufzutreten und günstigere Energiepreise auszuhandeln.

Bundesnetzagentur

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BnetzA) informiert über den deutschen Elektrizitäts-, Gas-, Telekommunikations- und Postmarkt, die rechtlichen Grundlagen und wichtige Verbraucherrechte in diesen Märkten. Das Ziel der Regulierung ist die Schaffung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbs bei der Versorgung mit Elektrizität und Gas. Die Bundesnetzagentur hat daher unter anderem die Aufgabe, einen diskriminierungsfreien Netzzugang zu gewährleisten und die von den Unternehmen erhobenen Netznutzungsentgelte zu kontrollieren.

Cashflow

Der Cashflow bezeichnet alle Zu- und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten in einem festgelegten Zeitraum.

Commodity

Bei Commodities handelt es sich um standardisierte handelbare Ware, zum Beispiel Strom, Gas, Kohle oder CO₂-Zertifikate.

Compliance

Compliance verpflichtet ein Unternehmen, die relevanten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen sowie ethischen Standards einzuhalten.

Contracting

Beim Contracting übernimmt ein Energieversorgungsunternehmen den Betrieb einer bestehenden technischen Anlage eines Kunden. Möglich ist auch die Investition in eine neue Anlage, die der Versorgung des Kunden dient. Der Kunde zahlt für die Laufzeit des Contracting-Vertrags einen Preis für die Energielieferung, der sich aus einem Fixkosten- und einem verbrauchsabhängigen Anteil zusammensetzt. Der Kunde spart bei dieser Lösung eigenes Investitionskapital, bezieht Nutzenergie aus hocheffizienten Energieanlagen und profitiert von der Erfahrung eines professionellen Anlagenbetreibers.

EBT

Das EBT ist das Ergebnis vor Steuern, welches die Basis für die Segmentsteuerung der MAINOVA bildet.

Emission

Unter Emissionen versteht man die Abgabe von Stoffen und Energien (z. B. Schall, Erschütterung, Strahlung, Wärme, Schadstoffe) aus einer Quelle an die Umwelt. Die Höhe der zulässigen Emissionswerte wird durch Vorschriften geregelt.

Emissionshandel

Das Emissionshandelssystem schafft eine wirtschaftliche Basis, den Ausstoß des klimaschädlichen Gases CO₂ dort zu reduzieren, wo es am kostengünstigsten ist. Den Wirtschaftssektoren und jeder betroffenen Anlage wurden konkrete Minderungsziele zugeordnet. Die Zertifikate sind handelbar und dienen somit als eine Art Währung. Erreicht das Unternehmen die Ziele durch eigene kostengünstige CO₂-Minderungsmaßnahmen, kann es nicht benötigte Zertifikate am Markt verkaufen. Alternativ muss es Zertifikate am Markt zukaufen, wenn eigene Minderungsmaßnahmen teurer würden. In Deutschland werden die CO₂-Emissionsrechte an der Leipziger Strombörse European Energy Exchange (EEX) gehandelt.

Equity-Methode

Die Equity-Methode ist ein Verfahren zur Berücksichtigung von Beteiligungsgesellschaften, die nicht auf der Basis einer Vollkonsolidierung mit allen Aktiva und Passiva in den Konzernabschluss einbezogen werden. Der Beteiligungsbuchwert wird dabei um die Entwicklung des anteiligen Eigenkapitals fortgeschrieben.

Erneuerbare Energien

Erneuerbare Energien – auch regenerative oder alternative Energien genannt – sind Energieträger/-quellen, die sich ständig erneuern bzw. nachwachsen und somit nach menschlichem Ermessen unerschöpflich sind. Hierzu zählen Sonnenenergie (mit den indirekten Formen Biomasse, Wasserkraft, Windenergie, Umgebungswärme etc.) sowie Erdwärme (Geothermie) und Gezeitenenergie.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

Das deutsche Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen. Das EEG dient dem Klima- und Umweltschutz und soll eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung ermöglichen. Die Kosten der Energieversorgung sollen durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte verringert werden. Weiterhin sollen fossile Energieresourcen geschont und Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen gefördert werden. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung soll bis zum Jahr 2020 auf mindestens 35 % erhöht werden, auf 50 % bis 2030, auf 65 % bis 2040 und auf 80 % bis 2050 steigen. Nach der Einführung des EEG im Jahr 2000 ist das Gesetz 2004 und 2009 durch Neufassungen angepasst worden. 2011 sind umfassende Novellierungen beschlossen worden, die überwiegend 2012 in Kraft getreten sind, sodass die aktuelle Gesetzesfassung kurz als „EEG 2012“ bezeichnet wird.

Fossile Energieträger

Zu den fossilen Energieträgern zählen Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle. Sie entstanden vor Jahrmillionen bei der Zersetzung abgestorbener Pflanzen und Tiere unter Sauerstoffabschluss, hohen Temperaturen sowie unter dem Druck darüber liegender Gesteinschichten. Grenzen für die Nutzung fossiler Energieträger ergeben sich – je nach Technologieinsatz und Entwicklung des technischen Fortschritts – aus den unterschiedlichen Ressourcenverfügbarkeiten sowie aus deren Umwelt- und Klimaverträglichkeit.

Gaskraftwerk (auch Gasturbinenkraftwerk)

Gaskraftwerke sind Elektrizitätswerke zur Stromerzeugung, die mit brennbaren Gasen (z. B. Erdgas) betrieben werden. Dabei treiben die Gase eine Gasturbine an, die ihrerseits einen angekuppelten Generator antreibt. Gaskraftwerke haben den Vorteil, dass sie nur geringe Investitionskosten benötigen, haben aber durch ihren geringen Wirkungsgrad vergleichsweise hohe Betriebskosten. Die Abgase der Turbine besitzen beim Verlassen der Turbine noch eine hohe Temperatur, sie können daher zur Beheizung eines Dampferzeugers im Gas- und Dampfkraftwerk verwendet werden. Die Anfahrzeit bzw. Hochfahrzeit eines Gaskraftwerks ist in der Regel sehr kurz, diese Anlagen werden daher vor allem zur Abdeckung von Lastspitzen im Stromnetz eingesetzt.

Gas- und Dampfkraftwerk (GUD-Kraftwerk)

Das Gas- und Dampfkraftwerk ist ein Kraftwerk, in dem in einer Gasturbine Erdgas verbrannt wird. Der Antrieb der Dampfturbine erfolgt durch die Wärme der Verbrennungsabgase. Die Gasturbine ist mit einem Stromgenerator über eine Welle verbunden und erlaubt somit die Generierung von Strom. Mit den heißen Abgasen der Gasturbine wird Dampf erzeugt, der die Dampfturbine antreibt. Durch die Kombination von Gas- und Dampfturbine kann die Energie der Verbrennungsabgase besser genutzt werden.

Gradtagszahlen

Gradtagszahlen helfen dabei, den temperaturabhängigen Heizbedarf zu ermitteln. Sie errechnen sich aus der Differenz der Rauminnentemperatur (20 Grad Celsius) und der tagesmittleren Außentemperatur unter der Heizgrenztemperatur (15 Grad Celsius).

Intelligente Ortsnetzstation

Intelligente Ortsnetzstationen können sowohl die Mittelspannungs- als auch die Niederspannungsnetze überwachen und steuern. Sie ermöglichen damit den Aufbau eines Smart Grids und sparen hohe Investitionen in den Ausbau des Verteilnetzes.

IFRS

Die International Financial Reporting Standards (IFRS) sind internationale Rechnungslegungsvorschriften, die aufgrund einer Verordnung der Europäischen Union (EU) von kapitalmarktorientierten Unternehmen in der EU bei der Erstellung des Konzernabschlusses anzuwenden sind.

Konzessionsabgabe

Gebühren der Energieversorger an Städte und Gemeinden. Energieversorger, die Strom- oder Gasleitungen zu den Endverbrauchern verlegen und betreiben wollen, müssen hierfür an die jeweiligen Städte und Gemeinden Gebühren zahlen – sogenannte Konzessionsabgaben. Besaß bislang der örtliche Energieversorger – wie z. B. die Stadtwerke – das alleinige Leitungsnutzungsrecht, so haben nun im liberalisierten Energiemarkt alle Anbieter das Recht auf Durchleitung.

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Bei KWK werden elektrische Energie und Wärme in einem gemeinsamen Prozess erzeugt. Dadurch wird beispielsweise in einem Blockheizkraftwerk ein höherer thermischer Wirkungsgrad erreicht als bei der abschließlichen Stromerzeugung. Somit liegt der Nutzungsgrad ungleich höher. In Heizkraftwerken wird durch Entnahme von Dampf aus der Turbine die Stromerzeugung leicht reduziert, dafür aber wesentlich mehr Heizenergie gewonnen. So lässt sich der Wirkungsgrad von 40 % bei der reinen Stromgewinnung auf bis zu 90 % Gesamt-Wirkungsgrad steigern. Kraft-Wärme-Kopplung führt zu besserer Umweltverträglichkeit und hilft, Energie einzusparen.

Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz

Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz ist am 1. April 2002 in Kraft getreten. Ihm ging das Gesetz zum Schutz der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung vom 12. Mai 2000 als Vorschaltgesetz zur Bestandssicherung von KWK-Anlagen voraus. Im Mai 2012 wurde eine Novellierung des kwkg vom Bundestag beschlossen. Kernpunkte der Novelle sind die Verbesserung der Förderung von KWK-Anlagen durch höhere KWK-Zuschlagsätze, flexiblere Laufzeitmodelle, Entbürokratisierung, neue Modernisierungsoptionen sowie eine neue Anlagenkategorie für Anlagen von 50 bis 250 kW elektrischer Leistung. Zudem wurde die Förderung von Wärme- und Kältespeichern sowie von Kältenetzen erstmals in das KWK-Gesetz aufgenommen. Der Zweck des Gesetzes ist es, einen Beitrag zur Erhöhung der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung in der Bundesrepublik Deutschland auf 25 % bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Netzentgelte

Im liberalisierten Strom- und Gasmarkt erhalten die Netzbetreiber diese Entgelte als Gegenleistung zur Netznutzung.

Off-Shore-Umlage

Die Betreiber von Offshore-Anlagen (Windparks auf See) haben ab dem 1. Januar 2013 Anspruch auf Schadensersatzzahlungen für eine gestörte oder verzögerte Netzanbindung. Der Gesetzgeber hat entschieden, dass neben den Übertragungsnetzbetreibern auch die Letztverbraucher mit einem Aufschlag auf die Netzentgelte (§ 17 f EnWG) an den zusätzlichen Kosten beteiligt werden.

Peak

Spitzenlastprodukt mit Lieferung zu Zeiten hoher Stromnachfrage.

Photovoltaik (PV)

Photovoltaik ist die unmittelbare Umwandlung von Sonnenstrahlung in elektrische Energie mithilfe von Solarzellen. Durch absorbiertes Licht werden in diesen Solarzellen, die zumeist aus dem Halbleitermaterial Silizium bestehen, freie Ladungen erzeugt. Diese bewirken an der Zelle eine elektrische Spannung, sodass Gleichstrom durch ein angeschlossenes Gerät fließt. Die PV, die dem Verbraucher durch Solartaschenrechner oder Solaruhren bereits lange bekannt ist, kann auch für die Stromversorgung privater Haushalte eingesetzt werden.

Primärenergie

Energieträger in ihrer natürlichen Form sind Primärenergien. Hierzu zählen Erdöl, Erdgas und Kohle, Solarenergie, Wasserkraft und Windenergie. Werden die Primärenergien in eine andere Energieform – wie beispielsweise Strom oder Heizwärme – umgewandelt, entstehen Sekundärenergien.

Regelenergie

Regelenergie ist elektrische Energie oder Leistung, die zum Ausgleich von unvorhergesehenen Schwankungen von Angebot und Nachfrage benötigt wird. In Stromnetzen muss die insgesamt erzeugte elektrische Leistung jederzeit an den momentanen Verbrauch angepasst sein. Der Bedarf an Leistung kann schwanken. Auf der Erzeugungsseite schwankt das Angebot, insbesondere durch Windräder und Photovoltaikanlagen. In einem großen Versorgungsnetz mitteln sich solche Schwankungen von vielen kleinen Ursachen zum guten Teil aus. Jedoch verbleiben gewisse Schwankungen. Diese sind teilweise vorhersehbar, teilweise aber auch unvorhergesehen. Auf die vorhersehbaren Werte stellt sich das Stromversorgungssystem ein, indem es den Bedarf über die Strombörse regelt. Die benötigten Erzeugungskapazitäten werden dort gehandelt. Es verbleiben die unvorhergesehenen Schwankungen des Verbrauchs und auch bei der Erzeugung, für deren Ausgleich die Übertragungsnetzbetreiber sogenannte Regelenergie benötigen. Diese wird an einem separaten Regelenergie-Markt gehandelt, also nicht an der regulären Strombörse. Als Regelenergie gilt also nur Energie, die zum Ausgleich unvorhergesehener Schwankungen gebraucht wird.

Smart Meter

Ein Smart Meter ist ein Zähler für Energie, z. B. Strom oder Gas, der dem jeweiligen Anschlussnutzer den tatsächlichen Energieverbrauch und die tatsächliche Nutzungszeit anzeigt und in ein Kommunikationsnetz eingebunden ist.

Spannungsebene

Um elektrische Energie vom Energieversorger zum Endverbraucher zu übertragen, sind abgestufte Spannungsebenen notwendig. Höchstspannung ab 150 Kilovolt (kV) dient zur überregionalen Energieübertragung – zum Beispiel Hochspannung (60 kV bis 150 kV) wird für die überregionale und regionale Energieübertragung genutzt. In den regionalen und lokalen Verteilnetzen wird mit Mittelspannung von 1 kV bis 60 kV gearbeitet. Haushalte werden mit Niederspannung bis zu 1 kV versorgt.

Strom zu Gas

Mithilfe der Systemlösung Strom zu Gas kann Strom aus erneuerbaren Energien in Wasserstoff oder synthetisches Erdgas umgewandelt und im Erdgasnetz gespeichert werden. Dies wäre eine Möglichkeit, um große Mengen Strom aus erneuerbaren Energien langfristig zu speichern. Die Umwandlung von Strom in synthetisches Erdgas erfolgt in zwei Schritten: Zunächst wird Wasserstoff mittels Elektrolyse erzeugt, anschließend folgt die Methanisierung.

Strombörse

Mit der Liberalisierung des Strommarkts ist Strom zur Handelsware geworden. Sein Preis wird zukünftig in Deutschland auch an Strombörsen – ähnlich wie bei der Wertpapierbörse – durch Angebot und Nachfrage geregelt.

Transformator

Ein Transformator ist ein zur Erhöhung oder Herabsetzung der elektrischen Spannung von Wechselströmen dienendes Gerät. Er besteht vorwiegend aus einer Primär- und einer Sekundärwicklung. Durch den fließenden Wechselstrom in der Primärwicklung wird in der Sekundärwicklung (Spule) Spannung erzeugt, welche proportional dem Verhältnis der Windungszahlen ist. Dabei bleibt die Leistung gleich, sodass bei der Spannungserhöhung auf der Sekundärseite ein geringerer Strom entnommen werden kann.

Umspannwerk

Ein Umspannwerk ist eine elektrische Anlage, die zum Umspannen von elektrischem Strom dient. Sie wandelt die Wechselspannung von 380 kV bzw. 220 kV auf 110 kV um und mit diesen 110 kV erfolgt eine weitere regionale Verteilung des Stroms zu den Umspannwerken von 110 kV auf 20 kV.

Value at Risk

Eine Value at Risk (VaR)-Analyse zeigt den aus Marktwertänderungen von Risikopositionen (Portfolios) resultierenden Verlust. Das von MAINOVA verwendete Konfidenzniveau von 99 % bei einer Haltedauer von fünf Tagen impliziert, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 % der Portfolioverlust nach fünf Tagen größer sein wird als der Betrag des VaR.

Versorgungssicherheit

Als Versorgungssicherheit bezeichnet man den Anspruch des Kunden auf ununterbrochene Stromversorgung. Die Verantwortungsbereiche für die Versorgung des Kunden mit Strom sind durch vertragliche Regelungen zwischen Netzbetreibern und Stromerzeugern festgelegt. Für den ordnungsgemäßen Betrieb seines Netzes und somit für die Versorgungssicherheit ist der Netzbetreiber zuständig.

Virtuelles Kraftwerk

Ein virtuelles Kraftwerk sieht dezentrale, jedoch miteinander vernetzte Energieversorgung vor. Dazu werden zum Beispiel kleine Brennstoffzellen-Einheiten zentral gesteuert. In der Summe soll dann die Wirkung eines Kraftwerks entstehen.

Weighted Average Cost of Capital (WACC)

Der WACC ist ein gewichteter durchschnittlicher Kapitalkostensatz (Eigen- und Fremdkapital) und findet Verwendung bei der Bestimmung der Mindestrendite für Investitionsprojekte und beim Werthaltigkeitstest. Die Eigenkapitalkosten ergeben sich aus einem risikolosen Basiszinssatz, einer Risikoprämie und dem Betafaktor.

Werthaltigkeitstest (Impairment-Test)

Ein Werthaltigkeitstest wird grundsätzlich für jeden Vermögensgegenstand durchgeführt, sobald sich interne oder externe Anzeichen einer Wertminderung ergeben. Für immaterielle und noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögensgegenstände sowie für den Geschäfts- oder Firmenwert muss zwingend ein jährlicher Werthaltigkeitstest durchgeführt werden, auch wenn keine Anzeichen einer Wertminderung vorliegen. Überschreitet der Buchwert den erzielbaren Betrag, so ist aufwandswirksam eine Wertminderung zu buchen.

Grafik- und Tabellenverzeichnis

Lagebericht

G 01	Primärenergieverbrauch	27
G 02	Preisentwicklung Kohle und Rohöl	27
G 03	Preisentwicklung Erdgas.....	28
G 04	Preisentwicklung Emissionsrechte.....	28
G 05	Preisentwicklung Strom	28
T 01	Segmentergebnisse	28
T 02	Umsatzerlöse.....	29
T 03	Investitionen	31
T 04	Kapitalflussrechnung.....	31
T 05	Absatz	32
T 06	Erzeugungsmengen	32
G 06	Stromerzeugung.....	32
G 07	Wärmeerzeugung	32
G 08	Energieeinsatz der Kraftwerke.....	33

Konzernabschluss

T 01	Gewinn- und Verlustrechnung	48
T 02	Gesamtergebnisrechnung	49
T 03	Bilanz.....	50
T 04	Eigenkapitalveränderungsrechnung	52
T 05	Kapitalflussrechnung.....	54
T 06	Nutzungsdauern der immateriellen Vermögenswerte.....	57
T 07	Nutzungsdauern der Sachanlagen.....	58
T 08	Parameter bei Werthaltigkeitsprüfungen von Sachanlagen	59
T 09	Parameter bei Werthaltigkeitsprüfungen der Equity-Beteiligungen	60
T 10	Auswirkungen von Bilanzierungsänderungen auf die Bilanz zum 31.12.2012	69
T 11	Auswirkungen von Bilanzierungsänderungen auf die Bilanz zum 01.01.2012	70
T 12	Auswirkungen von Bilanzierungsänderungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung 2012.....	70
T 13	Entwicklung des Konsolidierungskreises 2013	75
T 14	Entwicklung des Konsolidierungskreises 2012	75
T 15	Zugänge vollkonsolidierter Unternehmen	76
T 16	Vermögenswerte und Schulden der Konsolidierungskreiszugänge	76
T 17	Umsatzerlöse.....	77
T 18	Sonstige betriebliche Erträge.....	77
T 19	Materialaufwand	78
T 20	Personalaufwand.....	78
T 21	Sonstige betriebliche Aufwendungen	78
T 22	Ergebnis der Equity-Beteiligungen	79
T 23	Finanzerträge	79
T 24	Finanzaufwendungen	79
T 25	Ertragsteuern	80
T 26	Aufteilung des Steueraufwands und -ertrags.....	80

T 27	Überleitungsrechnung Ertragsteuern	81
T 28	Entwicklung des Anlagevermögens 2013.....	82
T 29	Entwicklung des Anlagevermögens 2012.....	82
T 30	Ausgewählte Abschlussposten der Equity-Beteiligungen.....	84
T 31	Entwicklung des Buchwerts der Equity-Beteiligungen.....	85
T 32	Langfristige sonstige finanzielle Vermögenswerte sowie sonstige Vermögenswerte	85
T 33	Zusammensetzung aktivierter derivativer Finanzinstrumente.....	85
T 34	Vorräte.....	86
T 35	Überfällige Forderungen	86
T 36	Wertberichtigungen auf Forderungen	86
T 37	Bilanzausweis latenter Steuern	87
T 38	Latente Steuern auf Verlustvorträge	88
T 39	Bestand des sonstigen Ergebnisses in den Gewinnrücklagen.....	88
T 40	Veränderung des sonstigen Ergebnisses in den Gewinnrücklagen.....	89
T 41	Parameter der Pensionsrückstellungen.....	90
T 42	Barwertentwicklung der Pensionsverpflichtung	90
T 43	Aufteilung des Barwerts der Pensionsverpflichtung.....	90
T 44	Sensitivitätsanalyse für den Barwert der Pensionsverpflichtung.....	90
T 45	Fälligkeitsprofil der Versorgungsleistungen	91
T 46	Aufwand für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	91
T 47	Sonstige Rückstellungen	91
T 48	Parameter der Rückstellungen für Altersteilzeit	91
T 49	Finanzschulden	92
T 50	Übrige Verbindlichkeiten	92
T 51	Zusammensetzung passivierter derivativer Finanzinstrumente	93
T 52	Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien 2013.....	94
T 53	Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien 2012.....	95
T 54	Methoden der Zeitwertermittlung bei Finanzinstrumenten	96
T 55	Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden.....	97
T 56	Nettogewinne und -verluste der Finanzinstrumente	97
T 57	Nettoergebnis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte	98
T 58	Derivate ohne Sicherungsbeziehung	99
T 59	Derivate mit Sicherungsbeziehung	99
T 60	Umgliederungszeitpunkte Cashflow Hedges	100
T 61	Entwicklung der Rücklage für Cashflow Hedges	100
T 62	Erfolgswirksame Effekte aus Cashflow Hedges	101
T 63	Value-at-Risk für Vertrieb Strom und Gas, Eigenhandel sowie Eigenerzeugung	102
T 64	Sensitivitätsanalyse für Kohle-, Öl- und Gaspreise	102
T 65	Liquiditätsrisiko.....	104
T 66	Segmentberichterstattung.....	106
T 67	Überleitung Segmentergebnis	107
T 68	Ergebnis je Aktie	108
T 69	Eventualverbindlichkeiten.....	109
T 70	Finanzielle Verpflichtungen	109
T 71	Finanzierungsleasingverhältnisse.....	110
T 72	Überleitungsrechnung Finanzierungsleasingverhältnisse.....	110
T 73	Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	111
T 74	Bezüge des Vorstands	113
T 75	Vergütung des Aufsichtsrats	114
T 76	Konsolidierungskreis und Anteilsbesitzliste	116

Herausgeber

Mainova AG
Solmsstraße 38
60623 Frankfurt am Main
Telefon 069 213-02
Telefax 069 213-81122
www.mainova.de

**Redaktion
Konzernkommunikation**

Alexander Zell (Leiter Konzernkommunikation)
Matthias Börner
Tilo Maier

Finanzen, Rechnungswesen und Controlling

Uwe Kettner (Bereichsleiter)
Nico Schichtel
Katrín Spenhoff

Ansprechpartner für Aktionäre

Stefan Schlink
E-Mail: Investor-Relations@mainova.de

Konzept, Redaktion und Produktion

mpm Corporate Communication Solutions, Mainz
www.digitalagentur-mpm.de

Fotografie

Vanja Vukovic, Frankfurt am Main
Tom Wolf, Frankfurt am Main
Mainova-Archiv

Druck

ZARBOCK Druck- und Verlagshaus GmbH & Co. KG,
Frankfurt am Main

AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE
2013



15.02.2013

Der Aufsichtsrat der MAINOVA AG hat dem Abschluss des Aufhebungsvertrages mit dem Vorstandsmitglied Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig zugestimmt. Dr. Wolff-Hertwig verlässt die MAINOVA auf eigenen Wunsch, um sich neuen Aufgaben zuzuwenden.



19.02.2013

Die MAINOVA AG erwirbt einen Solarpark in Eggebek/Schleswig-Holstein. Die PV-Anlage hat eine Leistung von 23,4 MW und ist Teil eines der größten PV-Parks Deutschlands. Die MAINOVA produziert dort im Jahr rund 22 Mio. KWh regenerativen Strom aus Sonnenkraft. Dies entspricht dem Bedarf von rund 6.300 Haushalten.



19.03.2013

Die MAINOVA AG erwirbt einen Windpark im unterfränkischen Remmlingen. Rund 35 Mio. KWh Strom pro Jahr sollen die je 2,4 MW starken Anlagen insgesamt produzieren. Das reicht, um 14.000 Haushalte mit klimafreundlicher Energie zu versorgen.



17.04.2013

Die Vorsitzende des Aufsichtsrats der MAINOVA AG Oberbürgermeisterin a. D. Dr. h. c. Petra Roth scheidet aus ihrem Amt aus. Sie hat dem Aufsichtsrat mitgeteilt, dass sie ihr Amt zum 30. Mai niederlegen wird. Nachfolger als Aufsichtsratsvorsitzender wird der Frankfurter Stadtkämmerer Uwe Becker.



05.06.2013

Die MAINOVA AG hat einen Windpark im französischen Migé erworben. Die fünf Windkraftanlagen haben eine Gesamtkapazität von 10,25 MW. Sie sollen Anfang 2014 in Betrieb gehen. Mit einer jährlichen Stromerzeugung von rund 26 Mi. KWh decken sie den Bedarf von über 10.000 Haushalten.



01.07.2013

Norbert Breidenbach ist neuer Vorstand der MAINOVA AG. Breidenbach verantwortet künftig Vertrieb, Handel und Beschaffung. Er ist vom Aufsichtsrat für fünf Jahre bestellt.



03.07.2013

Baubeginn der Strom-zu-Gas-Demonstrationsanlage. In der Anlage wird Strom aus Wind und Sonne durch Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt und in das Gasnetz eingespeist. In einem dreijährigen Betrieb wollen 13 Partner der Thüga-Gruppe die Speichertechnologie erproben.



17.12.2013

Die MAINOVA AG und die Hamburger Beteiligungsgesellschaft CEE erwerben vorbehaltlich einer kartellrechtlichen Genehmigung gemeinsam einen Windpark im mittelhessischen Kirchhain. CEE, eine Tochtergesellschaft des Bankhauses Lampe, hält 70 % der Anteile.



20.12.2013

Seit 100 Jahren versorgt die MAINOVA AG Bad Soden zuverlässig mit Erdgas. Bad Soden war die dritte Kommune in der Region, die 1913 ans Frankfurter Gasnetz angeschlossen wurde. Heute versorgt das 62 Kilometer lange Verteilnetz rund 3.500 private Haushalte sowie Großkunden mit über 130.000 MWh Erdgas im Jahr.

INHALTSVERZEICHNIS
2013

01 PROFIL

- S. 4 Brief an die Aktionäre
- S. 6 Bericht des Aufsichtsrats
- S. 12 Interview mit dem Vorstand

02 LAGEBERICHT

- S. 22 Grundlagen des Konzerns
- S. 26 Wirtschaftsbericht
- S. 34 Nachtragsbericht
- S. 34 Prognose-, Chancen- und Risikobericht
- S. 41 Sonstige Angaben
- S. 44 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

03 KONZERNABSCHLUSS

- S. 48 Gewinn- und Verlustrechnung
- S. 49 Gesamtergebnisrechnung
- S. 50 Bilanz
- S. 52 Eigenkapitalveränderungsrechnung
- S. 54 Kapitalflussrechnung
- S. 56 Anhang
- S.118 Bestätigungsvermerk

04 ERGÄNZENDE INFORMATIONEN

- S.122 Erklärung zur Unternehmensführung/ Corporate-Governance-Bericht 2013
- S.128 Organe der Gesellschaft
- S.134 Vorstand
- S.136 Mitglieder des Beirats
- S.138 Ausschüsse des Aufsichtsrats
- S.140 Bereichsleiter und Stabsstellenleiter der MAINOVA
- S.141 Geschäftsführer MAINOVA Verbund
- S.142 Glossar
- S.144 Grafik- und Tabellenverzeichnis

WEITERE UNTERNEHMENSPUBLIKATIONEN 2013



Leistung mit Verantwortung
Nachhaltigkeitsbericht 2013



Leistung mit Energie
Unternehmensportrait 2013



Auf einen Blick
Fakten und Zahlen 2013

